

# Das Parlament

Berlin, 02. Dezember 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 49-50 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Hüterin der Verträge

Ursula von der Leyen Ihre Botschaft sei einfach: „Lasst uns an die Arbeit gehen“, sagte die EU-Kommissionspräsidentin, nachdem ihre Kommission vergangene Woche vom Europäischen Parlament bestätigt wurde. In namentlicher Abstimmung votierten 461 Europaabgeordnete für das neue Kollegium, 157 stimmten dagegen, 89 enthielten sich – ein besseres Ergebnis als bei der Wahl der CDU-Politikerin zur Kommissionspräsidentin im Juli dieses Jahres. Erstmals steht der Kommission, der „Hüterin der EU-Verträge“, eine Frau vor und nach mehr als einem halben Jahrhundert ist es erstmals wieder eine Vertreterin aus Deutschland, die dieses Amt innehat. Schwerpunkte will von der Leyen vor allem beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung der Wirtschaft setzen (siehe Seite 11).



© picture-alliance/dpa

Ergebnis als bei der Wahl der CDU-Politikerin zur Kommissionspräsidentin im Juli dieses Jahres. Erstmals steht der Kommission, der „Hüterin der EU-Verträge“, eine Frau vor und nach mehr als einem halben Jahrhundert ist es erstmals wieder eine Vertreterin aus Deutschland, die dieses Amt innehat. Schwerpunkte will von der Leyen vor allem beim Klimaschutz und bei der Digitalisierung der Wirtschaft setzen (siehe Seite 11).

## ZAHL DER WOCHE

27

Mitglieder zählt die neue EU-Kommission, unter ihnen zwölf Frauen und 15 Männer. Die britische Regierung, die einen EU-Austritt anstrebt, hat auf die Besetzung eines Kommissionspostens verzichtet.

## ZITAT DER WOCHE

### »Der Teufel steckt im Detail.«

Ska Keller Die Grünen-Fraktionchefin im Europaparlament über die Vorhaben der neuen EU-Kommission und mögliche Unterstützung bei Klimamaßnahmen.

## IN DIESER WOCHE

- HAUSHALT 2020**  
Interview CDU-Haushaltsexpertin Patricia Lips im Gespräch **Seite 2**
- Finanzen** Minister Olaf Scholz (SPD) verteidigt seinen Etat **Seite 3**
- Gesundheit** Sorge vor steigenden Kosten bei der Pflege **Seite 6**
- Verteidigung** Der Etat wächst, die Probleme bleiben **Seite 8**
- AKTUELLES**  
**Großbritannien** Das Land steht erneut vor einer Richtungs Wahl **Seite 11**

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Klare Botschaften

**GENERALAUSSPRACHE** Merkel will bis zum Ende der Legislaturperiode weitermachen

In Haushaltsdebatten geht es nicht allein ums Geld, sondern immer auch um die großen Linien der Politik: Und da brachte die Generalaussprache über den Etat der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch klare Botschaften, indem Regierungschefin Angela Merkel (CDU) ein Signal gegen Hetze und Hass setzte und dafür starken Beifall weit über die Reihen der Abgeordneten der Großen Koalition hinaus bekam. Daneben präsentierte die Regierungschefin eine weitere wichtige Botschaft: Sie will das Bündnis mit der SPD auf jeden Fall fortsetzen und selbst führen. Merkel beklagte „Friktionen in unserer Gesellschaft“, erinnerte an den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und an den Angriff gegen die Synagoge in Halle, die „uns aufritteln“ würden. Die Meinungsfreiheit kenne Grenzen, sagte sie weiter. „Und die beginnen da, wo gehetzt wird, da wo Hass verbreitet wird.“ Und dagegen müsse man sich stellen, „denn sonst ist diese Gesellschaft nicht mehr das, was sie einmal war“. Vorwürfe, in Deutschland gebe es keine Meinungsfreiheit, wies Merkel zurück. Wer so was behauptete, müsse damit leben, dass es Widerspruch gebe: „Es gibt keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif.“



Deutsche Signale: Kanzlerin Angela Merkel bei der Abstimmung über den Haushalt.

© picture-alliance/dpa

**Politische Lösungen prioritär** Weite Strecken ihrer Rede widmete die Kanzlerin der Außenpolitik, in der sie ein klares Bekenntnis zur Nato ablegte und weitere Erhöhungen des Verteidigungsetats in Aussicht stellte. Politische Lösungen zur Beendigung von Konflikten hätten aber Priorität, betonte die Kanzlerin. Rufe nach mehr Investitionen durch Kreditaufnahme wies Merkel zurück und warnte vor „abfälligen“ Reden über die Schwarze Null: „Man kann doch Investitionen nicht erst gut finden, wenn sie Schulden verursachen.“ Das Klimapakete verteidigte die Kanzlerin gegen Kritik und verwies auf das wirtschaftliche Potenzial Deutschlands: „Wer, wenn nicht wir, soll denn zeigen, dass es geht, dass man dem Klimawandel etwas entgegensetzen kann?“ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus (CDU) forderte die SPD zu Gesprächen über eine Unternehmenssteuerreform auf. Zum Haushalt und zum Finanzplan verwies Brinkhaus auf 43 Milliarden Euro vorgesehene Investitionen. Das sei das „größte und ambitionierteste Investitionsprogramm, das die jüngere Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gesehen hat.“ Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, hatte sich auf die

Energiepolitik konzentriert und die Energiepolitik als gescheitert bezeichnet. Wie schon beim Atomausstieg oder der massenhaften Aufnahme von Migranten befindet man sich wieder auf einem deutschen Sonderweg. Die Klimapolitik der Regierung sei unsinnig, wirkungslos und eine Gefahr für das Land: Ein Blackout im Stromnetz sei weit wahrscheinlicher als „die von Ihnen beschworene Klimakatastrophe“. Selbst wenn Deutschland nicht mehr existieren würde, seien Auswirkungen auf die Welttemperatur nicht nachweisbar, so Gauland. „Und dafür setzen Sie alles aufs Spiel, dafür machen Sie eine Energiepolitik und dafür ruinieren sie unsere Auto- und Maschinenbauindustrie.“ SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich ließ in der Außenpolitik Distanz zu Merkel erkennen. Das Verantwortungsprinzip erschöpfe sich viel zu sehr im Militärischen. Bei einem Streben nach militärischer Dominanz werde die SPD nicht mitgehen. In der Wirtschaftspolitik forderte Mützenich, die

Menschen müssten sich auf einen Staat verlassen können, der investiere und die richtigen Rahmenbedingungen schaffe. Er verwies auf SPD-Erfolge beim sozialen Wohnungsbau oder der Grundrente. „Schlafwandlerisch“ gehe die Bundesregierung auf eine drohende Wirtschaftskrise zu, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Dazu habe sich die Kanzlerin nicht geäußert. Für Lindner hat der Arbeitsplatzabbau der Autoindustrie auch mit Entscheidungen wie der einseitigen Ausrichtung auf die Elektromobilität zu tun. Wer die Wirtschaft links liegen lasse, „darf sich über Probleme von rechts irgendwann nicht wundern“, warnte Lindner. Als „kraftlos, tatenlos und verantwortungslos“ bezeichnete Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion, den Bundeshaushalt 2020. Er empfahl einen „Spielabbruch“ und neue Mannschaften. Angesichts der Halbzeitbilanz sollte eine zweite Halbzeit besser nicht angepöfeln werden.

»Das größte Investitionsprogramm, das die jüngere Geschichte gesehen hat.«

Ralph Brinkhaus (CDU)

## Bund will 43 Milliarden Euro investieren

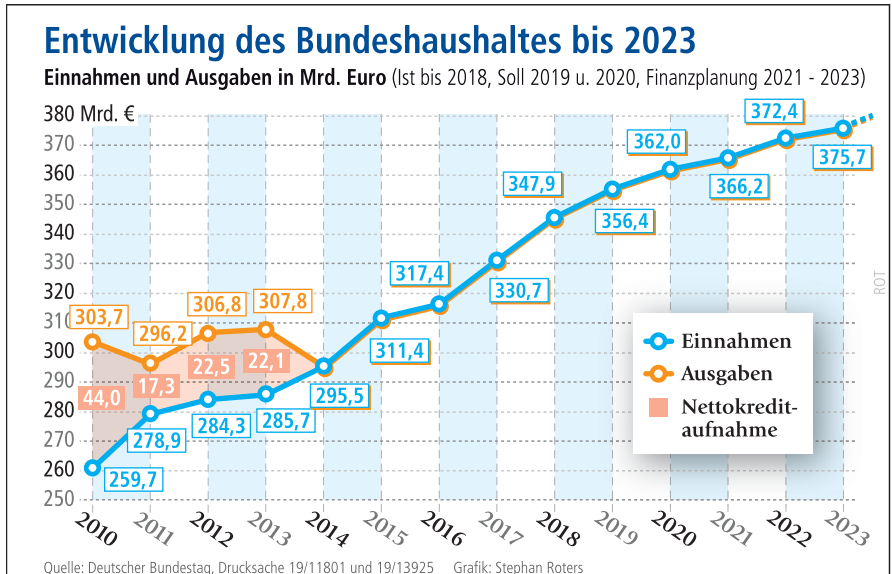
**ETAT** Ausgaben steigen im kommenden Jahr auf 362 Milliarden Euro. Opposition stimmt dagegen

Der Bund kann im kommenden Jahr 362 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 5,6 Milliarden Euro beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als im Soll für das Jahr 2019. Gegenüber dem ergänzten Regierungsentwurf (19/11800, 19/13800) erhöhte das Parlamente den Ansatz um weitere 1,662 Milliarden Euro. Dem Etat-Entwurf stimmten am Freitagmittag die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD zu. Die Oppositionsfraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen das Haushaltsgesetz. Sämtliche Änderungs- und Entschließungsanträge der Opposition wurden im Verlauf der vergangenen Woche abgelehnt.

**Rücklage** Den Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe entgegen. Die Steuereinnahmen sollen demnach mit 324,958 Milliarden Euro um 2,851 Milliarden Euro geringer ausfallen als im Regierungsentwurf. Die „Sonstigen Einnahmen“ steigen gegenüber dem Regierungsentwurf hingegen von 32,529 Milliarden Euro auf 37,042 Milliarden Euro. Darunter ist eine geplante Entnahme aus der sogenannten Asyl-Rücklage von rund 10,634 Milliarden

Euro. Im Entwurf waren 9,225 Milliarden Euro vorgesehen. Eine Netto-Kreditaufnahme ist weiterhin nicht geplant. Im nun beschlossenen Etat sind Investitionen in Höhe von 42,907 Milliarden Euro veranschlagt. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist das eine Steigerung von 1,243 Milliarden Euro. Für 2019 sind als Soll für Investitionen 38,946 Milliarden Euro vorgesehen. Die Personalausgaben des Bundes sollen im kommenden Jahr 36,412 Milliarden Euro betragen. Das sind

766,8 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Die Mittel für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) steigen 2020 von 38,946 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 42,907 Milliarden Euro. Erhöht wurden im Laufe des parlamentarischen Verfahrens auch die Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Haushaltsjahre. Sie betragen 168,231 Milliarden Euro. Im ergänzten Regierungsentwurf waren es 162,516 Milliarden Euro.



**Planung** In der Finanzplanung (19/11801) geht die Bundesregierung von steigenden Ausgaben in den nächsten Jahren aus: Demnach wird das Ausgabevolumen des Bundes von 366,2 im Jahr 2021 und 372,4 im Jahr 2022 auf 375,7 Milliarden Euro im Jahr 2023 steigen. Darin nicht aufgeführt ist die zwischenzeitlich aktualisierte Steuerschätzung.

## EDITORIAL Schwimmen im Geld

VON JÖRG BIALLAS

Die fetten Jahre, warnen Ökonomen landauf, landab, neigten sich dem Ende. Der Wirtschaft stünden schwierige Zeiten bevor; der Staat sei gut beraten, sich auf sinkende Steuereinnahmen einzustellen. Öffentliche Mittel würden schon bald knapp. Jetzt sei es an der Zeit, die Schwarze Null zu sprengen und Geld für Investitionen aufzunehmen. Das erinnert an einen Familienvater, der seinen Kindern erklärt, dass die Weihnachtsgeschenke in diesem Jahr leider ausfallen müssen, weil er sich selbst in der Adventszeit einen Zweit-Porsche gekauft hat.

So nachvollziehbar die ein oder andere warnende Wirtschaftsprognose sein mag: Die Nation schwimmt nach wie vor im Geld. Der Haushaltsplan, den der Bundestag am vergangenen Freitag beschlossen hat, sieht bei einem Gesamtvolumen von 362 Milliarden satte 43 Milliarden Euro für Investitionen vor. Und das ohne Neuverschuldung.

Kein Pappenstiel, fürwarh. Und doch wächst in der Bevölkerung das Gefühl, dass das Geld aus dem Bundessäckel nicht da ankommt, wo es am nötigsten wäre: vor Ort – im Dorf, im Stadtteil, im Landkreis.

Das hat zu tun mit den Regeln des Föderalismus, die im Grundsatz verteidigungswürdig, im Einzelfall aber durchaus zu hinterfragen sind. Wenn das Geld vom Bund über das Land der Kommune zwar im Prinzip zur Verfügung steht, die bürokratischen Hürden für eine Ausschüttung aber letztlich doch zu hoch sind, muss das System überdacht werden.

Es ist Zeit, höchste Zeit, kostenintensive Projekte in der Fläche effektiv auf den Weg zu bringen. Schnelles Internet für alle Haushalte, auch auf dem Land, gehört ebenso dazu wie ein überall funktionierendes Mobilfunknetz. Seit vielen Jahren werden diese Forderungen erhoben; inzwischen gibt es entsprechende politische Beschlüsse. Wenigstens das. Nur: Mit jedem Tag des Wartens wächst bei Betroffenen der Frust. Zudem geht wirtschaftlich im internationalen Wettbewerb immer mehr Terrain verloren.

Die Kunst der Haushaltspolitik ist es, die richtige Mischung aus langfristigen Investitionen in die Zukunft und kurzfristigen Ausgaben für das aktuell Notwendige zu finden. Die Gefahr, das eine zugunsten des anderen zu vernachlässigen, ist groß. Es ist eben beides wichtig, eine funktionierende Rentenkasse und eine zügig reparierte Autobahnbrücke.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





GASTKOMMENTARE

MEHR STEUERMITTEL FÜR SOZIALKASSEN?

Nur gerecht

PRO



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Es mag wie ein Sakrileg erscheinen, wenn Steuermittel in die Sozialkassen fließen sollen, denn gemeinhin gelten diese als „Versicherungen“. Die Idee ist also, dass jeder für sich selbst zuständig ist: Die Arbeitnehmer zahlen in die Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung ein, um hinterher Anspruch auf ein bestimmtes Leistungsniveau zu haben. So weit die Theorie. In der Praxis gibt es diesen angeblich so fundamentalen Unterschied zwischen Steuern und Sozialkassen nicht. Denn in Wahrheit funktionieren auch die Sozialversicherungen weitgehend wie Steuern. Besonders sichtbar ist dies bei den Krankenkassen, bei denen das „Solidarprinzip“ gilt. Die Beiträge richten sich nicht nach dem eigenen Risiko, sondern werden je nach Einkommen fällig. Umgekehrt sind aber die Leistungen für alle Versicherten gleich, ganz unabhängig davon, wie viel sie eingezahlt haben. Auch Niedriglöhner oder Arbeitslose genießen den vollen Schutz. Damit ist die gesetzliche Krankenversicherung eine Art zweckgebundene Steuer, die dazu dient, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu finanzieren. Daher wäre es eigentlich konsequent, Sozialsteuern zu erheben, die für alle gelten und progressiv gestaltet sind, so dass die Reichen für die Armen zahlen. Doch Deutschland geht bisher den umgekehrten Weg: Es gibt eine „Beitragsbemessungsgrenze“, die derzeit bei 4.537,50 Euro pro Monat liegt. Wer mehr verdient, muss auf das Einkommen jenseits dieser Grenze keine Kassenbeiträge mehr bezahlen. Der Effekt ist bizarr: Nur die Mittelschicht kommt für die Krankenkosten der Armen auf. Die Wohlhabenden werden geschont. Es wäre also nur gerecht, wenn zusätzliche Steuermittel in die Sozialkassen fließen.

Nicht billiger

CONTRA



Thomas Sigmund, »Handelsblatt«, Düsseldorf

Das Sozialbudget umfasst eine Billion Euro – pro Jahr. Das ist eine Eins mit zwölf Nullen, insgesamt fast ein Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung. Natürlich kann man da draufsatteln, Probleme wie der Pflegenotstand sind ja Realität. Irgendwann fressen aber die Sozialleistungen die Leistungsfähigkeit der Bürger auf. Die Unternehmen finanzieren den Sozialstaat kräftig mit. Ob gesetzliche Renten- oder Krankenversicherung: Bei den Beiträgen ist jeder Handwerksbetrieb zur Hälfte dabei. Die Politik schiebt jetzt auf die Steuern, um die Schraube der Sozialabgaben nicht zu überdrehen. Im Handwerksjargon heißt das: Nach fest kommt ab. Und absehbar wird der Rentenbeitrag enorm steigen, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen. Der Steuerzuschuss in die gesetzliche Rentenversicherung beträgt heute 100 Milliarden Euro jährlich. Das wird damit begründet, dass sogenannte versicherungsfremde Leistungen mit abgedeckt werden. Die neueste Erfindung der GroKo ist nun die Grundrente. Mit ihr wird das Äquivalenzprinzip mal wieder durchbrochen. Das heißt, wer mehr einahlt, soll mehr herausbekommen. Damit die Grundrente nicht beitragsfinanziert wird, arbeitet das Finanzministerium an einer Finanztransaktionssteuer. Damit wird die Grundrente zum Einfallort für eine steuerfinanzierte Einheitsrente. Mütterrente, Rente mit 63 und jetzt die Grundrente. Das sind alles gut gemeinte Dinge. Es sei jedem gegönnt, vor allem den Müttern. Aber am Ende kommt die Rechnung. Eine Rentenkommission soll nun Vorschläge für die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme erarbeiten. Das Ergebnis gibt es in zwei Jahren. Heute kann man aber schon sagen: Billiger wird es für die Steuer- und Abgabenzahler nicht.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

**Frau Lips, Sie sind Berichterstatterin Ihrer Fraktion für den Kultur-Etat, der im kommenden Jahr fast zwei Milliarden Euro betragen wird. Welche Bedeutung hat für Sie die Bundes-Kulturförderung?** Die Kulturförderung hat für mich eine ganz große Bedeutung. Denn Kultur – ganz allgemein verstanden, beispielsweise Theater, Musik oder Kino – verbindet Menschen. Aber auch das bauliche Erbe und Hinterlassenschaften sind ein großer Ausdruck von Kultur. Dazu gehören Museen, aber auch Klöster, Schlösser, Burgen und vieles mehr. Wenn diese eine herausragende und überregionale Bedeutung haben, dann bin ich sehr dafür, dass der Bund unterstützt. Es ist immer eine Kooperation, der Bund zahlt ja nie allein.

**Worüber freuen Sie sich am meisten in dem just beschlossenen Kultur-Etat?**

Ganz grundsätzlich über die unglaubliche Vielfalt. Im kommenden Jahr werden wir darüber hinaus sehr viele Mittel für Projekte zur Demokratiegeschichte sowie zur Erinnerungskultur geben. Die Paulskirche und das Nationaltheater in Weimar werden unterstützt. Gefördert werden anlässlich von 30 Jahren Wiedervereinigung auch zwei Gedenkstätten an ehemaligen Grenzanlagen zwischen Hessen und Thüringen. Wir werden weitere Schritte machen beim Thema Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewalt. Die Stiftung Aufarbeitung bekommt eine Million Euro zusätzlich. Es sind außerdem erste Pflöcke für ein Mahnmahl für die Opfer sowie für einen Campus der Demokratie auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin-Lichtenberg eingeschlagen. Unterstützt wird auch die Erinnerung an die schrecklichste Zeit unserer Geschichte: Beispielsweise werden Mittel für die Gedenkstätte Hadamar in Hessen, eine ehemalige Euthanasie-Einrichtung der Nazis, die dringend saniert werden muss, bereitgestellt.

**In der Debatte vergangenen Woche kam es zu einem Eklat. Der AfD-Abgeordnete Martin Renner sprach von „Krematoriumsasche“, die über diesem Haushaltskapitel liege. Johannes Kahrs (SPD) griff die AfD daraufhin massiv an.**

Das hat Johannes Kahrs zu Recht explodieren lassen. Unsere Kulturpolitik gleichzusetzen mit Krematoriumsasche, gerade wenn wir die Erinnerungsorte wie Hadamar, Neuengamme oder Buchenwald fördern, da fehlen mir die Worte. Es ist entsetzlich, welcher Sprachgebrauch sich inzwischen breit gemacht hat. Vor Jahren wäre es noch undenkbar gewesen, so etwas auch nur im Ansatz zu formulieren. Das ist mehr als makaber.

**Der Kulturförderung des Bundes wird immer wieder vorgehalten, vor allem die Hauptstadt Berlin im Fokus zu haben. Trägt dieser Eindruck?**

Ich sehe das komplett anders. Natürlich ist Berlin eine Metropole, die Touristen strömen in die Stadt. Darum muss ein großer Anteil in die Hauptstadt fließen, es gibt eine solche Erwartungshaltung und es gibt den Hauptstadtfinanzierungsvertrag, der dem Bund auch die Zuständigkeit mit zuweist. Aber als Koalition haben wir uns nicht nur im Kultur-Etat auf die Fahne geschrieben, den ländlichen Raum zu fördern. Das Förderprogramm für Kinos auf dem Land mit seinen 17 Millionen Euro findet beispielsweise reißenden Absatz. Gerade mit den baulichen Titeln investieren wir Millionensummen in den nächsten Jahren in die Fläche. Wenn irgendwo ein markantes Schloss oder eine größere Klosteranlage steht, dann hat das für die Region historisch eine wichtige Rolle gespielt, wirtschaftlich vielleicht sogar bis heute und ist identitätstiftend. An solchen Leuchtturmprojekten deutlich zu machen, welche Vielfalt es im Land gibt, ist mir

»Vielfalt deutlich machen«

**PATRICIA LIPS** Die Bundes-Kulturförderung greift in der Fläche und im ländlichen Raum, sagt die Christdemokratin und freut sich über Mittel für Demokratiegeschichte und Gedenkstätten



© Patricia Lips/Patrick Lüste

wichtig. Und mit dem Denkmalschutz-Sonderprogramm gehen wir zusätzlich ganz tief in den ländlichen Raum.

**Für das Programm sind im nächsten Jahr erneut 30 Millionen Euro eingestellt. Wie sind die Reaktionen vor Ort?**

Großartig! Hinter den geförderten Projekten stehen meist Ehrenamtliche, die sich zum Beispiel dafür einsetzen, eine alte Orgel zu restaurieren oder das Kirchendach. Die machen das mit so viel Herzblut und freuen sich über vergleichsweise geringe Beträge. Wir reden in dem Programm von

Zuschüssen von 50.000, 100.000 oder auch mal 300.000 Euro und über 200 Projekte. Nun ist der Bund nicht für einzelne Kirchen auf dem Land zuständig, aber der Bund steht jenseits des Einzelobjekts in der Gesamtheit in der Verantwortung, beim Denkmalschutz zu helfen.

**Beim Museum des 20. Jahrhunderts in Berlin steht der Spatenstich am Dienstag an, das Projekt wird deutlich teurer als geplant. Woran liegt das?**

Vieles macht die Kommunikation aus. Wenn vor Jahren gesagt wurde, dass das

Museum 200 Millionen Euro kostet und jetzt kommt man mit mehr als 360 Millionen Euro um die Ecke, dann muss das diskutiert werden. Die ursprüngliche Kostengabe für das Museum liegt schon einige Jahre zurück und dann war lange Pause. Inzwischen ist alles teurer geworden. Ein weiteres Problem dabei ist, dass wir Kosten haushaltswahr und -klar einstellen. Es wird genau das aufgeschrieben, was zum heutigen Tag bekannt ist, selbst wenn wir spüren, dass es mehr werden könnte. Im Haushalt stehen nun 364 Millionen und nicht die 450 Millionen Euro, die unter Berücksichtigung aller Risiken noch eintreten könnten. Wir haben in diesem Fall mit Unterstützung von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) einen Maßgabebeschluss gefasst, um alle halbe Jahr über die Kostenentwicklung informiert zu werden. Es haben sich viele von uns schwer getan. Aber irgendwann muss man springen und sagen: Wir gehen jetzt diesen Weg.

**Gab es Zweifel am Sinn des Projektes?**

Es bestreitet keine Fraktion, dass diese Einrichtung gebraucht wird. Wir können aktuell nicht die Werke zeigen, die wir haben. Das Problem liegt in den Kosten, da gibt es unterschiedliche Meinungen. Ich kenne auch in der Kulturszene niemanden, der die Notwendigkeit bestreitet. Natürlich lässt sich über die Gestaltung streiten, das ist Geschmackssache. Ich bin mir sicher, dass das Museum seinen Spitznamen bekommen wird. Die Berliner neigen ja dazu.

**Stellt sich mit dem wachsenden Etat nicht auch die Frage nach einem Bundeskulturministerium?**

Nein, das ist im Kanzleramt gut angeordnet. Die Kulturhoheit – und das Signal sollte man auch setzen – liegt bei den Ländern, darauf legen sie auch großen Wert. Der Bund hilft nun vermehrt, aber achtet immer noch darauf, dass es Leuchtturmprojekte sind. Es ist wichtig, niemanden aus der Gesamtverantwortung zu entlassen.

**Zum Schluss noch eine Frage zum Haushalt allgemein: Die „Schwarze Null“ wird inzwischen auch vom Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden in Zweifel gezogen. Warum hält die Union daran fest?**

Ich vermeide den Begriff „Schwarze Null“. Aber ein ausgeglichener Haushalt, also nicht mehr auszugeben als man einnimmt, das versteht auch jeder auf der Straße. Zweitens: Mit welcher Legitimation könnten wir auch künftig von anderen Ländern Europas verlangen, die Stabilitätskriterien einzuhalten, wenn das wirtschaftlich stärkste Land Europas nicht ohne Schulden auskommt? Nächstes Jahr werden wir selbst das erste Mal nach 16, 17 Jahren die Maastricht-Kriterien einhalten. Und drittens haben wir kein Investitions-, sondern ein Umsetzungs- und Abrufungsproblem. Es ist ziemlich wohlfeil, ständig nach Investitionen zu rufen, wenn die vorhandenen Mittel gar nicht abrufen werden beziehungsweise abgerufen und verbaut werden können, weil beispielsweise Planer fehlen.

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. ||

Patricia Lips (CDU) sitzt seit 2002 im Bundestag, seit 2005 im Direktmandat für den Wahlkreis Odenwald. Lips ist Mitglied im Haushaltsausschuss.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Haushälterin: Ulrike Schielke-Ziesing

Zwei Milliarden Euro. Soviel soll der Bund im nächsten Jahr für die Unterbringung abgelehnter Asylbewerber ausgeben, die streng genommen ausreisepflichtig wären. Ulrike Schielke-Ziesing hat sich die Mühe gemacht, den Betrag für die Beratungen im Haushaltsausschuss aus dem Einzelplan 11 herausrechnen zu lassen. Ginge es nach ihr, könnten die zwei Milliarden gestrichen werden, auch als Wink mit dem Zaunpfahl etwa an das Land Berlin: „Berlin schiebt nicht ab, möchte aber vom Bund den Zuschuss für Unterkunft und Heizung.“ Der Einzelplan 11, den die AfD-Abgeordnete Schielke-Ziesing als Berichterstatterin betreut, betrifft das Ministerium für Arbeit und Soziales, einen Politikbereich, mit dem die heute 50-jährige Mecklenburgerin berufliche Erfahrung verbindet. Bevor sie 2017 in den Bundestag gelangte, verbrachte sie in ihrer Heimatstadt Neubrandenburg ein gutes Vierteljahrhundert im gehobenen Dienst der Deutschen Rentenversicherung. Heute ist es ihr ein politisches Anliegen, in der Rentenkasse „aufzuräumen“. Was sie damit meint, ist das – wie sie es sieht – Ärgernis „versicherungsfremder“, also nicht durch Beiträge gedeckter Leistungen. Auch dazu weiß sie eine Zahl: Auf 35 Milliarden belaufen sich derzeit dieser Kostenblock, Tendenz steigend. Für Schielke-Ziesing Folge einer Politik, die sich gerne Wohltaten einfallen lassen – Rente mit 63, Mütterrente –, aber lieber zu Lasten der Beitragszahler als auf eigene Kosten: „Es ist nicht transparent. Wenn Sie Geschenke machen für eine bestimmte Klientel, müssen Sie das aus Ihrem Haushalt bezahlen.“

Transparenz zumal in Gelddingen ist ein Schlüsselbegriff, wenn man wie Schielke-Ziesing die Eurokrisis als politische Initialzündung erlebt hat. Insofern sieht sie sich mit ihren Neigungen im Bundestag gut aufgehoben: „Ich habe alle meine Wünsche erfüllt bekommen. Ich wollte in den Ausschuss für Arbeit und Soziales, ich wollte in den Haushaltsausschuss, ich wollte in den Rechnungsprüfungsausschuss.“ Dort ist sie Obfrau ihrer Fraktion, die sie obendrein als rentenpolitische Sprecherin vertritt.



»Wenn Sie Geschenke machen für eine bestimmte Klientel, müssen Sie das aus Ihrem Haushalt bezahlen.«

Das Interesse an diesen Themen, an der Politik generell, sagt Schielke-Ziesing, habe zugenommen mit dem Heranwachsen ihrer drei Kinder daheim in dem 200-Seelen-Dorf Lebbin. Werden sie ordentliche Ausbildungsplätze finden? Eine auskömmliche Beschäftigung? Später eine nicht zu knapp bemessene Rente beziehen? Ideologietrieben wird man ein solches Politikverständnis kaum nennen können. „Ich bin Realo“, sagt

Schielke-Ziesing. „Ich habe mit romantischen Vorstellungen nicht viel am Hut.“ Zu den „Romantikern“ zählt sie den thüringischen Parteifreund Björn Höcke. Hätte sie mit diesem Ansatz nicht auch in einer anderen Partei reüssieren können? Nein, meint Schielke-Ziesing, hätte sie nicht. Ihr Weg in die AfD war, wie sie sich ausdrückt, von „Meilensteinen“ gesäumt, die Angela Merkel errichtet hatte: Atomausstieg, Eurorettung, später noch die Flüchtlingspolitik. Die gelernte Verwaltungswirtin Schielke-Ziesing in Lebbin hatte den Eindruck, dass ihre Meinung bei alledem nicht gefragt war, und als 2013 die AfD am politischen Horizont auftauchte, hoffte sie auf Abhilfe: „Ich verstehe meine Partei als zutiefst basisdemokratisch.“ Schielke-Ziesing war von Anfang an dabei. Im Februar 2018 zählte sie in Mecklenburg-Vorpommern zu den Mitbegründern eines regionalen Ablegers der „Alternativen Mitte“, eines Zusammenschlusses von Parteifreunden, denen die rechtsradikale Rhetorik in der AfD zuwider ist. „Denkmal der Schande“, „Vogelschiss“ und derlei: „Solche Töne werden Sie von mir nicht hören. Von vielen anderen auch nicht.“ Die AfD, wie Schielke-Ziesing sie sieht, sollte sein, „was die CDU vor 20 Jahren war“. Und in Deutschland sollte es wieder werden, wie es in ihrer Erinnerung in den 1990er Jahren gewesen ist. Eine „ordentliche Einwanderungspolitik“. Kein Euro. Weniger Europa. „Wir wollen Realpolitik machen“, sagt Schielke-Ziesing. „Wir wollen irgendwann mal stärkste Kraft werden.“ *Winfried Dolderer* ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

**Redaktionsschluss**  
29. November 2019

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Marfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

**Leserservice/Abonnement**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jbi)

**Stellvertretender Chefredakteur**  
Alexander Heinrich (ahe)

**Verantwortliche Redakteure**  
Claudia Heine (che)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr) Cvd  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenscheite „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





20 Millionen Euro bekommt das Hamburger Reeperbahn-Festival in den kommenden Jahren vom Bund – ein Umstand, der in der Haushalts-Schlussrunde vergangenen Freitag gleich mehrfach hervorgehoben wurde.

© picture-alliance/dpa

# Bunte Kultur und schwarze Null

**ETAT 2020** Die Haushalts-Experten streiten über die Schuldenregel. Koalition sieht Umsetzungs- statt Finanzierungsproblem

Die Haushaltsberatungen haben ihre Rituale. Dazu gehört die Bereinigungssitzung, die bis in die frühen Morgenstunden andauert. Dazu gehört auch, dass sich die Haushalter der Fraktionen in der Schlussrunde eine kleine rhetorische Herausforderung gönnen: Fast alle von ihnen bringen dann dieselbe Phrase oder denselben Begriff in ihren Reden unter, in welchem Kontext auch immer. Dieses Jahr war es das „Reeperbahn-Festival“. Nicht ohne Grund: Die Veranstaltung in Hamburg wird in den kommenden Jahren mit gut 20 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt unterstützt. Gesine Lötzsch (Die Linke) etwa schlug Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Frontalattacke auf den Koalitions-Etat vor, den aus ihrer Sicht unfähigen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) zu entlassen. Dann hätte Scheuer auch mehr Zeit, um das Reeperbahn-Festival zu besuchen. Sowohl in der Schlussrunde am Freitag als auch zu Beginn der Haushaltsberatungen am vergangenen Dienstag rechneten die Haushalter der Opposition erneut mit den finanz- und haushaltspolitischen Vorstellungen der Koalition ab. Dass Union und SPD den Etat allerdings mit ihrer Mehrheit nach zweiter und dritter Lesung beschlos-

sen, konnten sie damit nicht verhindern. Die Redner der Koalition lobten im Gegenzug nicht nur ihren Haushalt, sondern griffen auch die unterschiedlichen Vorschläge von AfD, FDP, Grünen und Linken an.

**Auf Pump** Die Fachpolitiker stritten sich etwa um die Frage, wie schwarz die Schwarze Null wirklich ist. Für den haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Fricke, ist diese nämlich eine „Schwarze Null auf Pump“. Fricke kritisierte, dass der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben nur deswegen funktioniere, weil der Bund auf die gebildete Asyl-Rücklage zurückgreife und im Etat großzügig mit Globalen Minderausgaben operiere. „Das ist keine Schwarze Null, sondern das sind rote Zahlen, die Sie in Wirklichkeit produzieren“, meinte Fricke. Für die AfD-Fraktion kritisierte Peter Boehringer, dass die vorgeblich solide Haushaltspolitik auf historisch einmaligen Sondereffekten beruhe. Während der Bund von der „monetären Staatsfinanzierung“ durch die Zinspolitik der Europäischen

Zentralbank profitiere, würden Rentner und Sparer enteignet, kritisierte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Zudem warf er der Bundesregierung in der Anleiheemissionspolitik (siehe Seite 5) eine „milliardenschwere Unseriosität“ vor. „Ohne Not werden teure Altanleihen aufgestockt. Damit werden heute hohe Agios generiert und auch sofort im 2020er-Haushalt verplant – zulasten zu hoher Zinszahlungen der Steuerbürger in der Zukunft“, sagte der AfD-Abgeordnete.

Grüne und Linke kritisierten hingegen den vermeintlichen Fetischcharakter der schwarzen Null. Anja Hajduk monierte zwar auch, dass der Etat strukturell eine Lücke aufweise, die durch eine Entnahme aus der Rücklage und Globale Minderausgaben verdeckt werde. Sie plädierte für die Grünen-Fraktion aber dafür, die Spielräume im Rahmen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse für ein milliardenschweres Investitionsprogramm zu nutzen. „Die CO2-neutrale Wirtschaft und die Digitalisierung brauchen ein ganz anderes Volumen und einen ganz anderen Impuls“, sagte Hajduk.

Ähnliches forderte die Linksfraktion. Lötzsch betonte dabei einmal mehr, dass die Vermögenden mehr zur Kasse gebeten und weniger in die Verteidigung, dafür mehr in Bildung, Pflege und Soziales investieren werden müssten. Kein „ernsthafter Ökonom“ unterstütze mehr die Schwarze Null, sagte Lötzsch. Sie müsse aufgegeben werden.

**Bekennnis der Union** Das sieht man bei der Union anders. Unter der Woche verbreitete die CDU auf Twitter ein Bild mit einer klaren Botschaft: „Wir stehen zu unserem Fetisch“ – und zeigte eine Schwarze

Null mit vieldeutiger schwarzer Ledermütze. Weniger anzüglich begründete Eckhardt Rehberg (CDU) im Plenum die Position der Union. „Die Finanzkrise in Europa ist nicht durch zu wenige Schulden entstanden; sie ist durch zu viele Schulden entstanden“, sagte der Christdemokrat in Richtung der „großen Ökonomen“, die mehr Investitionen forderten. Es bestehe ohnehin kein Finanzierungs-, sondern ein Umsetzungsproblem. Den Grünen warf er vor, mit ihren Plänen die finanzielle Nachhaltigkeit des Landes zu gefährden. „Dieser Haushalt ist ein gutes Fundament für die nächsten Jahre“, resümierte Rehberg.

Das sah auch Johannes Kahrs (SPD) so. Seine Fraktion stünde ebenfalls hinter dem Verzicht auf neue Schulden, allerdings nicht, weil es ihr Fetisch sei, sondern aus inhaltlicher Überzeugung, frotzelte der Sozialdemokrat. „Diese Bundesregierung betreibt eine verlässliche, eine solide Haushaltspolitik.“ Insbesondere den Grünen warf Kahrs Doppelzüngigkeit vor. So würden die Landesregierungen mit Beteiligung der Partei ebenfalls auf die Aufnahme neuer Schulden verzichten, während dies im Bundestag nachdrücklich gefordert werde. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hob hervor, dass mit dem Etat der soziale Zusammenhalt im Land gestärkt, Investitionen vorangebracht und Bürger entlastet würden. Und auch Scholz kam um das Reeperbahn-Festival nicht herum: Das sei ihm als Hamburger ohnehin sehr ans Herz gewachsen und er sei dem Bundestag für die Unterstützung „sehr dankbar“. Das Festival sei ein „ganz zentraler Beitrag, mit dem wir weit über Deutschland hinaus leuchten.“

Sören Christian Reimer

»Die Finanzkrise in Europa ist nicht durch zu wenige Schulden entstanden.«

Eckhardt Rehberg (CDU)

## KOMPAKT

### Der Haushalt in Drucksachen

**Entwurf** Im September diskutierte der Bundestag den Regierungsentwurf (19/11800), allerdings einen unvollständigen. Wenige Wochen später legte die Bundesregierung eine Ergänzung vor (19/13800), mit der die Ergebnisse des Klimapakets in den Etat-Entwurf integriert wurden. Zu beiden Vorlagen nahm der Bundesrat Stellung (19/11802, 19/13801).

**Beschlüsse** Die Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen lassen sich in diversen Drucksachen ergründen. Die Gesamtübersichten und der geänderte Gesetzestext sind in Drucksache 19/13295 zu finden. Die Ergebnisse der Einzelplanberatungen in der Bereinigungssitzung sowie Verweise auf weitere Beschlussempfehlungen sind in Drucksache 19/13924 aufgeführt, einen Überblick über die Beratungen bietet Drucksache 19/13925.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## Bundshaushalt 2020

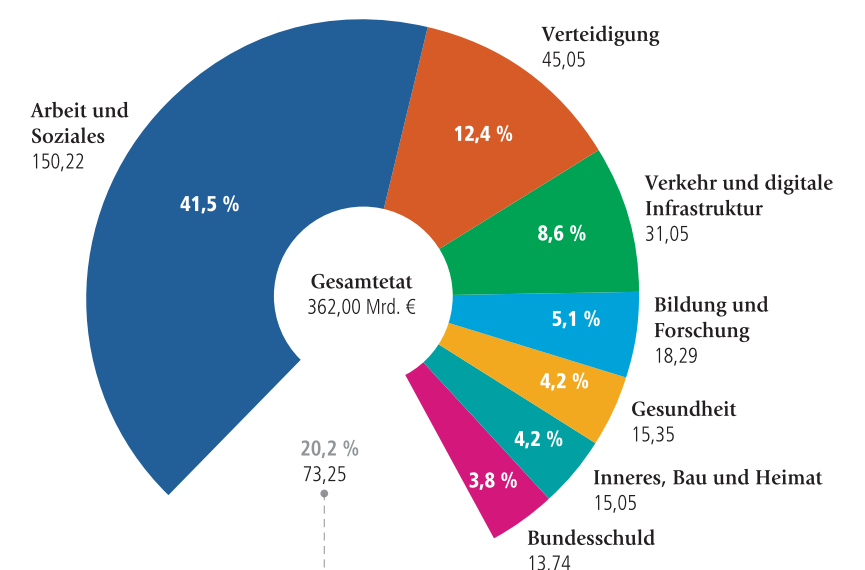
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2020 in 1.000 €	Veränderungen zu 2019 in 1.000 €	2020 in 1.000 €	Veränderungen zu 2019 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	44.691	- 2.948
02 Deutscher Bundestag	1.945	+ 144	1.032.811	+ 41.905
03 Bundesrat	56	- 30	39.449	+ 1.948
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2.902	- 323	3.385.165	+ 143.442
05 Auswärtiges Amt	170.694	+ 10.848	5.928.661	+ 102.817
06 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.206.020	+ 79.411	15.052.728	- 796.720
07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	614.777	+ 34.995	919.734	+ 24.412
08 Bundesministerium der Finanzen	318.670	+ 27.124	7.866.447	+ 686.014
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	463.940	+ 15.616	9.209.555	+ 1.021.801
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	65.132	+ 1.129	6.687.284	+ 363.462
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.111.042	+ 21.651	150.221.886	+ 4.961.635
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8.582.956	- 241.255	31.048.457	+ 1.762.787
14 Bundesministerium der Verteidigung	485.897	-	45.052.981	+ 1.825.167
15 Bundesministerium für Gesundheit	93.617	- 179	15.350.354	+ 45.067
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	892.232	+ 74.018	2.965.884	+ 678.784
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	245.848	+ 46.763	12.055.263	+ 1.606.941
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	35.866	+ 1.503
20 Bundesrechnungshof	3.907	+ 36	163.135	+ 1.100
21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	61	-	26.846	+ 1.628
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	869.813	- 126.230	10.884.082	+ 638.396
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	39.276	+ 3.000	18.288.692	+ 18.939
32 Bundesschuld	1.031.905	- 316.408	13.736.518	- 4.643.610
60 Allgemeine Finanzverwaltung	344.799.077	+ 5.969.690	12.003.511	- 2.884.470
<b>SUMME</b>	<b>362.000.000</b>	<b>+ 5.600.000</b>	<b>362.000.000</b>	<b>+ 5.600.000</b>

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/13925

Grafik: Stephan Roters

## Ausgaben im Bundshaushalt 2020

Einzelstats der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/13925 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



## BMF künftig für IT-Projekt verantwortlich

**UMSTRUKTURIERUNG** Die Neuaufstellung des Projekts „IT Konsolidierung Bund“ schlägt sich im kommenden Jahr umfangreich im Etat des Bundesfinanzministeriums (BMF) nieder. Der Großteil des gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossenen Aufwuchs von 449 Millionen Euro (Einzelplan 08) entfällt auf entsprechende Umschichtungen innerhalb des Gesamthaushalts.

Das bisher vor allem im Bundesinnenministerium (BMI) verantwortete Projekt wird künftig in zwei Projekte gesplittet. Das hatte das Bundeskabinett auf Vorschlag des IT-Rats der Bundesregierung bereits Anfang November beschlossen. Das BMF wird demnach die Handlungsstränge Betriebskonsolidierung und Dienstleistungserweiterung übernehmen. Das BMI kümmert sich weiterhin um die Handlungsstränge Dienstleistungskonsolidierung und Beschaffungsbündelung. Das Bundeskanzleramt soll für das Controlling des Gesamtprojektes verantwortlich zeichnen. Der Bundesrechnungshof hatte die bisherige Projektumsetzung scharf kritisiert.

Gegenüber dem Soll-2019 sieht der beschlossene Etat-Ansatz mit 7,87 Milliarden Euro damit einen Aufwuchs von 686 Millionen Euro vor. Das entspricht einer Steigerung von 9,6 Prozent. Zu dem Einzelplan gehört unter anderem die Zollverwaltung. Die Ausgaben in diesem Bereich sollen im kommenden Jahr 2,88 Milliarden Euro betragen, 112 Millionen Euro mehr als 2019. Allein auf das Personal der Zollverwaltung entfallen dabei Ausgaben in Höhe von 2,07 Milliarden Euro.

**Debatte** In der abschließenden Beratung des Einzelplans vergangene Woche diskutierten die Abgeordneten überwiegend die großen Linien der Finanz-, Investitions- und Haushaltspolitik (siehe Seite 3). Fabio De Masi (Die Linke) lobte bezogen auf das Ressort die Pläne, eine Taskforce im Ministerium gegen großangelegten Steuerbetrug einzurichten zu wollen. Das habe er schon frühzeitig gefordert. Andreas Schwarz (SPD) freute sich ebenfalls über die Taskforce und hob zudem die Rolle des Zolls hervor. „Er bekommt immer mehr Aufgaben. Damit ist es notwendig und auch Pflicht, den Zoll entscheidend mit Personal auszustatten.“ Es seien mehr als 5.000 Stellen geschaffen worden, man sei auf dem richtigen Weg, auch wenn er noch nicht zu Ende sei, sagte der Sozialdemokrat.

André Berghegger (CDU) verwies ebenfalls auf die personelle Verstärkung beim Zoll. „Für uns war es wichtig, die Verlässlichkeit für die Zollrinnen und Zollner zu stärken“, sagte der Christdemokrat. scr



Demo mit Traktoren: Bauern aus ganz Deutschland legten vergangene Woche Berlin-Mitte lahm.

© picture-alliance/dpa

# Unter Protest

## AGRAR Rekord-Etat verabschiedet. Bauern demonstrieren

Mit einem Rekordbudget antwortet das Parlament auf einen Rekordprotest der Bauern. Der Bundestag hat am vergangenen Dienstag mit 6,69 Milliarden Euro (2019: 6,32 Milliarden Euro) den bis dato höchsten Etat des Agrarministeriums gebilligt. Angesichts von zeitgleich rund 8.600 vor dem Brandenburger Tor vorfahrenden Traktoren und einer anschließenden Protestkundgebung mit circa 40.000 Teilnehmern gegen das Agrarpaket der Bundesregierung wurde im Plenum abgerechnet.

**Paradigmenwechsel** Für die SPD war klar, dass die Landwirtschaftspolitik in Deutschland einen Paradigmenwechsel brauche. Matthias Miersch (SPD) forderte, die strukturellen Defizite unter die Lupe zu nehmen. Der Sozialdemokrat gab dem Subventions-system der europäischen Agrarförderung eine gehörige Mitschuld an den derzeit größten Problemen. Im Wesentlichen werde die Masse und nicht die Klasse gefördert. „Dadurch werden Landwirte immer unter Druck stehen“, sagte Miersch. Landwirte, die sich auf den Weg machen und etwas ändern wollen, müssen belohnt werden, forderte er.

Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke) teilte die Kritik der SPD an den „Fördermodalitäten“ seitens der EU. Die Abgeordnete forderte ein energischeres Engagement im Bereich der Strukturverbesserung in den ländlichen Räumen ein. Es gebe im Landwirtschaftsetat eine Vielzahl von Programmen, die sich mit der Verbesserung der Investitions- und Förderbedingungen auf dem Land beschäftigen würden. Diese sollten weiter gestärkt werden, statt die Bundesregierung diese Mittel über fünf Ministerien verteilen zu lassen. Sorgen machte sich Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) über die ökonomische Grundlage der Landwirtschaft. Sie stellte fest, dass die Preise für Lebensmittel sinken, aber die direkten und indirekten Kosten steigen würden. Daher gelte es, weg von einem agrarindustriellen System, hin zu einem System, das ökologisch gut arbeite und den Landwirten ein Auskommen si-

chere, zu kommen. „Respekt beweist sich nicht in den Worten, sondern in den Taten“, sagte Künast, die eine entschlossener Umschichtung von EU-Fördermitteln aus dem Topf der Direktzahlungen hin zur Förderung von Umweltleistungen verlangte. Es solle auch in Zukunft „echte Landwirtschaft mit Bauernfamilien geben“ und nicht durch Investoren, die in Wahrheit keine Direktzahlungen bräuchten. „Bauern sollen nicht nur Landschaftsgärtner sein“, kontierte Ministerin Julia Klöckner (CDU) ihre Vorrednerin. Die Landwirtschaftspolitik dürfe nicht nur aus der Perspektive der Städter gemacht werden, denn der ländliche Raum sei nicht der Kompensationsraum für städtische Wünsche. Die Bäuerinnen und Bauern seien so gut ausgebildet wie noch nie, deshalb sollte mehr auf sie gehört werden, so Klöckner. Der Haushalt setze auf Hightech, auf Lösungen und auf das Miteinander statt auf das Gegen-einander.

Die Union wolle die Herausforderungen mit den Landwirten zusammen aufnehmen, nicht gegen die Landwirtschaft, betonte auch Christian Haase (CDU). Dafür stehe der Haushalt mit einem Rekordwert und rund 400 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Weil besonders die Wälder unter großen Schäden leiden würden und mehr als 180.000 Hektar wieder aufgeforstet werden müssen, habe der Bund bereits vor einem Jahr zehn Millionen Euro Bundesmittel bereitgestellt. Im Zuge des Klimaschutzpaktes sollen in den nächsten vier Jahren 478 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zusammen mit Mitteln aus den Ländern in Höhe von weiteren rund 400 Millionen Euro dafür zur Verfügung stehen, kündigte Haase an.

**Akute Probleme** Keine Landwirtschaftspolitik über die Köpfe der Landwirte hinweg zu führen, forderte Ulla Ihnen (FDP). Das Auflegen immer neuer Förderprogramme werde die akuten Probleme der Landwirte nicht beseitigen können, meinte die Liberale. Sinkende Hektarprämien würden zu weniger Einkommen führen und stünden immer neuen Vorgaben zum Beispiel durch das geplante Insektenschutzgesetz entgegen. Derlei Einnahmeausfälle könn-



Grafiken: Stephan Röhms

ten auch durch Forschungsförderung nicht kompensiert werden. Die Liberalen sprachen sich daher für faire Regeln für die Landwirte aus, statt sie zu gängeln. Birgit Malsack-Winkemann (AfD) konzentrierte sich auf den Ernährungssektor und kritisierte, dass etwas bei der Lebensmittelüberwachung in Deutschland strukturell schief laufe. So habe sich die Zahl der Lebensmittelrückrufe seit dem Jahr 2012 mehr als verdoppelt. „Doch die Bundesregierung weist jede Verantwortung von sich“, monierte sie. Darauf zu verweisen, dass die Bundesländer für die Lebensmittelkontrollen zuständig seien, reiche nicht. Wenn durch einen Produzenten deutschlandweit Lebensmittel betroffen sind, müsse auch das Risikomanagement deutschlandweit erfolgen. Wozu sonst würden die dafür mit in der Verantwortung stehenden Bundesbehörden Millionen aus dem Haushalt zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhalten, fragte die Abgeordnete.

**Abgestimmt** Verabschiedet wurde der Etat auf Grundlage des um das Klimaschutzprogramm 2030 ergänzten Regierungsentwurfs für den Haushalt 2020 (19/11800, 19/13802, 19/13800, 19/13801). Der Einzelplan 10 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen. Der Haushaltsausschuss hatte für die Abstimmung eine Beschlussempfehlung vorgelegt (19/13924, 19/13925). Ein von der AfD eingebrachter Änderungsantrag (19/15462) fand bei Enthaltung der FDP gegen die übrigen Stimmen des Hauses keine Mehrheit. Darin hatte die Fraktion gefordert, den Titel „Entwicklung und Markteinführung eines Tierwohllabels“ im Etat zu streichen. Jan Eisel

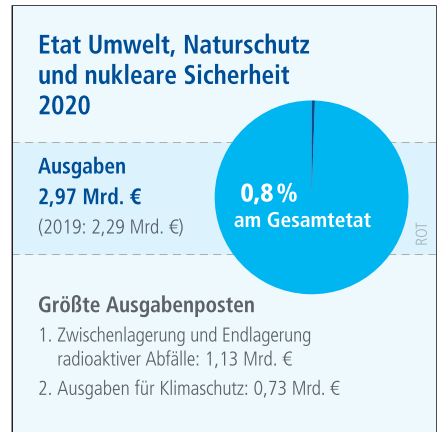
## Haushalt bildet Grundlage für »Jahre des Handelns«

### UMWELT Etat wächst um 30 Prozent. Niedriger Gesamtanteil

Die Kritik der Opposition am Klimapakete der Koalition ist auch in der Debatte zum Umweltetat 2020 vergangene Woche nicht abgerissen. Oppositionspolitiker forderten Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) zu größeren Bemühungen auf und lehnten den Einzelplan 16 bei Zustimmung der Koalition geschlossen ab. Das mittels Ergänzung des Regierungsentwurfes (19/13800) eingefügte Klimapakete selbst findet seinen Niederschlag zu großen Teilen in anderen Einzelplänen und vor allem im Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (EKf), einem Sondervermögen des Bundes. Auch die Mittel für die Nationale Klimaschutzinitiative wurden aus dem Umwelt-Etat dorthin verlagert.

Schulze kann damit im Jahr 2020 mit Ausgaben in Höhe von 2,97 Milliarden Euro (2019: 2,29 Milliarden Euro) planen. Damit wächst der Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit um 680 Millionen Euro beziehungsweise rund 30 Prozent. Ein Großteil der Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf, 250 Millionen Euro, entfallen auf vorsorglich bereitgestellte Entschädigungszahlungen an Energieunternehmen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2016 entschieden, dass der Bund den Kernkraftwerksbetreibern für einen Teil der im Vorfeld des Atomausstieges von 2011 getätigten Investitionen entschädigen muss. Neben dem Kapitel Klimaschutz, das auf rund 726 Millionen Euro steigt, bildet der Bereich Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle mit 1,1 Milliarden Euro den größten Posten des Etats. Im Bereich Umweltschutz sind mehr Mittel (29,8 Millionen Euro) für den „Internationalen Klima- und Umweltschutz der Meere“ vorgesehen. Auch die Mittel für internationale Zusammenarbeit wurden erhöht (26 Millionen Euro). Beim Naturschutz erfahren die Programme „Biologische Vielfalt“ (45 Millionen Euro) und „Blau Band“ (12,4 Millionen Euro) einen Aufwuchs. Auch die Mittel für den Wildnisfonds wurden verdoppelt.

**Mehr Engagement** „Der Haushalt 2020 legt eine gute Grundlage dafür, dass jedes Jahr zum Jahr des Handelns im Klimaschutz wird“, sagte Umweltministerin Schulze. Bei der Anfang Dezember anstehenden Weltklimakonferenz in spanischer Madrid wolle sie dafür werben, dass sich auch andere Länder zu mehr Klimaschutz verpflichteten. Unterstützung kam von SPD-Haushaltspolitiker Andreas Schwarz. Er betonte, dass mit dem Haushalt der Kampf gegen Plastik in Gewässern gestärkt werde.



Ingo Gädechens (CDU) lobte ebenfalls die Entscheidung, Plastikmüll mit einem eigenen Förderprogramm und 15 Millionen Euro extra zu bekämpfen. „Der Blick auf andere Teile der Welt offenbart, dass das Problem eher größer als kleiner wird“, sagte er. Der Christdemokrat verwies zudem auf die neun Milliarden Euro im EKf für Maßnahmen gegen den Klimawandel.

**Heiße Nadel** Kritik am Haushalt und dem Klimapakete kam von Ulla Ihnen (FDP). Sie bezeichnete das Paket als „mit der heißen Nadel gestrickt.“ Dem Etat fehle es an „Gestaltungswillen und Vision“. Sie kritisierte, dass sich ein Großteil der Maßnahmen für Klimaschutz im EKf befänden. Dieser sei zwar größer als zuvor, habe aber die gleichen strukturellen Probleme. Auf die Tatsache, dass der Anteil des Umweltetats am Gesamtetat „signifikant niedrig“ bleibe, verwies Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke). Vom Etat gehe „definitiv kein Signal für nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“ aus, sagte sie. Dass mehr als 60 Prozent der Mittel für den EKf im Wirtschaftsplan und nicht im Umweltministerium verwaltet würden, verstetige dieses, sagte sie. „Es geht weiter mit Pillepalle“, monierte auch Sven Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen). Das Klimapakete sei ein „offener Bruch“ mit den Pariser Klimaziele. Zudem würden Gerechtigkeit und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt. Kindler forderte, klimaschädigende Subventionen abzuschaffen.

Für die AfD-Fraktion kritisierte Karsten Hilde den Haushalt als „nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit“ entsprechend. Das Wohl des deutschen Volkes stehe für die Regierung „hinten an“, sagte er. Das Geld der Steuerzahler werde „ohne wissenschaftliche Begründung“ für Klimaschutzpolitik verschwendet und Arbeitsplätze würden vernichtet. Lisa Brübler

## Eine Frage des Wo und Was

### BAU Opposition sieht falsche Schwerpunkte im Etat

Von Enteignungspolitik bis hin zu einer Abkehr von der Solidargemeinschaft – Aussprachen über die Bau- und Wohnungspolitik bewegen im Bundestag grundsätzlich die ganz großen Fragen und Perspektiven. Die Debatte über den Etat von Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) für 2020 blieb dieser Linie treu: Während Seehofer in der vergangenen Woche herausstellte, dass seine Regierung so viel auf dem Wohnungsmarkt veranlasst habe wie keine zuvor, kritisierte die Opposition die geplanten Haushaltsposten. Die AfD warf dem Minister vor, den ländlichen Raum zu vernachlässigen, die FDP kritisierte ein mangelhaftes Vorgehen gegen die Mietendeckel-Pläne speziell in Berlin. Die Linksfraktion erklärte, bald müssten Sozialwohnungen unter Artenschutz gestellt werden, so stark sinke deren Zahl. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hieß es, ein Großteil der Fördermaßnahme

des Baukindergelds gehe in den Bestandskauf und nicht in den Neubau. Einen ruhigeren Ton brachte ein Vertreter der SPD-Fraktion in die Debatte, der auf erfolgreich eingeführte Mietbegrenzungen bei bundeseigenen Immobilien verwies sowie auf die Mittel in der Städtebauförderung, die dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft dienen. Der Bereich „Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung“ umfasst Ausgaben von etwa 3,6 Milliarden Euro (2019: 4,6 Milliarden Euro), die Ausgaben für Wohngeld belaufen sich dabei auf 600 Millionen Euro (2019: 510 Millionen Euro). Für das Baukindergeld sind 861,35 Millionen Euro vorgesehen (2019: 570 Millionen Euro). Für die Städtebauförderung sind eine Milliarde Euro eingeplant (2019: 899,75 Millionen Euro) und für die nationale Stadtentwicklungspolitik 20,9 Millionen Euro (2019: 9,5 Millionen Euro). pez

## Bundestags-Etat erhöht

### PARLAMENT Ausgaben steigen um vier Prozent

Der Etat des Bundestages steigt in kommenden Jahr auf 1,033 Milliarden Euro. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht die Parlamentarier den Einzelplan 02 im Zuge der Beratungen um rund elf Millionen Euro. Gegenüber dem Soll für 2019 beträgt der Aufwuchs damit rund 41,9 Millionen Euro beziehungsweise rund vier Prozent. Der Einzelplan wurde ohne Aussprache einstimmig angenommen. Für Entschädigungen und Amtszulagen sowie Aufwandsentschädigungen nach dem Abgeordnetengesetz sollen im kommenden Jahr insgesamt rund 121 Millionen Euro ausgeben werden. Das Soll-2019 beträgt 117,8 Millionen Euro. Für die Mitarbeiter der Abgeordneten sind im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 257,7 Millionen Euro vorgesehen, etwa vier Millionen Euro mehr als für 2019. Der Zuschuss an die Fraktionen wurde im parlamentarischen Verfahren erhöht: Er fällt mit 119,4

Millionen Euro 1,7 Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf vorgesehen. Der Regierungsentwurf hatte das Soll für 2019 fortgeschrieben. Zudem wurden Titelansätze für die IT-Ausstattung der Abgeordneten erhöht. Weiter Änderungen im parlamentarischen Verfahren begründeten sich beispielsweise durch neue Stellen in der Verwaltung. Zudem sind steigende Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen für parlamentarische Zwecke vorgesehen. Der Ansatz soll mit rund 3,8 Millionen Euro höher ausfallen als im Regierungsentwurf beziehungsweise im Etat 2019 (jeweils 3,5 Millionen Euro). Zu den Empfängern gehört unter anderem die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Die Förderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte fällt mit 3,085 Millionen Euro ebenfalls etwas höher aus als im Regierungsentwurf beziehungsweise 2019. scr

**KURZ NOTIERT**

**Etat des Bundespräsidenten sinkt um drei Millionen Euro**

Dem Bundespräsidenten und dem Bundespräsidialamt (Einzelplan 02) stehen im kommenden Jahr 44,7 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sinken die Ausgaben im Vergleich zum Soll für 2019 um etwa drei Millionen Euro. Gegenüber dem Regierungsentwurf fällt der nun beschlossene Ansatz um 36.000 Euro geringfügig kleiner aus. Die Herabsetzungen fallen in das Kapitel „Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“. Mit geplanten 29,9 Millionen Euro machen die Ausgaben für Personal den größten Posten im Etat aus. Sie sinken gegenüber dem Vorjahr um 67.000 Euro. Die sächlichen Verwaltungsausgaben (-2 Millionen Euro) sowie die Ausgaben für Investitionen (-1,3 Millionen Euro) sinken deutlich. Mehr Mittel gibt es im kommenden Jahr für Zuweisungen und Zuschüsse (+ 452.000 Euro), unter anderem für ein Forschungsprojekt „Das Bundespräsidialamt und der Nationalsozialismus, für das bis einschließlich 2022 jährlich jeweils 350.000 Euro etatisiert worden sind.

**Bundesrat hat 2020 mehr Mittel zur Verfügung**

Die Ausgaben des Bundesrates sollen im kommenden Jahr steigen. Der Länderkammer stehen 39,4 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 1,9 Millionen Euro beziehungsweise 5,2 Prozent mehr als das Soll für 2019. Der Ansatz im Einzelplan 03 blieb während der Haushaltsberatungen im Bundestag unverändert. Mit 19,2 Millionen Euro (2019: 18,2) bilden die Personalausgaben auch 2020 das etatmäßige Schwergewicht. Für sächliche Verwaltungsausgaben sind mit 14 Millionen Euro rund eine Million Euro mehr als in diesem Jahr eingeplant. Die Ausgaben für Investitionen sinken von 5,8 auf 5,6 Millionen Euro. scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Zinsumfeld wirkt sich positiv auf Finanzen des Bundes aus

Das Zinsumfeld wirkt sich weiterhin positiv auf die Finanzen des Bundes aus. Im nun beschlossenen Haushalt wird im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 14,4 Milliarden Euro für Zinsen für Bundesanleihen gerechnet. Das sind rund 300 Millionen weniger als im Regierungsentwurf. Das Soll für 2019 liegt bei 15,7 Milliarden Euro. 2018 gab der Bund 17,6 Milliarden Euro für Zinsen auf Bundesanleihen aus. Positiv für den Bund wirken sich zudem die „Disagio auf Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen und Darlehen“ aus. Der als im Einzelplan 32 (Bundesschuld, 19/13922) als negative Ausgabe verbuchte Titel bringt dem Bund im kommenden Jahr 3,3 Milliarden Euro. Im Regierungsentwurf war lediglich mit 808 Millionen Euro gerechnet worden. Für 2019 liegt das Soll bei 412 Millionen Euro, 2018 waren es 3,3 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr geht der Bund von einer Bruttokreditaufnahme 238,2 Milliarden Euro aus. 2019 sind es 185,1 Milliarden Euro. Den Kreditfinanzierungsplan zufolge sollen 2020 227,6 Milliarden Euro zur Tilgung von Krediten ausgegeben werden. Im laufenden Jahr sind es 183,1 Milliarden Euro.

Zehn Millionen Euro für Kommunikation zum EKf

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes (Einzelplan 04) steigt im kommenden Jahr auf 3,39 Milliarden Euro. Das sind 143,4 Millionen Euro mehr als das Soll für 2019. Gegenüber dem Regierungsentwurf liegt der Ansatz 191,5 Millionen Euro höher. Der Ausgabenbeschwerpunkt entfällt auf den Kultur-Etat (siehe Seiten 2 und 7). Für ein neu zu schaffendes Digital-Transformation-Team ist nun eine Anschubfinanzierung von 1,9 Millionen Euro vorgesehen. Dem zum Einzelplan gehörenden Bundespresseamt werden im kommenden Jahr zusätzlich zehn Millionen Euro zur ressortübergreifenden Kommunikation zum „Energie- und Klimafonds“ (EKf) zur Verfügung gestellt. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst fällt mit 977,9 Millionen Euro zehn Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf (2019: 966,4 Millionen Euro).

Kaum Veränderungen in kleineren Etats

Die im Haushaltsplan geführten kleineren Etats haben sich im parlamentarischen Verfahren in absoluten Zahlen nicht wesentlich verändert. Dem Bundesverfassungsgericht (Einzelplan 19) stehen im kommenden Jahr mit 35,9 Millionen Euro rund 0,6 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Regierungsentwurf vorgesehen. Gegenüber diesem Jahr steigt der Etat des Verfassungsorgans um 1,5 Millionen Euro. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit wird 2020 über Mittel in Höhe von 26,8 Millionen Euro verfügen können. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhten die Parlamentarier den Ansatz um 1,7 Millionen Euro. Der Regierungsentwurf hatte ursprünglich geringfügig weniger Ausgaben als das Soll von 25,2 Millionen Euro für dieses Jahr vorgesehen. Keine Veränderungen in der Summe nahmen die Parlamentarier am Etat des Bundesrechnungshofes (Einzelplan 20) vor. Der Rechnungshof hat damit im kommenden Jahr Mittel in Höhe von 163,1 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 1,1 Millionen Euro mehr als 2019. scr



Gleisbauarbeiten in Roßlau in Sachsen-Anhalt: Der Bund will in den kommenden Jahren mehr in die Schienenwege investieren.

© picture-alliance/dpa

# Mehr Geld für die Bahn

VERKEHR Linken und Grünen reicht Aufwuchs nicht aus. AfD sieht sich als Autofahrer-Partei

Die Bahn erwartet ein wahrer Geldregen. In den Beratungen zum Bundeshaushalt 2020 gab es einen kräftigen Nachschlag – sowohl für das Unternehmen Deutsche Bahn AG (DB AG) als auch für Maßnahmen zur Instandhaltung und zum Ausbau der Schienenwege. Die DB AG darf sich über die im Klimapaket vereinbarte Erhöhung des Eigenkapitals in Höhe von einer Milliarde Euro freuen. Ebenfalls im Klimapaket vereinbart wurde die Reduzierung der Anlagenpreise im Schienengüterverkehr um 40 Millionen Euro. Für das Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ sind 30 Millionen Euro vorgesehen – zehn Millionen mehr als im Regierungsentwurf. Für die Verbesserung der Attraktivität und Barrierefreiheit von Bahnhöfen, das „1000-Bahnhöfe-Programm“, stellt der Bund für 2020 35,1 Millionen Euro – ebenfalls gut zehn Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf geplant – zur Verfügung. 26 Millionen Euro zusätzlich gibt es, um Engpässe im Nahverkehr zu beseitigen. Mehr als 400 Millionen Euro sollen im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes den Ländern für ÖPNV-Vorhaben zur Verfügung gestellt werden.

**Instandhaltung** Der Clou allerdings ist die zwischen Bund und Bahn ausgehandelte Dritte Leistungs- und Finanzierungsver-

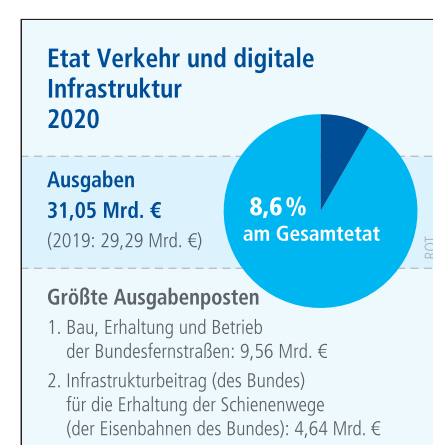
einbarung (LuFV III) zur Instandhaltung der Eisenbahn-Infrastruktur. Mit der LuFV III sollen im Zeitraum von 2020 bis 2029 insgesamt 86,2 Milliarden Euro für Instandhaltung zur Verfügung stehen. Davon entfallen 62 Milliarden auf den Bund. Also alles gut? Keineswegs, findet die Opposition. Und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen. Dirk Spaniel (AfD) kritisierte bei der abschließenden Beratung des Einzelplans 12 die „Um-schichtung des Budgets vom Straßenbau zur Schiene“ mit der sich der „ideologische Kampf gegen den motorisierten Individualverkehr“ zeige. Victor Perli (Die Linke) befand hingegen, die Bundesmittel reichten nicht aus, um den Investitionsrückstau im Schienennetz abzubauen. Für Stephan Kühn (Grüne) stellt der Haushalt keine Investitionsoffensive für die Verkehrswende dar, sondern sei lediglich „reine Kosmetik“. Christoph Meyer (FDP) bemängelte die Ausgestaltung der LuFV III, der aussagefähige Qualitätskennzahlen und Rückforderungsmöglichkeiten fehlten. Angesichts der erheblichen Mittelaufwüchse bei der Bahn noch mehr zu fordern, sei unseriös, befand wiederum Sören Bartol (SPD). Rüdiger Kruse (CDU) konstatierte, die Kritik an zu viel und gleichzeitig an zu

»Geld steht zur Verfügung. Die Herausforderung ist, es auch zu verbauen.«  
Sören Bartol (SPD)

wenig Geld für die Bahn zeige: „Die Union ist Deutschlands starke Mitte.“ Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) warf „im Bundestag sitzenden Parteien“ vor, im Plenum eine gute Schiene zu fordern und „draußen dann dagegen zu sein“. Für die Bahn brauche es einen „nationalen Kraftakt“. Man müsse sich zusammensetzen und fragen, „wie wir die Bahn in Auftrag, Ziel, Struktur und Organisation zukunftsfähig aufstellen“, sagte Scheuer. In Zeiten von Klimazielen müssten schließlich alle dafür kämpfen, „dass die Bahn ein gutes Angebot ist“. Aus Sicht des AfD-Verkehrsexperten Spaniel ist jedoch die Grundannahme, durch etwas mehr Angebot im ÖPNV das Auto als Verkehrsmittel ersetzen zu können, „völlig illusorisch“. Mehr als 80 Prozent des Personenverkehrs in Deutschland würden durch Autofahrten abgewickelt. Seine Fraktion unterstütze einen pragmatischen Ausbau des ÖPNV. „Aber die Wahl des Verkehrsmittels darf nicht durch Schikane gegen das Auto verzerrt werden“, forderte Spaniel. Wer ständig versuche, das Auto niederzureden, zeige, „wie sehr er sich von der Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Land entfernt hat“, sagte Spaniel und befand: „Die AfD ist die Autofahrerpartei.“

Wenig begeistert darüber, dass die Bahn „unkontrolliert mit Milliarden zugeschüttet wird“, zeigte sich auch Christian Jung (FDP). Die vorgesehene Eigenkapitalerhöhung für die DB AG nannte er eine „unglaubliche Wettbewerbsverzerrung gegenüber den Privatbahnen“. Jung kritisierte zudem die „einseitige Förderung der Elektromobilität“ und die „Ideologie gegen die individuelle Mobilität und den Verbrennungsmotor“. Dies werde schon im Frühjahr zu Kurzarbeit und zur Streichung von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie führen, prognostizierte er.

**Marode Brücken** Die Politik der letzten 20 Jahre habe Deutschland kaputtgespart, sagte der Linken-Haushaltspolitiker Perli. Es gebe einen Investitionsstau von mehr als 50 Milliarden Euro. Zehntausende marode Brücken und Straßen müssten saniert werden. „Das kostet den Bund mindestens 20 Milliarden Euro“, rechnete Perli vor. Die Wasserstraßen seien ebenfalls jahrzehntelang vernachlässigt worden, „und beim Breitbandausbau und der Digitalisierung kommt das Geld überhaupt nicht vor Ort an“. Der Verkehrsminister habe die größte Bringschuld beim Klimaschutz, sagte der Grünen-Verkehrspolitiker Kühn. Der CO2-Ausstoß müsse bis 2030 um mindestens 40 Prozent reduziert werden. „Das ist eine gewaltige, aber zugleich machbare Herausforderung“, befand er. Union und SPD vermittelten jedoch den Eindruck, es könne

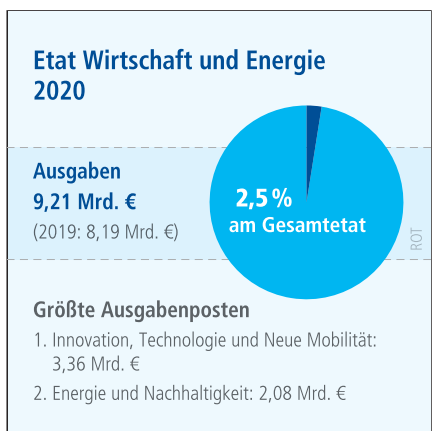


im Wesentlichen so weitergemacht werden wie bisher, nur müsse hier und da etwas mehr Geld in die Hand genommen werden. „Das ist ein Trugschluss“, machte Kühn deutlich. SPD-Fraktionsvize Bartol befand hingegen, der Etat setze auf die richtige Mischung aus Investitionen, Innovationen und sozialem Ausgleich. „Jetzt geht es ans Umsetzen“, sagte er. Geld stehe ausreichend zur Verfügung. „Die Herausforderung besteht darin, es auch zu verbauen“, sagte Bartol. Für die Union stellte Reinhold Sender (CDU) klar, dass die Verkehrsverlagerung auf Schiene und Wasserwege, „so weit wie möglich“, begrüßt werde. Es dürfe aber keine Einschränkung beim Verkehrsträger Straße geben, „dort, wo die Menschen darauf angewiesen sind“. **Götz Hausing**

# Das Dach, auf das die Sonne schien

WIRTSCHAFT Der Minister lobt sich, die Opposition sieht ein ökonomisches Harakiri

Mit einer Prise Empörung wird gerne mal ein Etat-Schlagabtausch im Bundestag gewürzt. Als es in der vergangenen Woche um den Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Energie ging, knöpfte sich denn auch Minister Peter Altmaier (CDU) namentlich die Abgeordneten Volker Münz (AfD) und Michael Theurer (FDP) vor. Die sollten Deutschland nicht so schlecht reden, raunte Altmaier. Er habe das Gefühl, dass die beiden geradezu das Ausbleiben einer Rezession bedauerten, weil sie doch so gerne die Regierung kritisierten. Stattdessen sollten sie sich lieber freuen, dass der Aufschwung weitergehe. Münz hatte dem Minister unter die Nase gerieben, dass Deutschland im letzten Quartal nur knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt sei. Es handle sich um eine Strukturkrise, die zum großen Teil durch eine falsche Wirtschafts- und Energiepolitik verursacht worden sei – Forcierung der Elektromobilität als wesentlicher Kritikpunkt. Die von der Regierung betriebene Energiewende sei ökologisch kontraproduktiv, ökonomisch Harakiri und sozial ungerecht. Theurer befand, Altmaier hätte besser das wirtschaftspolitische Dach reparieren sollen, als noch die Sonne geschienen habe. Stattdessen habe die Regierung die Wachstumsprognosen immer wieder senken



müssen. Was die FDP unter Reparatur versteht, zählte er auf: von der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis zu einer Digitalisierungsoffensive und einer zielgenauen Einwanderungspolitik, um beim Fachkräftemangel gegenzusteuern. Johann Saathoff (SPD) verkniff es sich, den Namen Altmaier in den Mund zu nehmen, als er Koalitionsgeplänkel in die Debatte einführte: Windenergie. Dem Minister schwebt vor, bei Windrädern einen 1000-Meter-Abstand zur nächsten Siedlung gesetzlich vorzugeben (siehe Seite 10). Dann werde es Mitte nächsten Jahres keine

Windindustrie mehr in Deutschland geben, prophezeite Saathoff. Doch müsse Energiepolitik eine Kombination aus Klima- und Industriepolitik sein. Eben diesen Windrädler-Streit griff auch Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) auf: Bei der Windkraft sei bereits in den vergangenen zwei Jahren ein Einbruch um 80 Prozent zu registrieren gewesen. Die Solarindustrie sei schon kaputtgespart worden. Generell beklagte sie den Umgang der Regierung mit der Klimakrise, dazu die marode öffentliche Infrastruktur und die schlechte digitale Infrastruktur. Mit dieser Politik von vorgestern könne die Wirtschaft kaum an Fahrt gewinnen. Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke) zeigte sich erstaunt, dass das Ministerium in der Öffentlichkeit mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz punkte, obwohl die veranschlagten Mittel deutlich hinter den Anforderungen der Wirtschaft zurückblieben. Bezüglich der Strukturpolitik und der Förderung ländlicher Räume sei der Haushalt enttäuschend – auch und gerade für den Osten. Bei Löhnen, Tarifabschlüssen und Renten müsse es eine Gleichstellung zwischen Ost und West geben. Auf Linke und Grüne schoss sich seinerseits Andreas Mattfeldt (CDU) ein. Sie schickten sich an, die Klima-Politik der Re-

gierung verbal und auch real zu zerschlagen – und damit die Zukunft der jungen Generation. Die Koalition wolle im Gegensatz zu den Grünen nicht mit der Verbotskeule agieren, sondern setze auf Anreize. Es war Minister Altmaier, der wieder ruhigeres Debatten-Fahrwasser ansteuerte. Er rief dazu auf, Umweltpolitik und Klimapolitik mit Wirtschaftspolitik zu versöhnen und zu vereinbaren. Dann könne dafür gesorgt werden, dass der Aufschwung in Deutschland noch eine ganze Zeitlang weitergehe. Ein Selfie in der Abteilung Lob ließ er nicht aus: In seiner Parlamentarier-Zeit sei noch nie ein Haushalt verabschiedet worden, der so viel Gutes für Wirtschaft, Klima und Umwelt anstöße. Freilich konnte auch noch nie ein Minister in diesem Ressort derart üppig klozzen. Altmaiers 2020-er Etat umfasst 9,21 Milliarden Euro, gut eine Milliarde mehr als in diesem Jahr. Darin enthalten sind die Mittel zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030. **Franz Averdunk**

Anzeige

Politische Elitenbildung: der Berufspolitiker als Sozialfigur

Parlamentarier als Beruf  
Rekrutierungswege und politische Karrieren am Beispiel des Deutschen Bundestages  
Von Dr. Martin Reiher  
2019, 402 S., brosch., 84,- €  
ISBN 978-3-8487-6006-0  
(Studien zum Parlamentarismus, Bd. 32)  
nomos-shop.de/42205

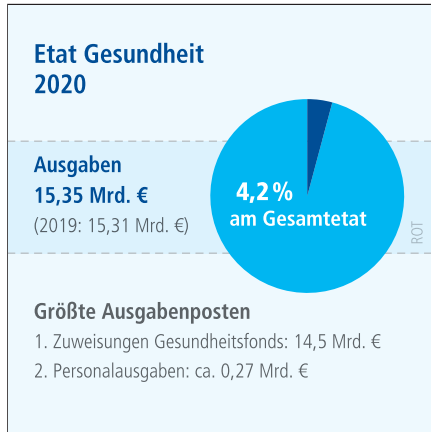
Die politische Professionalisierung hat innerhalb der institutionellen Rahmenbedingungen zur Sozialfigur des Berufspolitikers geführt. Bemerkenswert ist, dass es dabei nicht zu erheblichen Veränderungen in den Rekrutierungsmustern und Karriereverläufen der Abgeordneten gekommen ist. Es zeigt sich eine erstaunliche Kontinuität in der politischen Elitenbildung.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Angst vor explodierenden Kosten in der Pflege ist verbreitet. Seit Jahren steigen die in Pflegeheimen zu zahlenden Eigenanteile und bringen Familien an den Rand der finanziellen Möglichkeiten. Mit gesetzlichen Änderungen sind in den vergangenen Jahren die Pflegeleistungen auf breiter Front aufgestockt worden, ein nach Ansicht von Experten überfälliger Schritt. Zugleich sollen Pflegefachkräfte, von denen es nach wie vor zu wenige gibt, besser bezahlt werden, um eine angemessene Versorgung zu gewährleisten. Dies führt zu dem sozialen Dilemma, dass die Pflegeversorgung für die Versicherten immer dann prekärer wird, wenn sich Löhne in der Pflegebranche verbessern. Mehr Leistungen und verbesserte Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte führen im Ergebnis unter anderem zu höheren Eigenanteilen in Pflegeheimen, denn die gesetz-



che Pflegeversicherung zahlt nur einen Teil der Kosten. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat diesen Trend unlängst in einer bundesweiten Studie anschaulich in Zahlen gefasst. Demnach erreichen die monatlichen Kosten für eine stationäre Pflege in vielen Regionen schnell 3.000 Euro und mehr.

**Hohe Eigenanteile** Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten müssen die Heimbewohner ohnehin selbst zahlen, hinzu kommen anteilig die Pflegekosten. Der fällige Eigenanteil für die Pflegeleistungen ist der Studie zufolge zuletzt stark gestiegen. So werden in Berlin 915 Euro fällig, in Bayern 864 Euro. In Ostdeutschland sind die Eigenanteile niedriger, allerdings fallen dort die Steigerungen deutlicher aus. Am stärksten erhöhte sich der Eigenanteil in Mecklenburg-Vorpommern, von 292 Euro 2018 auf 520 Euro in diesem Jahr, ein Plus von 78 Prozent! Die Pflege spielte in der Schlussberatung über den Gesundheitsetat 2020 vergangene Woche eine dominierende Rolle. Die Opposition votierte geschlossen gegen den Etatansatz, der in den Ausschussberatungen noch um 25 Millionen Euro aufgestockt wurde (19/13925) und Ausgaben von rund 15,35 Milliarden Euro vorsieht, rund 45 Millionen Euro mehr als 2019. Der größte Ausgabenposten entfällt auf den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, der seit 2017 bei 14,5 Milliarden Euro festgeschrieben ist. Über Steuergelder finanziert werden damit Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Hinzu kommen rund 272 Millionen Euro für Personalausgaben. Die übrigen Mittel verteilen sich unter anderem auf die Pflegevorsorge, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Aufklärungs- und Informationskampagnen sowie die internationale Gesundheitspolitik. Das Bauvorhaben Universitäres Herzzentrum Berlin erhielt zuletzt noch Finanzierungszusagen in Form von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 100 Millionen Euro.

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
 Jetzt auch als E-Paper.  
 Mehr Information.  
 Mehr Themen.  
 Mehr Hintergrund.  
 Mehr Köpfe.  
 Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper  
[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)  
 Telefon 089-8585 3832



# Angst vor der Kostenlawine

**GESUNDHEIT** Der Etat von Minister Spahn bildet den wahren Umfang der Versorgungsausgaben kaum ab

Gesundheitsexperten rechnen in den nächsten Jahren mit tendenziell steigenden Beiträgen.

© picture-alliance/imageBROKER

In der Schlussdebatte räumte Karin Maag (CDU) ein, dass nicht jedes Problem gelöst sei, aber die Versorgung sei gut. Ein Problem ist aus ihrer Sicht die Kostenbelastung bei Langzeitpflege. Die finanzielle Entlastung der Angehörigen sei auf den Weg gebracht worden, nun müsse etwas getan werden gegen die steigenden Eigenanteile in Pflegeheimen. Auch sollte der Pflegeversicherungsfonds ausgebaut werden.

**Abrechnungsstreit** Grundsätzliche Kritik an der Gesundheitspolitik kam von der AfD. Birgit Malsack-Winkemann (AfD) erinnerte an den häufigen Abrechnungsstreit zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern und wertete dies als Betrug auf Kosten der Versicherten. Niemand habe Kliniken daran gehindert, überhöhte Rechnungen auszustellen. Über viele Jahre sei ein System geduldet worden, das Möglichkeiten zum Abrechnungsbetrug biete. Die Beitragszahler seien vermutlich um mehrere Milliarden Euro geschädigt worden. Nach Ansicht der FDP werden die Krankenversicherungsbeiträge künftig weiter steigen. Karsten Klein (FDP) sagte, mit den vielen Reformen gingen Wohltaten, Verbesserungen und Versprechen einher, zugleich

erhöhten sich die Kosten enorm. Wieland Schinnenburg (FDP) kritisierte speziell hohe Kosten für die Verwaltung der Krankenkassen und die ausufernde Bürokratie für Leistungserbringer im Gesundheitssystem. Er forderte außerdem eine neue Strategie im Umgang mit Cannabis. Sinnvoll wäre eine kontrollierte Abgabe, die auch Steuern einbringen würde. Bärbel Bas (SPD) verteidigte die Ausgaben für die Reformprojekte. Schließlich kämen die Veränderungen den Bürgern zugute. Sie erinnerte daran, dass die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge wieder eingeführt worden sei. Wenn die Beiträge künftig stiegen, würden die Versicherten über die Parität entlastet. Sie führte auch die bessere Pflege an. Jedoch dürften gute Löhne nicht zu steigenden Eigenanteilen in Pflegeheimen führen, die Eigenanteile müssten gedeckelt werden.

**Viele Veränderungen** Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte, sein Haus habe in 20 Monaten 20 Gesetzentwürfe vorgelegt, dies seien 20 Signale, dass eine umfassende Versorgung für die kommenden Jahrzehnte vorbereitet werde. Was die Pflegefinanzierung in Krankenhäusern

betreffe, gebe es die größte Veränderung seit mehr als 20 Jahren. Die Zahl der offenen Stellen in der Pflege bezifferte Spahn auf bis zu 80.000. Der Bedarf könne nicht allein mit Arbeitskräften aus Deutschland gedeckt werden, es würden Fachkräfte aus dem Ausland benötigt. „Das ist genau die Zuwanderung, die wir wollen.“ Linke und Grüne bezweifelten, dass die Rechnung der Regierung in der Gesundheitspolitik aufgeht. Achim Kessler (Linke) sprach von grundlegenden Problemen und nannte als Beispiel die unzureichende medizinische Versorgung in ländlichen Regionen. Die Wege zu Ärzten seien oft weit, aufgegebene Arztpraxen würden nicht neu besetzt. Manche Regionen würden immer weiter abgehängt. Maria Klein-Schmeink (Grüne) konstatierte: „Es gibt einen großen Vertrauensschwund in die Leistungen unseres Gesundheitssystems.“ Dabei gebe Deutschland mehr für Gesundheit aus als jedes andere Land in Europa. Die beschlossenen Reformen schlugen bis Ende 2021 mit Mehrausgaben von rund 26 Milliarden Euro zu Buche. Mit dem Betriebsrentengesetz stehe ein neuer Kostenblock an. Die Finanzplanung sei weder kreativ noch nachhaltig.

Claus Peter Kosfeld

# Sicherheitsbehörden werden gestärkt

**INNERES** Hunderte neue Stellen gegen Rechtsextremismus

Auf die zusätzlichen Stellen für das Bundeskriminalamt (BKA) und den Verfassungsschutz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, für die Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) noch im September im Bundestag bei der ersten Lesung seines Etats für 2020 geworben hatte („da geht es in die Hunderte“), ging er selbst vergangene Woche in der Schlussdebatte über seinen Haushalt gar nicht mehr ein. Stattdessen konstatierte er zufrieden, noch nie eine Generaldebatte erlebt zu haben, bei der Fragen der inneren Sicherheit und Migration eine so geringe Rolle gespielt hätten wie am Vortag: „Ein gutes Zeichen, weil die Dinge dort in Ordnung sind.“ Zwar werde die Sicherheitslage „manchmal überschattet von grässlichen Verbrechen“, doch zeige die polizeiliche Kriminalstatistik für 2019 im dritten Jahr in Folge einen Rückgang der Straftaten: „Wir gehören zu den sichersten Ländern auf dieser Erde“, sagte Seehofer.

**»Wir gehören zu den sichersten Ländern auf dieser Erde.«**

Horst Seehofer (CSU), Bundesinnenminister

Zugleich beschleunigte er den Koalitionsmaßnahmen zur Migrationssteuerung angesichts von 96.000 Asylbeantragungen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres „eine große, positive Wirkung“. Und dass der mehrfach verurteilte Ibrahim Miri nach seiner Abschiebung trotz Einreiseperrre wieder eingereist sei, nannte Seehofer „ärgerlich“, um dann Miris neuerliche Ausweisung als „großen Erfolg für die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates“ zu werten. Zugleich verwies er auf die in diesem Zusammenhang von ihm angeordneten stärkeren Kontrollen der deutschen Grenzen. Binnen elf Tagen seien 40 mit Haftbefehl gesuchte Personen im Grenzraum von der Polizei aufgegriffen worden und „annähernd 100 Menschen, die eine Einreiseperrre haben und trotzdem illegal nach Deutschland eingereist sind“, bilanzierte er und betonte, solange die Sicherheit nicht an den EU-Außengrenzen gewährleistet werde, müsse man „unsere Binnengrenzen stärker beobachten“.

te Stelle unbesetzt gewesen sei. Seehofer habe zwar „endlich erkannt, dass der Staat mehr gegen die Gewalt und den Terror von Neonazis tun muss“, doch fehle ein strategisches Konzept. Tobias Lindner (Grüne) monierte, dass Seehofer nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 440 zusätzliche Stellen für das BKA gefordert habe, es dann aber 300 geworden seien. „Ein Drittel weniger, als Sie selbst für notwendig und vernünftig erachtet haben“. Seit Jahren sei offensichtlich, dass „von rechts eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ausgeht“. Wer darauf heute halbherzig reagiere, habe die Gefahr nicht richtig verstanden.

Martin Gerster (SPD) betonte demgegenüber, dass die Koalition die Sicherheitsbehörden in den vergangenen fünf Jahren in beispielloser Weise gestärkt habe. Mit dem Etat 2020 habe man nun erneut mehrere hundert Stellen beschloss, „um besser gegen rechtsextremen Terror und Hasskriminalität vorgehen zu können“, fügte Gerster hinzu. Mit dem Innen-Etat mache man deutlich, was eine wahrhaftige Demokratie ausmache: „Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln“.

**»Freieste Republik«** Klaus-Dieter Gröhler (CDU) rechnete vor, dass mit 2.150 neuen Stellen für die Bundespolizei, 800 für das BKA und 150 für das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Voraussetzung dafür geschaffen werde, „dass die Bürger in diesem Staat sicher leben können“. 300 Stellen erhalte das BKA und zusätzliche Stellen das Bundesamt für

Verfassungsschutz, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Wer weiter in der „freiesten Republik“ leben wolle, müsse denen entgegenreten, die diese Ordnung beseitigen wollen – „egal ob sie von rechts kommen oder von links oder ob sie religiös verblendet sind“. Der Etat 2020 von Seehofers Ministerium umfasse entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses ein Ausgabenvolumen von 15,05 Milliarden Euro – gut 270 Millionen Euro weniger als noch im Regierungsentwurf vorgesehen und knapp 800 Millionen Euro weniger als 2019. Auf die innere Sicherheit als größtem Ausgabenposten entfallen rund 6,4 Milliarden Euro.



Helmut Stoltenberg

# Streit um Bundesprogramm »Demokratie leben!«

**FAMILIE** Etat von Ministerin Giffey wächst um 1,6 Milliarden Euro. Die Opposition ist trotzdem nicht zufrieden

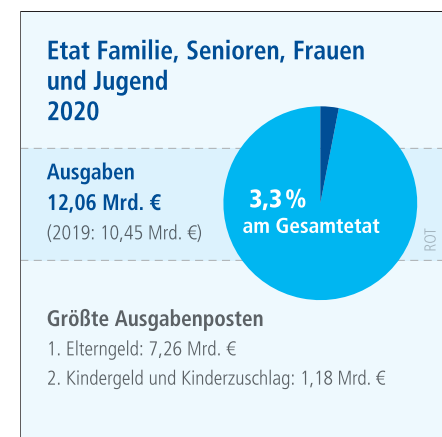
Ministerin Franziska Giffey (SPD) hätte Grund zur Freude: Der Etat des Ressorts für Familien, Senioren, Frauen und Jugend wächst im kommenden Jahr um 1,6 Milliarden auf 12,06 Milliarden Euro. Während seiner Beratungen hatte der Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf für den Familienetat sogar noch einmal um 250 Millionen Euro nach oben korrigiert. Die Ministerin „schwimme im Geld“ befand der FDP-Haushaltspolitiker Christoph Meyer am vergangenen Donnerstag in der zweiten Lesung des Familienhaushaltes. Der Großteil von Giffey's Etat ist jedoch fest verplant in den gesetzlichen Leistungen für Familien und der Aufwuchs ist vor allem der Steigerung dieser Ausgaben geschuldet. Insgesamt 9,54 Milliarden Euro fließen in diese Leistungen, allein 7,26 Milliarden Euro in das Elterngeld, weitere 1,81 Milliarden Euro in Kindergeld und Kinderzuschlag, der Unterhaltsvorschuss schlägt mit weiteren 943 Millionen Euro zu Buche.

In der Debatte waren es denn auch deutlich kleinere Posten im Familienetat, die für reichlich Diskussion sorgten – etwa die Ausgaben für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Dafür bewilligt der Bund für 2020 wie in diesem Jahr rund 115 Millionen Euro. Im Regierungsentwurf war dieser Posten jedoch um acht Millionen Euro gekürzt und erst während der Beratungen im Haushaltsausschuss wieder auf die alte Summe erhöht worden. Für die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen Grund genug, Ministerin Giffey scharf zu kritisieren. Im Bereich Demokratieförderung sei ihr Haushalt eine „Katastrophe“ und ein „Totalausfall“, urteilte der Linken-Haushälter Michael Leutert: „In einer Zeit, wo wir in Ostdeutschland drei Wahlen hatten, wo Nazis in Parlamente eingezogen sind, in einer Zeit, wo wir in den Kommunen in Ostdeutschland ein Klima haben, das die AfD jedes Projekt, das mehr Toleranz und Vielfalt in der Öffentlichkeit fördert, angreift“, mache die Ministerin das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ kaputt. In diesem Sinne argumentierte auch die Grünen-Haushaltsexpertin Ekin Deligöz. In letzter Minute habe man die Kürzungen beim Programm abwenden können. „Alle reden darüber, wie wichtig Präventions-

maßnahmen gegen Rassismus, gegen Rechtsextremismus, gegen Antisemitismus in dieser Gesellschaft sind. Für ‚Demokratie leben!‘ ist kein Cent dazugekommen“, monierte Deligöz. Die Mittel für solche Programme müssten jedoch dauerhaft verbleibt werden und dafür brauche man eine bundesgesetzliche Grundlage, ein Demokratiefördergesetz.

**AfD-Antrag abgelehnt** Die AfD-Fraktion wiederum hat ein ganz anderes Problem mit dem Programm – sie würde es am liebsten massiv reduzieren. In einem Änderungsantrag (19/15509), der allerdings mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt wurde, forderte sie die Mittel auf rund 54 Millionen Euro kürzen. Begründung: Das Programm bilde „die tatsächliche Gefährdungslage nicht realistisch ab. Es werden überwiegend Projekte im sogenannten ‚Kampf gegen Rechts‘ gefördert“, heißt es im Antrag. „Wir wollen, dass gegen alle Arten von Extremismus präventiv vorgegangen wird“, sagte der AfD-Parlamentarier Volker Münz. Zudem müsse die von der früheren Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) abgeschaffte Demokratieklausele wieder eingeführt werden. Das Bekenntnis zur Demokratie müsse die Voraussetzung für Fördergelder sein.

Grundsätzlich fiel die Kritik der FDP-Fraktion aus. Noch nie habe eine Familienministerin so viel Steuergeld zur Verfügung gestanden, doch dies lasse Giffey „wahrlos“ werden bei Auswahl von Projekten, die sie finanziere, monierte Christoph Meyer (FDP). Giffey weigere sich, die „zentralen Fragen“ zu stellen: Ist der Bund überhaupt zuständig? Wie werden Projekte evaluiert und welchen Einfluss hat eine Evaluation auf die Fortführung der Projekte? Die Ministerin habe zwar viele gute Ideen, die Umsetzung sei aber „leider mangelhaft“.



Für den CSU-Haushaltspolitiker Alois Rainer ist Giffey's Etat Ausdruck dafür, dass die Koalition für die Menschen und Familien Verantwortung übernimmt. In den Haushaltsberatungen habe man sich auf zusätzliche Mittel einigen können, die im Regierungsentwurf ursprünglich nicht vorgesehen gewesen seien. Profitiert hätten davon die Freiwilligendienste, die Mehrgenerationenhäuser, das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ und das Programm „Demokratie leben!“. Dieser Argumentation folgte auch die SPD-Haushälterin Svenja Stadler. Ein „guter Haushaltsentwurf“ sei in den Beratungen „noch besser“ gemacht worden. Die Mittel für das Programm „Demokratie leben!“ seien in der Finanzplanung bis 2023 fortgeschrieben worden und der Bundesregierung habe man „mit auf den Weg gegeben“, dass die Mittel für die Freiwilligendienste auch in Zukunft nicht unter das Niveau von 327 Millionen Euro sinken. Ministerin Franziska Giffey wies dies Kritik der Opposition ebenfalls zurück. Das Programm „Demokratie leben!“ werde nicht kaputtgemacht. Es erhalte in den kommenden vier Jahren mehr als 460 Millionen Euro. Keine andere Regierung in Europa habe ein vergleichbares Programm aufgelegt.

Alexander Weinlein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Audi-Werk in Ingolstadt. Die angekündigten Entlassungen des Autobauers und die Frage der arbeitsmarktpolitischen Antworten darauf spielten auch in der Debatte eine Rolle.

© picture-alliance/Sven Simon

## Karliczek-Etat stößt auf Lob und Kritik

**FORSCHUNG** Auch wenn sich der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im kommenden Jahr auf 18,29 Milliarden Euro und damit um knapp 20 Millionen Euro im Vergleich zu 2019 erhöht, kritisierten die Redner der Opposition die Ausrichtung des Etats vergangene Woche in der Haushaltsdebatte massiv. Götz Frömming (AfD) monierte, immer mehr Bundesmittel würden in Bereiche fließen, für die eigentlich die Länder zuständig seien. Christoph Meyer (FDP) warf Ressortchefin Anja Karliczek (CDU) vor, „ziellos“ zu agieren. Gesine Lötzsch (Linke) sagte: „Es herrscht Bildungsnotstand. Die Bundesregierung hat es nur noch nicht gemerkt.“ Und Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) rügte, dass die Ministerin den Etat lediglich verwalte und nicht gestalte. Vertreter der Koalitionsfraktionen sowie Karliczek selbst lobten die Zielrichtung des Haushalts. Swen Schulz (SPD) nannte Beispiele für die Aufwüchse im Etat: „Begabtenförderung plus 40 Millionen, Lernen im Lebenslauf plus 50 Millionen, Verbesserungen bei der beruflichen Aufstiegsfortbildung plus 140 Millionen, Hochschul- und Wissenschaftssystem plus 30 Millionen, neue Technologien plus 40 Millionen, Lebenswissenschaften plus 50 Millionen, Grundlagenforschung plus 40 Millionen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen plus 300 Millionen, Ganztagsbetreuung für

# Reaktionsfähig bleiben

## ARBEIT UND SOZIALES Streit um Rentenkosten und Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit

Der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMA) kennt nur eine Richtung: Während andere Ressorts auch mal ein Minus hinnehmen müssen, klettern die Kosten für Sozialausgaben seit Jahren nach oben. Nach dem vom Haushaltsausschuss bewilligten Änderungen bedeutete dies für den Etat (19/11800, Einzelplan 11) von Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil (SPD) für 2020 noch einmal ein Plus von knapp zwei Milliarden Euro gegenüber dem Ursprungsentwurf: Statt der geplanten 148,56 Milliarden Euro darf er nun 150,22 Milliarden Euro und damit fünf Milliarden Euro mehr ausgeben als 2019.

Doch in Jubel brachen während der Debatte am vergangenen Freitag deshalb noch längst nicht alle Abgeordneten aus. Besonders bei den Oppositionsfraktionen sorgen die immer höheren Ausgaben, die im Wesentlichen auf die Finanzierung der Renten zurückgehen, für zahlreiche Sorgenfalten. Denn die Kosten für die Rentenversicherung und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigen auf knapp

110 Milliarden Euro und bleiben auch 2020 der größte Posten im Etat. Während aber Grüne, AfD und FDP vor allem die Finanzierung der vergangenen Rentenpakete und der kommenden Grundrente kritisierten, legte die Linke ihren Schwerpunkt auf die Frage, was die grundsätzliche Aufgabe der Gesetzlichen Rentenversicherung sei. Einig waren sich Linke und Grüne in ihrer

Kritik an der Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung. Dies sei ein falsches Signal zur falschen Zeit, hieß es aus beiden Fraktionen.

Uwe Witt (AfD) bezeichnete die Grundrente als „Armutzeugnis“ einer Politik, die vor Jahren zu einem rasanten Anstieg des Niedriglohnssektors geführt habe, in dem mittlerweile 22 Prozent der Beschäftigten arbeiten würden. Johannes

Vogel (FDP) kritisierte, dass die Mehrzahl der Rentner in der Grundsicherung nicht auf 35 Beitragsjahre komme und deshalb leer ausgehe. Noch dazu sei es absolut unseriös, bei der Finanzierung der Grundrente auf eine Steuer zu verweisen, von der unklar sei, ob es sie jemals geben werde, erklärte Vogel. Markus Kurth (Grüne) bezweifelte, dass die Grundrente tatsächlich aus Steuermitteln finanziert werde. Der

Verweis auf die noch nicht existierende Finanztransaktionssteuer sei mehr als unglaubwürdig und wahrscheinlich nur ein Vorwand, um letztlich doch wieder auf Beitragsmittel zurückzugreifen, mutmaßte Kurth. Sabine Zimmermann (Die Linke) kritisierte, dass bei dem „Gezerre um die Grundrente“ eines völlig aus dem Blick geraten sei: „Die Aufgabe der Rentenversicherung ist es nicht nur, vor Altersarmut zu schützen, sondern den Lebensstandard zu sichern. Genau das leistet sie nicht mehr.“ Der Kritik der Opposition hielt Katja Mast (SPD) für die Koalitionsfraktionen entgegen: „Wir erkennen Lebensleistung an, und zwar nicht im Fürsorgesystem, sondern in den sozialen Sicherungssystemen.“ Hubertus Heil verteidigte die Grundrente als „Meilenstein“, um das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats zu erneuern.

**Reserven** Aber vor der Rente kommt die Arbeit und in diesem Punkt unterschied sich diese Haushaltsdebatte doch etwas von Debatten der Vorjahre. Zwar wurde auch diesmal noch gern, besonders von Unionsfraktion und SPD, auf die grundsätzlich gute Arbeitsmarktlage hingewiesen. Warnende Stimmen vor einer wirtschaftlichen Stagnation und Hinweise auf drohende Entlassungen zum Beispiel in der Automobilindustrie waren aber nicht zu überhören. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) müsse in der Lage sein, auf kon-

junkturelle Schwächephasen zu reagieren, hieß es quer durch alle Fraktionen. Wie die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für 2020 zu bewerten sei – darüber existierten deshalb recht unterschiedliche Interpretationen.

So verteidigte Axel E. Fischer (CDU) die Senkung des Beitrages um 0,2 Prozent auf 2,4 Prozent für die kommenden zwei Jahre. Gleichzeitig warnte er: „Damit gerät aber auch der Haushalt der BA ins Defizit. Wir werden deshalb genau darauf achten müssen, dass die Reserven der BA nicht übermäßig strapaziert werden.“ Sabine Zimmermann stellte verärgert fest: „Die Bundesregierung dreht der BA den Geldhahn zu“, anstatt in die Weiterbildung der

Arbeitslosen zu investieren. Markus Kurth bezeichnete die Senkung zum jetzigen Zeitpunkt als verantwortungslos. Dies schwäche die BA genau in dem Moment, in dem ihre Reserven dringend gebraucht würden, sagte Kurth. Bundesarbeitsminister Heil zeigte sich dagegen optimistisch, dass die BA auch für den Fall wirtschaftlich schlechter Rahmenbedingungen gut aufgestellt sein werde. „Die Beschäftigten von heute müssen die Chance haben, die Arbeit von Morgen machen zu können“, sagte er mit Blick auf den Strukturwandel einzelner Branchen. Im Gegensatz zur Finanzkrise 2008 reiche es jedoch nicht aus, einfach wieder Mittel für Kurzarbeit in die Hand zu nehmen. Diese müssten künftig mit Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt werden, betonte er. Dass die Politik der Bundesregierung diesem Ziel diene, daran hatte Uwe Witt so seine Zweifel: „Es fehlen geeignete Qualifizierungsprogramme im Bereich der Digitalisierung. Stattdessen investieren Sie in einen vermeintlich sozialen Arbeitsmarkt“, warf er der Regierung vor. Auch für die Liberalen läuft die Sozialpolitik zu oft in die falsche Richtung: „Wo ist denn ein modernes Arbeitszeitgesetz? Wo ist eine echte, ressortübergreifende Weiterbildungsstrategie?“, fragte Johannes Vogel. Ob ihn das „Arbeit-von-morgen-Gesetz“, das Heil in Grundzügen bereits vorstellte, überzeugt bleibt abzuwarten. *Claudia Heine*



Arbeitslosen zu investieren. Markus Kurth bezeichnete die Senkung zum jetzigen Zeitpunkt als verantwortungslos. Dies schwäche die BA genau in dem Moment, in dem ihre Reserven dringend gebraucht würden, sagte Kurth. Bundesarbeitsminister Heil zeigte sich dagegen optimistisch, dass die BA auch für den Fall wirtschaftlich schlechter Rahmenbedingungen gut aufgestellt sein werde. „Die Beschäftigten von heute müssen die Chance haben, die Arbeit von Morgen machen zu können“, sagte er mit Blick auf den Strukturwandel einzelner Branchen. Im Gegensatz zur Finanzkrise 2008 reiche es jedoch nicht aus, einfach wieder Mittel für Kurzarbeit in die Hand zu nehmen. Diese müssten künftig mit Qualifizierungsmaßnahmen gekoppelt werden, betonte er. Dass die Politik der Bundesregierung diesem Ziel diene, daran hatte Uwe Witt so seine Zweifel: „Es fehlen geeignete Qualifizierungsprogramme im Bereich der Digitalisierung. Stattdessen investieren Sie in einen vermeintlich sozialen Arbeitsmarkt“, warf er der Regierung vor. Auch für die Liberalen läuft die Sozialpolitik zu oft in die falsche Richtung: „Wo ist denn ein modernes Arbeitszeitgesetz? Wo ist eine echte, ressortübergreifende Weiterbildungsstrategie?“, fragte Johannes Vogel. Ob ihn das „Arbeit-von-morgen-Gesetz“, das Heil in Grundzügen bereits vorstellte, überzeugt bleibt abzuwarten. *Claudia Heine*



Kinder in der Grundschule 500 Millionen.“ Keine Koalition, konstatierte Schulz, habe so viel für Bildung und Forschung getan wie diese.

Kerstin Radomski (CDU) nannte als ein wichtiges Zukunftsfeld die Investition in die Künstliche Intelligenz (KI), die den Alltag vom autonomen Fahren bis zu neuen Diagnose- und Behandlungsmethoden in der Medizin fundamental verändern würden. Für den Bereich KI seien gut 500 Millionen Euro auf die einzelnen Ressorts verteilt worden. Im Etat Bildung und Forschung stünden dafür 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Karliczek machte deutlich, dass der Aufwuchs seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 140 Prozent betrage. Zum eigentlichen Etat komme noch Geld für den digitalen Wandel an den Schulen und für die steuerliche Forschungsförderung hinzu. Insgesamt investiere der Bund 25 Milliarden Euro in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zugleich betonte Karliczek die Relevanz der drei Wissenschaftspakte, auf die sich Bund und Länder im Mai geeinigt hatten. Mehr als 160 Milliarden Euro würden Bund und Länder in den Jahren 2021 bis 2030 investieren. Deutschland biete damit Rahmenbedingungen wie kein anderes Land dieser Welt. *Annett Rollmann*

## »Eine Schande«

### KULTUR Etat steigt auf rund zwei Milliarden Euro

Bei der Kultur zeigen sich die Haushälter des Bundesstaates beherbergt. Auch in diesem Jahr bewilligte der Haushaltsausschuss gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung zusätzliche Gelder in Höhe von rund 100 Millionen Euro für den Geschäftsbereich von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU). Ihr Etat liegt damit 2020 bei knapp zwei Milliarden Euro und damit um 84 Millionen Euro über dem von 2019. Zusätzliche 32 Millionen Euro bewilligten die Haushälter etwa für die Erhaltung und Restaurierung von Baukulturdenkmälern von nationaler Bedeutung. Somit stehen rund 38 Millionen Euro für Denkmalschutzmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet zur Verfügung. Die Ausgaben für kulturelle Einrichtungen und Aufgaben im Inland erhöhten die Haushälter um weitere 26 Millionen auf 232 Millionen Euro, die Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen in Berlin werden auf 43 statt 37 Millionen Euro erhöht und auch die Initiative Musik erhält mit rund 16 Millionen Euro sieben Millionen Euro mehr als geplant.

**Museum der Moderne** Der Haushaltsausschuss bewilligte für die kommenden Jahre rund 364 Millionen Euro für den Bau des Museums der Moderne in Berlin, der die

großen Sammlungen zur Kunst des 20. Jahrhunderts beherbergen soll. Die Debatte über Grütters Etat, der sich seit 2013 um annähernd 50 Prozent vergrößert hat, war allerdings von wenig kultureller Harmonie geprägt. Auslöser war eine Rede des AfD-Abgeordneten Martin Renner, der der Koalition und den anderen Oppositionsfraktionen vorwarf, sie betrieben eine Politik, die die deutsche Kultur geringschätze und stattdessen das „Fremde“ verherrliche. Diese Politik liege über dem Kulturhaushalt wie „Krematoriumsauce“, höhnte Renner. „Das ist es, was sie hier übergreifend eint: Sie schaffen Deutschland ab und träumen höschenfeucht Ihr One-World-Fantasma.“ Der SPD-Haushaltsexperte Johannes Kahrs bescheinigte der AfD in seiner sichtbar erregten Replik, die Rede Renners sei ein Grund mehr, „diesen Verein zu verbieten“. Rechtsextremisten wie die AfD, die den Antrag im Parlament abschaffen wollte, seien „eine Schande für dieses Land“. Dies zeige, dass der Etat zu Recht einen Schwerpunkt bei der Erinnerungskultur lege. Als Kahrs Rede immer mehr lautstarke Zwischenrufe in den Reihen der AfD hervorrief, sah sich Vizepräsidentin Claudia Roth zum Eingreifen genötigt: „So, jetzt kommen wir bitte wieder runter.“ *aw*

## Justiz-Etat aufgestockt

### RECHT Signal gegen Antisemitismus und Hassreden

Trotz einer Erhöhung bleibt der Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz auch im nächsten Jahr unter der Milliardengrenze. Der mit Koalitionsmehrheit angenommene Entwurf des kleinsten Ressortetats sieht für 2020 in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (19/13907) Einnahmen von 614,78 Millionen Euro (2019: 579,78) und Ausgaben in Höhe 919,73 Millionen Euro (2019: 895,32) vor. Davon entfällt über die Hälfte auf Personalkosten. Markus Uhl (CDU) betonte in der Schlussdebatte vergangene Woche, der Haushaltsausschuss habe in den Beratungen eigene Akzente gesetzt und den Ansatz um 7,5 Millionen Euro erhöht. Positiv sei auch der Anstieg der Einnahmen, für den hauptsächlich das Bundesamt für Justiz und das Deutsche Patent- und Markenamt verantwortlich seien. Uhl sagte, es sei gleichermaßen wichtig, den Verbraucherschutz zu stärken und Projekte gegen digitale Gewalt, Hassreden, Antisemitismus und Rassismus zu fördern. Dies unterstützte Esther Dilcher (SPD). Der Rechtsstaat funktioniere, auch wenn immer wieder fälschlicherweise das Gegenteil behauptet werde. Gewisse Missstände dürften nicht dazu verleiten, das ganze System als solches infrage zu stellen, sagte sie.

Bundesjustizministerin Christine Lambricht (SPD) gab einen Überblick über ihre Arbeitsschwerpunkte. Mit einer Gesetzesänderung solle ein deutliches Signal gegen Antisemitismus gesetzt werden, und gegen Hassreden im Internet solle spätestens Ende dieses Jahres ein Gesetz vorliegen. Zudem werde das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verschärft. Auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes verwies sie auf das von ihr vorgelegte Gesetz für faire Verbraucherverträge. Die Opposition lehnte den Etat ab. Für die AfD forderte Tobias Matthias Peterka wirkungsvolle Gesetze gegen kriminelle Paralelgesellschaften. Stefan Ruppert (FDP) sagte, Verbraucherschutz dürfe keine wohlmeinende Entmündigung sein. Victor Perli (Linke) kritisierte, der Verbraucherschutz sei unter die Räder gekommen, während es für Aufrüstung immer Geld gebe. Katja Keul (Grüne) plädierte für eine bessere Richterfortbildung und die Sicherung der Präsenz der Anwaltschaft vor Ort. *mwo*



**DAS LEBEN ÄNDERT SICH**

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

**Namensänderung**

**Adressänderung**

**Änderung der Bankverbindung**

Telefonisch unter: 069-75014253,  
via E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)  
oder online unter:  
[www.das-parlament.de/aboservice](http://www.das-parlament.de/aboservice)



Die Kanzlerin war eindeutig: „Europa kann sich zur Zeit alleine nicht verteidigen“, befand Angela Merkel (CDU) während der Generaldebatte über den Bundeshaushalt 2020 in der vergangenen Woche. Angesichts der aktuellen Berichterstattung über die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in den Medien verwundert dieses Eingeständnis nicht. Pünktlich zur Beratung über den Etat von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ließ ihr Ministerium verlauten, dass die Bundeswehr den vor fünf Wochen von Airbus ausgelieferten Marinehubschrauber NH90 „Sea Lion“ wegen erheblicher Lücken in der Bedienungsanleitung vorerst nicht in Betrieb nimmt. Bei der Wartung seien in der technischen Dokumentation an 150 Stellen „Unregelmäßigkeiten“ festgestellt worden. Dies lasse einen „sicheren Flugbetrieb derzeit nicht zu, heißt es. Und zehn Tage zuvor hatte „Spiegel Online“ ausführlich aus einem als geheim eingestuft Bericht des Ministeriums zitiert, nach dem es um die Einsatzfähigkeit der Hauptwaffensysteme der Streitkräfte wie schon seit Jahren nicht gut bestellt ist – vor allem bei Hubschraubern und Flugzeugen, aber auch bei den Panzern.



Zumindest die Parlamentarier der Unionsfraktion versuchten in der Etatberatung eine positivere Sicht der Dinge zu verbreiten. Der Verteidigungshaushalt wachse zum sechsten Mal in Folge, durchbreche 2020 mit 45,05 Milliarden Euro die „Schallmauer“ und erreiche eine Nato-Quote von 1,42 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), freute sich der Haushalts- und Verteidigungspolitiker Reinhard Brandl (CSU). Die Koalition werde die von der Bundesregierung an die Nato gemachte Zusage, bis 2024 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung aufzubringen, „locker einhalten“. Der Haushalt sei ein Zeichen, „dass Deutschland seine Verpflichtung gegenüber seinen Partnerländern erfüllt“. Beim Koalitionspartner fiel dieser Optimismus verhaltener aus. Der Haushalt drücke „das Bemühen“ aus, die Truppe mit dem auszurüsten, was sie braucht, befand der SPD-Verteidigungsexperte Wolfgang Hellmich. Seine Fraktionskollegin Sientje Möller mahnte, die Diskussion um die Nato-Quote von zwei Prozent des BIP sei „oberflächlich“ und werde „im Influren Raum“ geführt. Entscheidend sei, welche strategischen Ziele Deutschland habe, über welche Fähigkeiten die Bundeswehr verfügen soll und wie das Geld im Etat „sachgerecht und zielführend“ eingesetzt werde.

**Kritik der Opposition** An der sachgerechten und zielführenden Verwendung der Haushaltsmittel hat die Opposition jedoch erhebliche Zweifel. Die Beschaffungspolitik des Verteidigungsministeriums folge eher einem „Zufallsmechanismus“ als durchdachter Planung, monierte Tobias Lindner, Haushaltspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen. Ein Großteil der Rüstungs-



Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) beobachtet eine Sanitätsübung in der Wettiner-Kaserne im sächsischen Freiberg während eines Informationsbesuchs bei der Panzergrenadierbrigade 37 Ende August dieses Jahres. © picture-alliance/dpa

# Pleiten, Pech und Pannen

**VERTEIDIGUNG** Der Etat steigt zum sechsten Mal in Folge. Die Probleme sind aber weiterhin nicht gelöst

vorhaben sei durch das Bundesfinanzministerium qualifiziert gesperrt, weil sie noch gar nicht haushaltsreif seien. Dies werde dazu führen, dass nicht das beschafft werde, was die Truppe am dringendsten benötige, sondern was die Rüstungsindustrie gerade liefern könne. Angesichts der Tatsache, dass der Etat seit 2016 um zehn Milliarden Euro erhöht worden sei, stelle sich die materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als „skandalös“ dar. „Am Geld kann es offensichtlich nicht gelegen haben“, befand Lindner. Auch der FDP-Haushälter Karsten Klein kam zu dem Schluss: „Das ist genau das, was die Soldatinnen und Soldaten umtreibt: Dass wir hier zwar über große Summe reden, die immer wieder in den Haushalt eingestellt werde, aber am Ende bei den Soldatinnen und Soldaten viel zu wenig ankommt.“ Klein bezweifelte zudem, dass die Regierung ihr 1,5-Prozent-Ziel erreichen wird. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes würden die Verteidigungsausgaben in den kommenden

Jahren im Vergleich zum BIP stagnieren, in absoluten Zahlen sogar zurückgehen. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Rüdiger Lucassen, warf der Bundesregierung vor, sie habe seit dem Ende des Kalten Kriegs nie eine konkrete Beschreibung der Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr vorgenommen. Dies sei aber unerlässlich für einen „seriösen“ Verteidigungshaushalt. Schwerpunkt müsse die Landes- und Bündnisverteidigung sein. Die Regierung solle deshalb die „Spinnerei“ einer EU-Armee aufgeben und sich an gemessenen in der Nato einbringen. Ebenso seien die Auslandseinsätze „rund um den Globus mit unklarem Ziel und ungewissen Ausgang“ zu beenden, forderte Lucassen.

**Wirbel um Instagram-Post** Zumindest an diesem Punkt ist sich selbst die Linksfaktion mit der AfD einig. Deren Haushaltspolitiker Michael Leutert kritisierte, es sei „absurd“, wenn Ministerin Kramp-Karrenbauer weitere Auslandseinsätze fordere. Und nahm eine weitere Panne aufs Korn, die

pünktlich zur Haushaltsberatung für Unverständnis sorgte. Auf dem offiziellen Instagram-Account der Bundeswehr war eine Wehrmachtsuniform mit Hakenkreuz gepostet worden mit dem Begleittext: „Auch Mode ist ein Aspekt. Bis heute halten sich militärische Stilelemente in der Haut Couture.“ Dies müsse zu Konsequenzen für die verantwortliche Werbeagentur führen, forderte Leutert. Die Ministerin müsse „rechtsextreme Tendenzen und Vorfälle“ ernst nehmen. Ministerin Kramp-Karrenbauer entschuldigte sich in der Debatte ausdrücklich und verwies darauf, dass der Post nicht im Einklang mit dem Traditionserlass stehe: Die Wehrmacht sei für die Bundeswehr grundsätzlich nicht traditionsstiftend. Mit dem verantwortlichen Mitarbeiter sei darüber gesprochen worden, bisher gebe es „keinen Anhaltspunkt für irgendein politisches Motiv“. Deshalb bitte sie, keine Anschuldigungen zu erheben, „bevor Sie nicht entsprechende Beweise haben“, sagte sie in Richtung Linksfaktion. **Alexander Weinlein** ■



## »Starkes Signal an unsere Partner«

**ENTWICKLUNG** Ressortchef Gerd Müller darf im kommenden Jahr 640 Millionen Euro mehr ausgeben, vor allem für den weltweiten Klimaschutz

10,88 Milliarden Euro und damit üppige 640 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr darf Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) 2020 für sein Ressort ausgeben. Erstmals in seiner Geschichte kratzt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) so an der Elf-Milliarden-Euro-Marke – und setzt eine monetäre Erfolgsgeschichte fort, in deren Verlauf sich das Finanzvolumen binnen fünf Jahren um fast 70 Prozent vergrößert hat. Für die entsprechenden Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (19/13920, 19/13801) dennoch nur die Koalitionsfraktionen. Während Union und SPD die massiven Steigerungen lobten und auch Ressortchef Müller betonte, dass Deutschland – nach wie vor drittgrößter Geber von Entwicklungszusammenarbeit weltweit – „lie-

fer“, zeigte sich die Opposition nicht oder kaum überzeugt. Die AfD sah im Etat zu viel Quantität statt Qualität, die FDP monierte die Konzentration auf bilaterale statt auf multilaterale Hilfen. Beide vermissten mit Blick auf andere in der Entwicklungspolitik aktive Bundesministerien eine „Politik aus einem Guss“. Linke und Grüne wiederum erinnerten an das erneut verfehlte, aber international vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung auszugeben sowie an den Koalitionsvertrag, in dem Union und SPD versprochen hatten, die Ausgaben für Verteidigung und Entwicklung in gleichem Maße zu steigern. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) darf sich 2020 jedoch über einen fast drei Mal höheren Aufwuchs freuen.

**»Lohnende Beratungen«** Über eines waren jedoch – mit Ausnahme der AfD – alle Fraktionen froh: Schon kurz nachdem die Bundesregierung den neuen Bundeshaushalt vorgelegt hatte, wurde dieser um die Mittel zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 ergänzt. Im Falle des BMZ-Haushalts bedeutete dies bereits vor Beginn der Haushaltsberatungen im Parlament ein Plus von 500 Millionen Euro. Danach konnten die Abgeordneten den ge-

## Weltweit erkennbare Nöte

**AUSWÄRTIGES** 1,6 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe

Für das Auswärtige Amt ist es ein Rekordhaushalt, für Teile der Opposition ist diese Tatsache allerdings kein Grund zur Freude, sondern Symptom politischer Versäumnisse. Dem Ressort von Heiko Maas (SPD) stehen im kommenden Jahr nach den Schlussberatungen und der Schlussabstimmung am vergangenen Freitag 5,93 Milliarden Euro zur Verfügung (19/11800, 19/13905, 19/13924). Größter Einzelposten ist die humanitäre Hilfe im Ausland mit 1,64 Milliarden Euro, die Mittel für Krisenprävention schlagen mit rund 401 Millionen Euro zu Buche. Birgit Malsack-Winkemann (AfD) warf der Bundesregierung in der Aussprache vor, rund zwei Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und Krisenprävention „ungeprüft zu verschleudern“ und bezog sich damit auf eine Kritik des Bundesrechnungshofes an der Zuwendungspraxis. „Sie verschaffen sich das gute Gewissen für Ausgaben in Milliardenhöhe nur auf dem Papier“, sagte Malsack-Winkemann und forderte, die Mittel um rund 1,5 Milliarden zu kürzen. Ihr Fraktionskollege Roland Hartwig befand, dass die Ausgaben des Ressorts auch deshalb so massiv angestiegen seien, weil es nicht gelinge, politische Lösungen für Krisen zu finden. „Sie versuchen, das mit immer mehr Geld für humanitäre Maßnahmen zu kompensieren und haben dabei nicht einmal annähernd einen zuverlässigen Überblick über die Verwendung der Mittel.“

**»Ich sehe keinen Gestaltungswillen, keine Konzepte, keine Ideen.«**

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

**Hilfen** Doris Barnett (SPD) verteidigte hingegen die hohen Ansätze bei humanitärer Hilfe und Krisenprävention als „hohes Gut“. Es gehe darum, von Kriegen und Bürgerkriegen Bedrängten vor Ort eine Perspektive zu geben und dies nicht nur in den betroffenen Ländern selbst sondern auch in jenen, die Flüchtlinge aufgenommen hätten. „Hier müssen wir eingreifen und helfen“, auch mit medizinischer Versorgung und Schulbildung, sagte Barnett. Auch Alois Karl (CSU) wies das Ansinnen der AfD zurück. Man könne im Gegenteil stolz darauf sein, wenn man im Angesicht der „weltweit erkennbaren Nöte“ Krieges- und Bürgerkriegsopfern zur Seite stehen könne. Es sei ein Ausweis von Humanität, auf die hohe Zahl von Abermillionen Flüchtlingen weltweit zu reagieren. Fraktionskollege Johann Wadepuhl (CDU) lenkte den Blick auf die Zukunft der Nato, die zwar nicht „hirntot“ sei, wie der französische Präsident Macron befunden habe, aber „in den Extremitäten Schwächen hat“. Hier helfe kein weiterer Arbeitskreis, wie Minister Maas meine. „Deutschland muss seine Beiträge zur Existenz der Nato, das heißt, seine finanziellen Beiträge, leisten.“ Alexander Graf Lambsdorff (FDP) warf der Bundesregierung Mut- und Ratlosigkeit in ihrer Außenpolitik vor. Während der französische Präsident mit Blick auf die Herausforderungen vor „Ideen und Taten drang“ brenne – die Verschiebungen in der internationalen Ordnung, der Aufstieg Chinas, die Entzweiung innerhalb Nato – gebe es in Berlin „keinen Gestaltungswille, keine Konzepte, keine Ideen“. Für Lambsdorffs Fraktionskollege Michael Georg Link wiederum überdeckten die großen Zahlen des Haushalts des Auswärtigen Amtes, „dass die Strukturen des Hauses nicht mit-

wachsen sind“. Das Haus müsse leistungsfähiger werden, unter anderem durch mehr Personal. Auch die digitale Infrastruktur, in den Botschaften wie in der Zentrale, sei immer noch „verheerend“. Michael Leutert (Die Linke) nannte den Haushalt, gemessen an den Ansprüchen der Koalition, einen „Totalausfall“. Die Bundesregierung werde mit ihren Beiträgen zu Friedenssicherung und Konfliktlösung „krachend scheitern“, wenn sie nicht einmal die Mittel für die notwendigen Dinge im Auswärtigen Amt aufbringe, sagte Leutert und verwies unter anderem auf Defizite bei Visa-Wartezeiten, IT-Ausstattung und Auslandsdienstleistungen. Stefan Liebich (Die Linke) monierte mit Blick auf den Umgang mit Russland und der Türkei doppelte Standards. „Eine glaubwürdige konsistente Außenpolitik würde bedeuten, dass man die Einhaltung des Völkerrechts gegenüber allen gleichermaßen einfordert.“ Omid Nouripour (Grüne)

kritisierte, dass die Bundesregierung außenpolitisch „Klarheit, Festigkeit, Verlässlichkeit“ vermissen lasse. Das gelte im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in China ebenso wie bei den Dissonanzen zwischen Maas und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) zu deren Vorschlag, eine Schutzzone in Nordsyrien unter Bundeswehrbeteiligung einzurichten. Deutschlands Partner wüssten nicht, „ob sie auf Mutlos-Maas schauen sollen oder auf eine Verteidigungsministerin, die glaubt, sie könne das Wunder von Bern wiederholen, indem sie immer größere Versprechen gibt, die unrealistisch sind“. Franziska Brantner (Grüne) kritisierte zudem, dass die Bundesregierung



den künftigen EU-Finanzrahmen faktisch kürzen wolle, mit dem europäischen Souveränität zu gestalten sei. „Das nenne ich Zukunftsvorgabe“, Herr Maas.“ Der vielfach kritisierte sagte, dass es eigentlich nicht verständlich sei, den Haushalt mit einem „Rekordwert“ von fast sechs Milliarden Euro kitzeln zu wollen. „Was wollen Sie denn noch? Einen Rekord-Rekord-Haushalt? Einen Hyperrekord-Haushalt?“ fragte Maas. Zur Wahrheit gehöre, dass Deutschland in vielen Krisen mittlerweile eine führende Rolle bei der Konfliktlösung einnehme. Maas verwies unter anderem auf die Begleitung des Verfassungskomitees für Syrien in Genf, das Normandie-Format zur Lösung des Ukraine-Konflikts und den Berlin-Prozess zur Befriedung des Konflikts in Libyen (siehe Seite 9). **Alexander Heinrich** ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

der EU selbst. Die notwendigen Mittel könnten durch Umschichtungen aus den fünf Sonderinitiativen des Ministeriums finanziert werden, schlug Link vor. „Es muss endlich Schluss sein mit diesen Schattenhaushalten im BMZ“, forderte er. **»Fokus stärken«** Die Sonderinitiativen abschaffen, will auch die AfD. Stattdessen müsse es eine Konzentration auf gezielte Projekte in Schlüsseländern, einen stärkeren Fokus auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kooperation mit der deutschen Wirtschaft und eine bessere Evaluation und Kontrolle der entwicklungspolitischen Maßnahmen geben, forderte Volker Münz. „Qualität – das heißt Nachhaltigkeit, Wirksamkeit und Effizienz – sollte vor Quantität gehen.“ Aus Sicht von Linken und Grünen reichen die Mittel im neuen Haushalt allerdings bei weitem nicht aus. Michael Leutert (Die Linke) nannte gerade die Verpflichtungsermächtigungen, also die mehrjährigen Zusagen über 2020 hinaus, „dramatisch niedrig“. So könne das BMZ „nicht ausreichend planen“, die Entwicklungszusammenarbeit drohe unstrukturiert und chaotisch zu werden. Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einem „kurzsichtigen“ Etat und rechnete vor, dass er laut derzeitiger Finanzplanung 2021 um 1,5 Milliarden Euro sinken würde. In der Entwicklungspolitik seien mehrjährige Zusagen aber wichtig, mahnte sie. Unter anderem erwarte die internationale Gemeinschaft von Deutschland ab 2020 vier Milliarden Euro für den internationalen Klimaschutz, „und diese Zusage fehlt“. Für Ressortchef Müller steht hingegen fest: „Wir tragen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen bei.“ Klimaschutz, Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung – Deutschland „wird seiner Verantwortung gerecht“. Auch sein Ministerium handle, betonte er. So werde das BMZ als erstes deutsches Ministerium ab Januar 2020 klimaneutral sein. Er appellierte an andere Behörden wie den Bundestag, diesem Beispiel zu folgen. Mit Investitionen in Höhe von 7,41 Milliarden Euro ist der Entwicklungsetat weiterhin der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes. Vom Plus im Jahr 2020 profitieren auch UN-Programme wie das Kinderhilfswerk UNICEF oder der Bevölkerungsfonds UNFPA. Das Engagement der deutschen Wirtschaft in Afrika, bisher sehr zaghaft bei Investitionen auf dem Kontinent, wird die Bundesregierung mit 157,45 Millionen Euro unterstützen, 15 Millionen Euro mehr als 2019. **Johanna Metz** ■



# Krieg der Mächte

**LIBYEN** In dem nordafrikanischen Bürgerkriegsland verfolgen zahlreiche Staaten ganz eigene Interessen. Deutschland will nun vermitteln, doch die Erfolgsaussichten für die Initiative der Bundesregierung scheinen gering

Auf dem „Platz der Märtyrer“ in der libyschen Hauptstadt Tripolis stehen zwei Jungen vor Pistolen und Gewehren. Nur unter Mühen können sie sich für die Waffe entscheiden, die ihnen am besten gefällt. Die Spielzeugwaffen liegen neben Autos und Puppen im Sortiment eines Händlers auf dem Asphalt des „Platzes der Märtyrer“.

Nach acht Jahren Bürgerkrieg hat das Militärische einen selbstverständlichen Platz im libyschen Alltag – im Spiel und im wirklichen Leben. Deutschland möchte das ändern, im September startete Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen mit dem Auswärtigen Amt und dem UN-Sondergesandten Ghassan Salamé eine Vermittlungsinitiative. Deren Ziel ist es, die Einmischung ausländischer Akteure in den Krieg zu beenden und dann zu einem Friedensprozess zwischen den libyschen Konfliktparteien zu kommen. Dazu sollte ursprünglich noch in diesem Jahr eine internationale Libyen-Konferenz in Berlin stattfinden. Ob es dazu noch kommt, scheint mittlerweile fraglich. Bislang haben in Berlin vier Vorbereitungstreffen stattgefunden, doch die Zeit wird knapp, und viele strittige Fragen sind weiterhin offen.

**Rohstofflieferant** Für Deutschland und Europa gibt es im Wesentlichen drei Gründe, sich für Libyen zu interessieren: Migration, Erdöl und der Krieg gegen den Terror. Von libyschen Mittelmeerstränden aus versuchen weiterhin jährlich Tausende von Migranten, Europa zu erreichen. Libyen ist

das erdreichste Land Afrikas und liefert Gas und Erdöl nach Europa. Eine Pipeline verläuft direkt von der westlibyschen Stadt Mellitah nach Sizilien. Außerdem fördern mehrere europäische Erdölunternehmen in Libyen.

Bekannt ist auch, dass islamistische Milizen dort operieren. Der „Islamische Staat“ (IS) wurde zwar 2016 mit Hilfe US-amerikanischer Drohnen aus Sirte im Osten des Landes vertrieben, ist dafür aber heute im Südwesten stärker präsent.

Es gibt also mehrere gute Gründe, für Deutschland, die EU und die Vereinten Nationen, sich um Stabilität in Libyen zu bemühen. Trotzdem ist weiterhin kein Waffenstillstand in Sicht.

Seit der libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi 2011 mit Hilfe einer Reihe von Nato-Staaten und weiterer Länder gestürzt wurde, kämpfen Hunderte von Milizen um die Macht. Alle Versuche, den zerfallenen Staat wieder unter einer Regierung zu einen, sind gescheitert. Dazu gehört das Bemühen der Vereinten Nationen, 2016 eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Ministerpräsident Fayed al-Sarraj zu installieren. Seine Regierung ist zwar international anerkannt, hat aber wenig faktische Macht. Das Land ist weiterhin zwischen einer Regierung im Osten und einer im Westen (der so genannten „Regierung der Nationalen Einheit“) gespalten. Beide brauchen den Rückhalt mächtiger Milizen.

**Die Zeit wird knapp und viele strittige Fragen sind weiterhin offen.**

Im April startete General Khalifa Haftar vom Osten des Landes aus eine Offensive gegen Sarrajs Regierung in Tripolis. Seitdem versucht seine „Libysch-Nationale Armee“ (LNA), die Hauptstadt Tripolis einzunehmen und so die Kontrolle über das ganze Land zu gewinnen. Im Süden konnte er wichtige, weil erdreiche Gebiete erobern. Aber vor der Hauptstadt stecken seine Truppen nun schon seit Wochen fest, während die Bevölkerung zunehmend unter Artilleriebeschuss und Luftangriffen durch Jets und Kampfdrohnen leidet. Grund für das militärische Patt ist vor allem, dass beide Seiten mächtige Unterstützer im Ausland haben, von denen sie trotz eines UN-Embargos auch Waffen beziehen. Ein vertraulicher UN-Bericht, den die Nachrichtenagentur dpa Anfang November einsehen konnte, nennt die Türkei, die Arabischen Emirate und Jordanien, die „routinemäßig und manchmal unverhohlen“ Waffen an die beiden Kriegsparteien schickten. Den UN-Experten zufolge setzten beide Seiten auch Kampfdrohnen ein, die wiederum aus dem Ausland stammen sollen.

Für Haftar kämpfen außerdem Söldner aus dem Tschad und dem Sudan. Deren Zahl schätzt der Libyen-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Wolfram Lacher, auf mehrere Tausend. Nicht alle seien allerdings in Kampfhandlungen involviert, meint er.

Weil der Konflikt in Libyen ohne die Interessen der Mächte im Hintergrund nicht zu verstehen und erst Recht nicht zu lösen ist, versucht Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) zunächst zwischen Beteiligten zu vermitteln. Das sind einerseits die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Russland, die auf Seiten Haftars stehen, und andererseits die Türkei und Katar, die die international anerkannte Regierung von Sarraj unterstützen.

Seit September unterstützen Söldner der russischen Militärfirma „Wagner“ den Vormarsch Haftars auf Tripolis. SWP-Experte Wolfram Lacher sprach in einem Interview mit dem Schweizer Rundfunk von „einigen Hundert“. Außerdem soll der Kreml Haftar Waffen und Munition geliefert haben. Putin erhofft sich davon vermutlich, wieder Zugang zu libyschen Ölreserven zu bekommen.

Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) unterstützen Haftar, weil sie eine gemeinsame anti-islamistische Haltung verbindet. Im Osten Libyens wurden mehrfach ägyptische und VAE-Kampfflotten gesichtet.

**Schwerpunkt Migration** Die EU steht offiziell hinter der Regierung von Sarraj, wobei es ihr vor allem um die Kontrolle der Migration geht. Daher unterstützt sie auch die sogenannte libysche Küstenwache, die faktisch aus mehreren Milizverbänden besteht. Bekannt ist, dass vor allem Einheiten im Westen schwere Menschenrechtsverletzungen begehen und mit Kartellen der Menschenmenschmuggler kooperieren. Innerhalb Europas stehen Italien und

Frankreich in Libyen auf unterschiedlichen Seiten. Frankreich teilt zwar offiziell die politische Linie der Vereinten Nationen, unterstützt aber faktisch General Haftar. Italien hat als ehemalige Kolonialmacht ein eigenes Verhältnis zu Libyen und steht an der Seite Sarrajs. Dahinter stehen auch starke ökonomische Interessen. Die italienische Ölfirma ENI ist der „Nationalen Libyschen Ölgesellschaft“ mit Sitz in Tripolis durch ein Joint-Venture verbunden und versucht nun, den französischen Konkurrenten Total zu verdrängen. Der dominierte den libyschen Erdölmarkt unter Gaddafi und operiert inzwischen im Osten.

Pikant ist, dass mit Sarraj verbündete Milizen Ende Juni trotz des Waffenembargos französische Waffen auf einem ehemaligen Stützpunkt von General Haftar entdeckt haben. Das Verteidigungsministerium in Paris musste zugeben, dass diese aus Frankreich stammten. Allerdings betonte es, die Raketen nicht an Haftar geliefert zu haben. Die Panzerabwehrraketen hätten sich zum Selbstschutz eines französischen Kontingents in Libyen befunden, das auf einer Aufklärungsmission im Kampf gegen den Terrorismus in Libyen gewesen sei.

Auch die USA sind in den Libyen-Konflikt involviert. Sie sind auf der Seite der UN-gestützten Regierung im Einsatz. Erst Ende November mussten die Amerikaner einräumen, eine Drohne über Tripolis „verloren“ zu haben, ohne Einzelheiten zu nennen. Im September flog das US-Africa-Commando Africom mit Sitz in Stuttgart mehrere Angriffe mit Kampfdrohnen gegen Stellungen des IS im Südwesten des Landes.

Ganz eindeutig ist die US-Politik jedoch nicht: Kurz nach Beginn von Haftars Offensive hatte US-Präsident Donald Trump im April überraschend erklärt, „Feldmarschall Haftar“ spiele eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Terror und bei der Sicherung der Ölreserven Libyens.

Die Gemengelage, der sich Deutschland gegenüber sieht, will es im libyschen Bürgerkrieg vermitteln, ist also sehr komplex. Dazu kommt, dass Russland seine Unterstützung für Haftar seit dem Beginn der deutschen Initiativen im September nochmals verstärkt hat. Die Erfolgsaussichten der deutschen Krisendiplomatie dürfte das erheblich mindern.



Kinder mit Spielzeug-Pistolen auf dem „Platz der Märtyrer“ in Tripolis. Der Krieg hat nach acht Jahren einen festen Platz im Alltag der Libyer.

© Bettina Rühl

## »Die EU ist nicht so handlungsfähig, wie sie sein sollte«

**INTERVIEW** Der Europa-Abgeordnete Dietmar Köster (SPD) über die EU-Politik in Libyen und die Aussichten der deutschen Vermittlungsinitiative

**Herr Köster, der Bürgerkrieg in Libyen ist mittlerweile ein Stellvertreterkrieg, wobei Italien und Frankreich politisch auf unterschiedlichen Seiten stehen. Wieso schafft es die EU nicht, ihre Mitgliedstaaten auf eine politische Linie zu verpflichten?**

Dass Italien und Frankreich in dieser zentralen Frage unterschiedliche Kräfte in Libyen unterstützen, ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Europäische Union in dieser Situation nicht so handlungsfähig ist, wie sie es sein sollte. Die italienische Regierung will vor allen Dingen die Migration aus Libyen beschränken. Außerdem hat sie ein starkes wirtschaftliches Interesse, weil Italien einen Teil seines Gases und des Erdöls aus Libyen bezieht. Daher orientiert sich die italienische Regierung verstärkt an der sogenannten Einheitsregierung. Frankreich hat hingegen geostretische Interessen in der Region und versucht, den Kontakt zur Miliz von General Haftar aufzubauen.

**Auch Frankreich hat doch wirtschaftliche Interessen in Libyen.**

Das spielt eine zusätzliche Rolle. Frankreich interessieren die Ölvorkommen im

östlichen Teil Libyens, wo die Milizen von General Haftar die Kontrolle übernommen haben.

**In einer so wichtigen Frage nicht einmal intern einig zu sein, ist ja eigentlich ein vernichtendes Bild für die europäische Außenpolitik.**

Im Falle Libyens zeigt sich ein grundlegendes Problem der europäischen Außenpolitik. Dass diese unter den Mitgliedstaaten einstimmig geregelt werden muss, hindert die Europäische Union daran, ein verlässlicher Partner zu sein, der vor allen Dingen auch auf Diplomatie und Friedenspolitik setzt. Angesichts dessen ist es positiv, dass die Bundesregierung jetzt mit Außenminister Heiko Maas versucht, mit einer Libyen-Konferenz eine neue Initiative zu starten. Sie könnte dazu beitragen, die Situation in Libyen zu stabilisieren, Deutschland könnte eine neutrale Vermittlerrolle spielen. Voraussetzung wäre, zwischen den Streitparteien zunächst zu einem Waffenstillstand zu kommen. Dann wäre eine internationale Konferenz, die in Berlin stattfinden könnte, sicherlich sinnvoll. Schließlich müssten in Libyen die unterschiedlichen Kriegsparteien an einen Tisch geführt wer-

den, um perspektivisch auch Wahlen durchführen zu können.

**Das ist doch aber kaum realistisch, wenn man bedenkt, dass das Waffenembargo ständig unterlaufen wird.**

Das muss man wohl so einschätzen. Eine weitere zentrale Voraussetzung für eine Stabilisierung Libyens ist, dass die Rivalitäten zwischen Frankreich und Italien beendet werden. Die waren ja vor allen Dingen in der Amtszeit von Italiens Ex-Innenminister Matteo Salvini eskaliert. Jetzt haben wir eine neue Regierung in Italien, und ich glaube, dass die Möglichkeiten dadurch größer geworden sind, zu einer Verständigung zwischen Italien und Frankreich zu kommen.

**Um über die Rolle der EU als Gesamtes zu reden: Brüssel unterstützt und trainiert die so genannte libysche Küstenwache. Menschenrechtsverletzungen durch deren Mitglieder sind dokumentiert, trotzdem geht die Kooperation weiter. Warum?**

Wir Europaabgeordnete haben in der vergangenen Wahlperiode bezüglich der Situation in Libyen und der humanitären

Krise auf dem Mittelmeer eine sinnvolle Resolution beschlossen und auch für ein gemeinsames europäisches Asylsystem einen Beschluss gefasst. Leider hat der Europäische Rat sich geweigert, das in vernünftige Verhandlungen zu überführen und diejenigen, die das im Moment blockieren, zu einer Lösung der humanitären Krise auf dem Mittelmeer zu verpflichten. Eine Resolution zur Situation auf dem Mittelmeer wurde mit nur zwei Stimmen Mehrheit knapp abgelehnt. Sie enthielt auch die Forderung nach mehr Transparenz in Bezug auf die finanziellen Mittel, die die Europäische Union der sogenannten libyschen Küstenwache zur Verfügung stellt. Für uns als europäische Abgeordnete ist klar, dass diese sich nicht an Menschenrechte hält – das hatten wir im Europäischen Parlament auch klar so formuliert. Dass die Kooperation mit ihr dennoch weitergeht, hat viel damit zu tun, dass der Europäische Rat nicht den politischen Willen hat, wirklich zu einer menschenrechtsfundierten Flüchtlingspolitik zu kommen.

**Sie sagen, das Parlament hat mehr Transparenz gefordert in Bezug auf die Gelder, mit denen die Küstenwache unterstützt wird. Wo fehlt aus Ihrer Sicht die Transparenz? Meinen Sie damit, dass das Parlament nicht den Überblick hat über die Verwendung der Gelder? Oder sollte die Öffentlichkeit transparenter informiert werden?**

Wir haben die zuständigen Behörden im Innenausschuss des Europäischen Parla-

ments immer wieder mit dieser Frage konfrontiert: Was passiert genau mit dem Geld? Hier sind die Aussagen zum Teil sehr vage geblieben. Wir fordern konkret einen Monitoring-Prozess, um offenzulegen, was mit den Mitteln passiert. Bisher ist ein solcher nicht gewährleistet, so dass wir sogar als Abgeordnete keinen genauen Überblick über die Verwendung haben. Auch in Bezug auf die Ausbildung der Küstenwache bleibt vieles vage. Das ist ein sehr intransparenter Prozess, der aus meiner Sicht letztlich dazu führen muss, dass man die Zusammenarbeit mit Libyen an dieser Stelle beendet.

**Das Interview führte Bettina Rühl**

Dietmar Köster ist seit Juli 2014 Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Mitglied des Innenausschusses.



Dietmar Köster (SPD)







Wie viel Nähe darf sein? Hier steht eine Windkraftanlage in Sichtweite eines Dorfes in Sachsen.

© picture-alliance/imageBROKER

# Stürmische Zeiten

## WINDKRAFT Gegen die geplanten Abstandsregelungen protestieren Industrie und Wissenschaft

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat etwas geschafft, was nur wenigen Spitzenpolitikern gelingt: Ein Bündnis aus Branchenverbänden, Landesministern sowie Wirtschafts- und Industrielobby und Gewerkschaften hat zusammengefunden – vereint im Widerstand gegen den Minister. Ihr Protest entzündet sich an den Plänen zu Mindestabstandsregelungen für Windkraftanlagen. Diese Pläne würden die Windenergie an Land „dramatisch schwächen“, heißt es in einem Brandbrief, den die Verbände Mitte November an Altmaier geschrieben hatten. „Es ist uns unerklärlich, dass an einer Regelung zu bundeseinheitlichen Mindestabständen festgehalten wird, obwohl klar ist, dass damit das Ziel von 65 Prozent Erneuerbare Energien in 2030 nicht gehalten werden kann.“ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung legte jüngst mit einer Studie nach, laut der strengere Mindestabstände den Ausbau der Windkraft weiter bremsen dürften. Der Streit ist im Zuge der Vorarbeiten zum Kohleausstiegsgesetz entbrannt. Ein Kilometer soll künftig zwischen Haus und Anlage liegen, bundesweit. Länder und Kommunen sollen aber entscheiden können, die Regel nicht anzuwenden – ein Passus, zu dem die Bereichsleiterin Energie am ifo-Institut, Karen Pittel, auf die bayerische Situation verweist: Dort gilt mit der 10h-Regel, also einem Mindestabstand der zeh-

fachen Höhe, ebenfalls eine Kann-Regelung. „Faktisch ist der Ausbau in Bayern zum Erliegen gekommen“, sagt Pittel. Quasi niemand mache von der Möglichkeit eines Unterschreitens Gebrauch. Bayern soll den Plänen zufolge weiterhin einen Sonderweg beschreiten dürfen.

**Zahlreiche Fragen offen** Umstritten ist auch die Ausgestaltung der Neuregelung; einem Entwurf aus dem Hause Altmaiers zufolge würden fünf Wohnhäuser reichen, damit der Mindestabstand eingehalten werden muss. Strittig ist zudem der Umgang mit leistungskräftigen neuen Anlagen, die alte am gleichen Standort ersetzen – genauso wie die Frage der Gültigkeit von vor Jahren genehmigten Bauplänen für Windräder, die nun möglicherweise näher als erlaubt an Siedlungen lägen.

Altmaier verteidigte die Pläne als Maßnahme zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung. Nicht zuletzt wegen Klagen von Bürgerinitiativen, aber auch wegen langer Genehmigungsverfahren und wenig nutzbarer Flächen ist der Ausbau von Windkraft an Land fast zum Erliegen gekommen. Deutlich wurde die Situation durch die Ankündigung von Enercon, 3.000 Arbeitsplätze

abbauen zu wollen. Der Konzern zählt zu den größten deutschen Herstellern von Windkraftanlagen.

Die Branche sieht die Bundespläne als Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die wohligen Zeiten für den lange stark subventionierten Wirtschaftszweig nahmen schon mit der Einführung von Ausschreibungen ein Ende. Die Bundesregierung wollte so mehr Wettbewerb in die Branche bringen. Zeitgleich zog ein anderer Wind in Gesellschaft und Politik auf. Aus dem Hoffnungsträger für die Energiewende wurde vielerorts ein Symbol für das Gefühl, etwas aufgedrückt zu bekommen: Die „da oben“ in der Stadt gegen die „da unten“ auf dem Land. Die Windkraftgegner professionalisierten sich.

Gegen die langen Vorlaufzeiten bei Planung und Genehmigungen will Altmaier Verfahren zur Beschleunigung entwickeln. Ein schnelleres, rechtssichereres Vorgehen fänden auch Wissenschaftler wie Andreas Reuter, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Windergiesysteme, oder Sarina Keller vom Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum sinnvoll. Keller wirkte an einer Arbeitsgruppe zu Akzeptanzfragen im Bundeswirtschaftsministerium mit und sagt, grundsätzlich seien die

Standortfaktoren und damit Schall-Auswirkungen unterschiedlich und Einzelfallentscheidungen daher sinnvoll. „Gleichzeitig braucht es bundeseinheitliche, verlässliche Verfahren zur Ermittlung solcher Einzelfälle“, sagt Keller und verweist auf Studien, wonach sich Branchen um so stabiler entwickelten, je konstanter der Rechtsrahmen ist, in dem sie sich bewegen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist bislang quasi im Zweijahresrhythmus geändert worden.

**Drohende Strafzahlungen** Dass etwas passieren muss, darin sind sich Wirtschaft und Wissenschaft einig: Werden die Pariser Klimaziele für 2030 beziehungsweise perspektivisch für 2050 nicht erreicht, wird es teuer für Deutschland. „Der derzeitige Ausbaukorridor reicht nicht aus“, sagt Keller. Reuter fehlt außerdem die Vision auf politischer Ebene: „Im Moment gibt es keinen sinnvollen Plan, wie man zu diesem Ziel kommen will“, sagt er. Der Fraunhofer-Experte rechnet mit einem Nettoabbau von Windanlagen, sollten die Planungen in der derzeitigen Form umgesetzt werden. Im Moment steuert Windenergie etwa 18 Prozent zur Stromversorgung in Deutschland bei, dieser Anteil dürfte dank der Offshore-Anlagen erst einmal stabil bleiben. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, bräuchte es allerdings einen jährlichen Zubau von zehn Gigawatt im Bereich Photovoltaik und sechs Gigawatt Windenergie, sagt Reuter.

Er plädiert für Transparenz und Realismus; in Bezug auf Windenergieprojekte müsste seiner Ansicht nach außerdem das Planungsrecht grundsätzlich verschlankt und auch dahingehend geändert werden, dass im Extremfall Enteignungen möglich sind, ähnlich wie beim Straßenbau. Zur Akzeptanz in der Bevölkerung könnte beitragen, wenn Bürger gerade auf dem Land an den Einnahmen aus Anlagen auf ihrem Gemeindegebiet beteiligt werden. Die Bundesregierung will solche Chancen durch die Einführung eines gesonderten Hebesatzes bei der Grundsteuer ermöglichen; dessen Höhe können Kommunen selbst festsetzen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt eine Sonderabgabe direkt an die jeweiligen Kommunen vor. Karen Pittel vom ifo-Institut fände grundsätzliche Regelungen für die finanzielle Entschädigung direkt Betroffener, die wirklich an der Windkraftanlage wohnen, allerdings sinnvoll. Diese unmittelbar Betroffenen sollten es nach Ansicht der Professorin auch sein, die im Rahmen von Genehmigungsverfahren Gehör erhalten. Im Streit über die Abstandsregelungen scheint der breite angelegte Protest nun Wirkung zu zeigen: Medienberichten von Ende vergangener Woche zufolge wurde der betreffende Passus aus dem Referentenentwurf für das Kohleausstiegsgesetz gestrichen. Ein Sprecher des Bauministeriums sagte dazu, das Thema befände sich in der „ressortinternen Abstimmung“. Kristina Pezzeri

»Es gibt keinen sinnvollen Plan, wie man das Klimaziel 2030 erreichen will.«

Andreas Reuter, Fraunhofer IWES

## Grüne Geldanlage gefällt nicht jedem

### FINANZEN Nachhaltigkeits-Initiative kann Unternehmensfinanzierung verteuern

Vertreter von Wirtschaft und Finanzindustrie haben an die Politik appelliert, auf dem Weg in eine von Nachhaltigkeitsgrundsätzen geprägte Finanzwirtschaft (Sustainable Finance) die Belange der Realwirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren. In einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche verwies etwa Renate Waßmer von der Sparkasse Bad Tölz-Wolfratshausen auf den drohenden bürokratischen Mehraufwand für Nachhaltigkeits-Zertifizierungen, der nur noch von großen Unternehmen bewältigt werden könne. Sie sehe das „große Risiko“, dass der Mittelstand unter die Räder komme. Außerdem drohten nicht zertifizierten Unternehmen höhere Zinsen und damit Wettbewerbsnachteile. Grundlage der öffentlichen Anhörung waren drei Oppositionsanträge. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/14219) fordert, den Finanzmarkt strikt auf Prinzipien der Nachhaltigkeit auszurichten und den Finanzplatz Europa zum Leitmarkt für Nachhaltigkeit zu machen. Die AfD-Fraktion (19/14684) fordert dagegen, dass die

Bundesregierung im EU-Rat Vorschläge der EU-Kommission zur Förderung nachhaltiger Finanzen (Sustainable Finance-Initiative) ablehnen soll, weil das ganze Vorhaben „ideologisch motiviert“ sei. Die FDP-Fraktion (19/14785) hält das EU-Vorhaben aus ökonomischer Sicht für unnötig oder kontraproduktiv. Es gebe auch keine konkrete allgemeingültige Definition von Nachhaltigkeit. Das mache das Centrum für europäische Politik (cep) an einem Beispiel deutlich. So werde Atomstrom in Frankreich als nachhaltig angesehen, in Deutschland aber nicht. Das sei ein Problem für eine europäische Regulierung.

**Voll im Trend** Nachhaltige Kapitalanlagen liegen voll im Trend. So berichtete beispielsweise das Südwind-Institut für Ökonomie und Nachhaltigkeit in seiner Stellungnahme, dass inzwischen 4,5 Prozent oder 219 Milliarden Euro des in Deutschland angelegten Kapitals nachhaltig angelegt seien. Den „ganz starken Trend“ bestätigte die Deutsche Bundesbank. Grüne Anleihen sind demnach eine zunehmend genutzte Refinanzierungsquelle. Ihr Volumen sei seit 2015 von 16,3 auf inzwischen 198 Milliarden Euro gestiegen. Die KfW Bankengruppe berichtete, dass sie keine Kohlekraftwerke mehr finanziere. Die KfW wolle sich zu einer nachhaltigen und transformativen Förderbank weiterentwickeln.

Für den Deutschen Industrie- und Handelskammerrat (DIHK) ist die Regulierung ohnehin schon zu stark. Es sei niemandem damit geholfen, wenn die Produktion woanders stattfindet, erklärte die Organisation mit Blick auf wachsende Kurzarbeit und schlechte Auslastung in der Kraftfahrzeugbranche und dort besonders bei Zulieferbetrieben. Sustainable Finance könne in diesem Bereich zu Problemen führen, da das Finanzierungsvolumen verknappt werde. Sustainable Finance helfe nicht, sondern verschärfe die bestehenden Probleme.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) warnte davor, ganze Branchen pauschal als ökologisch negativ zu klassifizieren, weil damit auch Vorprodukte für als „grün“ bezeichnete Produkte wie Solarpanels, Elektroautos oder Windkraftanlagen betroffen seien. Auch der Investmentverband BVI sah eine „starke Tendenz zur Überregulierung“. Für Markus Krall (Degussa) steht fest, dass die Politik glaubt, das Problem planwirtschaftlich lösen zu können. Doch es sei eine historische Tatsache, dass die Planwirtschaft der Marktwirtschaft nicht überlegen sei. Sustainable Finance sei eine „ökologische Wohlfühl-Illusion“ planwirtschaftlicher Steuerung und letztlich die Zündschnur, die zu einer neuen Finanzkrise führen werde. h/le

## Zoll mit Zollgesetz zufrieden

### KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG Einsatz von verdeckten Ermittlern wird möglich

So etwas gibt es auch noch: Die betroffene Verwaltung hat sich mit der von der Bundesregierung geplanten Neuregelung des Zollfahndungsdienstes zufrieden gezeigt. Bedenken kamen hingegen in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche von Datenschützern und Anwälten. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf (19/12088) sieht eine Ausweitung der Befugnisse des Zollfahndungsdienstes vor. So sollen der Einsatz verdeckter Ermittler sowie eine Befugnis zur Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten und Telekommunikationsendgeräten möglich werden. Mit dem Gesetz werden zudem die Auskunftspflichten von Betroffenen und Dritten erweitert. Außerdem darf das Zollkriminalamt in Zukunft Gerätenummern von Telekommunikationsendgeräten und die Kartennummern der verwendeten Karten sowie die Standorte von Telekommunikationsendgeräten ermitteln.

„Insgesamt liegt mit dem Entwurf ein modernes Gesetz für den Zollfahndungsdienst vor, dass sich folgerichtig in die aktuelle Gesetzgebung für Sicherheitsbehörden und die Strafverfolgung einpasst“, lobte das Zollkriminalamt den Gesetzentwurf, mit dem der Zollfahndungsdienst weiterhin für die Herausforderungen moderner Kriminalitätsbekämpfung gerüstet sein werde. Als effektives und erforderliches Einsatzmittel

bezeichnete das Zollkriminalamt den geplanten Einsatz verdeckter Ermittler. Aufgrund des höchst konspirativen Täterverhaltens sei es zum Regelfall geworden, dass nur eine Mischung unterschiedlichster Methoden und Ansätze bei der Informationsgewinnung Erfolg verspreche. Hierzu gehöre auch der Einsatz verdeckt auftretender Ermittlungsbeamter, um Zugang zu relevanten Informationen zu erhalten. Auch die Deutsche Zollgewerkschaft (BDZ) zeigte sich mit dem Entwurf zufrieden, hielt aber eine bessere personelle Ausstattung für erforderlich. Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei soll der Zollfahndungsdienst auch materiell-rechtlich als Polizei angesehen werden. Schließlich würden dessen Mitarbeiter hervorragende Polizeiarbeit im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität leisten.

**Schönschreib-Wettbewerb** Der Zollbeamte Marius Kühne kritisierte hingegen die erhebliche Ausweitung des Gesetzesumfangs, dessen Paragrafen-Zahl sich von 47 auf 107 Paragrafen mehr als verdoppelte. Kühne sprach von einem „Schönschreib-Wettbewerb von Juristen“. Die Abfrage bei Datenbanken sei für das Zollpersonal viel zu kompliziert. Sinnvoll sei die Einrichtung einer zentralen Datenbank. Die Erforderlichkeit des Einsatzes verdeckter Ermittler ist nach Ansicht des Bundesbe-

## Klimapakete vorerst gestoppt

**UMWELT** Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag wichtige Teile des Klimapakets der Bundesregierung vorerst gestoppt. Einmütig rief die Länderkammer den Vermittlungsausschuss zu den steuerrechtlichen Maßnahmen des Klimapakets an. Dazu gehören die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, aber auch die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen. Die Länder kritisierten, dass das Verhältnis von Be- und Entlastungen der Bürger sowie die Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht fair geregelt seien. Das gemeinsame Gremium von Bundestag und Bundesrat soll das Gesetz nun überarbeiten.

Drei weitere Maßnahmen des Pakets – das Klimaschutzgesetz, die Erhöhung der Ticketsteuer für Flüge und die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Emissionshandels – wurden vom Bundesrat angenommen. Mit dem Klimaschutzgesetz verpflichtet sich Deutschland, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 zu verringern. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz regelt, dass mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein nationaler Zertifikatehandel für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> eingeführt wird, der Autofahren und Heizen mit fossilen Brennstoffen schrittweise verteuern soll. Unklar ist der weitere Zeitplan. Bahntickets sollen bereits zum 1. Januar 2020 billiger werden. Damit das Gesetz nicht verzögert wird, müsste bis zur letzten Sitzung des Bundesrats in diesem Jahr eine Lösung gefunden werden. Ein Termin für die erste Sitzung des Vermittlungsausschusses steht noch nicht fest. lbr

## Maut-Desaster wird untersucht

**VERKEHR** Die Vorkommnisse rund um die gescheiterte Pkw-Maut werden durch einen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet. Mit den Stimmen der Opposition bei Enthaltung von Union und SPD beschloss der Bundestag vergangene Woche die Einsetzung des neunköpfigen Gremiums (19/15543), dem drei Abgeordnete der Union, zwei Parlamentarier der SPD und jeweils ein Mitglied der Oppositionsfraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angehören. Den Vorsitz über das Vernehmen nach Udo Schiefner (SPD) übernehmen. Für den 12. Dezember ist die konstituierende Sitzung des „Zweiten Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode (Pkw-Maut)“ vorgesehen. Das vor allem von der CSU vorangetriebene Projekt der Erhebung einer Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut), das eine Entlastung für deutsche Fahrzeughalter in Höhe der Mautgebühr über die Kfz-Steuer vorsah, wurde im Sommer 2019 durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) gestoppt. Die Richter lehnten die Infrastrukturabgabe in der geplanten Form als nicht europarechtskonform ab. Schon Ende 2018 hatte jedoch Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) mit zwei privaten Unternehmen Verträge über die Erhebung der Pkw-Maut geschlossen. Warum dies vor Bekanntgabe des EuGH-Urteils erfolgte, welche finanziellen und politischen Verpflichtungen und Risiken damit verbunden sind und welche Konsequenzen aus dem Maut-Desaster zu ziehen sind, soll nun im Untersuchungsausschuss geklärt werden. hau





**D**iesmal war es nicht ganz so knapp. Nachdem Ursula von der Leyen im Juli mit einer Mehrheit von gerade einmal neun Stimmen zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt wurde, fiel das Votum für die gesamte EU-Kommission vergangene Woche in Straßburg viel deutlicher zu ihren Gunsten aus. Die Stimmen von Christdemokraten, Sozialdemokraten und den Liberalen von Renew Europe summierten sich auf 461, ein deutlicher Vorsprung vor den 157 Gegenstimmen. Die meisten Grünen enthielten sich, kündigten von der Leyen aber ihre Unterstützung an, wann immer ihre Projekte mit den eigenen politischen Zielen übereinstimmen sollten.

„Lasst uns an die Arbeit gehen“, betonte von der Leyen in ihrer Rede und traf damit die Stimmung im Europäischen Parlament. Nachdem die EU-Kommission mit einem Monat Verspätung antritt, wartet der EU-Betrieb in Brüssel und Straßburg darauf, endlich mit der inhaltlichen Arbeit beginnen zu können.

Zu tun gibt es genug. Von der Leyen umriss in ihrer Rede erneut ihre Prioritäten Klimaschutz und Digitalisierung, ohne zu sehr ins Detail zu gehen. Den New Green Deal bezeichnete sie als „neue Wachstumsstrategie“ für den Kontinent, der Europa zu einem weltweiten Vorsprung verhelfen könnte. Sie bekräftigte, dass sie ein neues Konzept für Asyl und Migration vorlegen werde. Auch wenn die 61-Jährige an manchen Stellen emotional wurde, etwa als sie an den Krebstod ihrer Schwester erinnerte, die mit elf Jahren ihrer Krankheit erlag, wirkte die Rede deutlich farbloser als ihre Bewerbungsrede im Juli. Dass sie nach der Verzögerung gleich tatkräftig ans Werk gehen will, unterstreicht sie mit einem ihrer ersten öffentlichen Auftritte. An diesem Montag wird sie bei der UN-Klimakonferenz in Madrid eine Rede halten.

In ihrer Amtszeit wird sich die erste weibliche Politikerin an der Spitze der EU-Kommission an ihren Versprechen messen lassen müssen. Davon hat sie mehr als jeder ihrer Vorgänger abgeben. Das hat mehrere Gründe. Zum einen musste die frühere deutsche Verteidigungsministerin Zugeständnisse machen, um sich im Europäischen Parlament eine Mehrheit zu sichern. Gleichzeitig ist es ihr Stil, Ziele anzukündigen, um dann öffentlichen Druck aufzubauen. Nun muss sie beweisen, dass diese Taktik in Brüssel funktionieren kann.

In den kommenden fünf Jahren wird von der Leyen auf die Unterstützung von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament angewiesen sein. Sie hat schon erfahren, wie schwierig es ist, in Brüssel einen Konsens herzustellen. Weil das Europäische Parlament drei ihrer Kommissaranwärter zurückwies, konnte sie erst mit einem Monat Verspätung an den Start gehen. Die Ablehnung der französischen Kommissarkandidatin Sylvie Goulard kam einer Demütigung gleich – und hat zudem das Verhältnis zu Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron empfindlich belastet.

**Auf EU-Ebene unerfahren** Von der Leyen erzählt gerne, dass sie ihre Ankunft in Brüssel wie eine „Heimkehr“ empfindet, weil sie im Stadtteil Ixelles geboren ist und in Uccle zur Schule ging. Auf dem politischen Parkett ist sie aber keine Insiderin, ganz im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Jean-Claude Juncker, der als luxemburgischer Regierungschef 18 Jahre lang EU-Gipfeln bewohnte, ehe er Kommissionschef wurde. Für zahlreiche ihrer Vorhaben braucht von der Leyen sogar die einstimmige Zustimmung der Mitgliedstaaten, etwa für den Fahrplan, um Europa bis 2050 CO2-neutral zu gestalten. Ihn wird der geschäftsfüh-



Ursula von der Leyen (CDU, links) und ihr Vize, der Sozialdemokrat Frans Timmermans (rechts), bei der Wahl der Kommission vergangene Woche im Plenarsaal des Europäischen Parlaments.

# Große Ziele

**EU Kommissionschefin von der Leyen hat ambitionierte Pläne, wird aber einige Zugeständnisse machen müssen**

rende Vizepräsident Frans Timmermans als Teil des sogenannten New Green Deal vorstellen. Eine Grenzangleichsteuer, die Unternehmen in der EU entlasten soll, wenn CO2 teurer wird, muss genauso einstimmig beschlossen werden wie eine Digitalsteuer für Konzerne wie Google, Amazon, und Facebook, und der Wirtschaftsminister Paolo Gentiloni gemeinsam mit Vizepräsidentin Margrethe Vestager entwerfen soll. Beides wird absehbar schwierig. Hinzu kommt: Um von den Osteuropäern gewählt zu werden, hat von der Leyen Zugeständnisse gemacht, die ihre Manövrierfähigkeit einschränken. So verantwortet der ungarische Kommissar die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU. Er gilt als treuer Parteisoldat des illiberalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. In Brüssel werden weitere Personalentscheidungen erwartet, bei denen mutmaßliche politische Absprachen eine Rolle spielen. Für ihr engstes Team hat die Niedersächsische Vertraute aus Berlin mitgebracht, Kabinettschef Björn Seibert und ihren früheren Sprecher Jens Flosdorff. Unklar ist, wer ihr im Tagesgeschäft dabei helfen wird, die EU-Kommission mit ihren mehr als 30.000 Mitarbeitern unter Kontrolle zu halten.

Von der Leyen ist Konkurrenz aus ihrem eigenen Team gewiss, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Juncker, der fünf Jahre unumstritten die Nummer eins war. Der geschäftsführende Vizepräsident Timmermans, zuständig für Klimapolitik, hat immer noch nicht ganz verwunden, dass er das Amt an der Spitze der EU-Kommission nicht bekommen hat. Auch Vize Margrethe Vestager, zuständig für Wettbewerb und Digitales, hatte sich als spät selbst erklärte Spitzenkandidatin Hoffnungen auf den Topjob gemacht. In fünf Jahren sind beide jung genug, um von der Leyen eine zweite Amtszeit streitig zu machen. Thierry Breton, ehemaliger Konzernlenker (unter anderem France Télécom, Atos) und früherer französischer Finanzminister wird sich ebenfalls selbstbewusst an seine Aufgabe als Kommissar für Binnenmarkt machen und dabei Wünsche und Anregungen aus Paris z gesandt bekommen.

**Gebrochenes Versprechen** Mit einem Versprechen, ihr Team paritätisch mit Männern und Frauen zu besetzen, ist von der Leyen schon gescheitert. Nun stehen 15 Männer zwölf Frauen gegenüber – weil einige Mitgliedstaaten, auch Frankreich auf

einem Kandidaten beharrt haben. Binnen Hundert Tagen wird sich zeigen, was aus weiteren Ankündigungen wird. Das sind unter anderem ein Klimagesetz, das die Schritte zur Klimaneutralität der EU bis 2050 fest schreibt, Ethikrichtlinien zu Künstlicher Intelligenz, Vorschläge zum Mindestlohn sowie zur Transparenz bei der Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen.

Von der Leyen hat auch angekündigt, dass ihre EU-Kommission eine „geopolitische“ werden soll. Europa müsse die Sprache der Macht lernen, betont sie. In einer Zeit, in der die Beziehung zum alten Verbündeten USA angespannt ist und China mit seinem Staatskapitalismus keinen Hehl daraus macht, ist auch dieses Versprechen ambitioniert.

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

# Kein ruhiges Fahrwasser für das Königreich in Sicht

**GROSSBRITANNIEN** Johnson führt in Wahl-Umfragen

Zwei Wahlen und ein Referendum haben die Briten seit 2015 hinter sich gebracht. Jedes Mal lag die Mehrheit der Demoskopien falsch mit ihren Voraussagen für deren Ausgang. Wird es auch bei der Neuwahl am 12. Dezember wieder so sein? Vergangenen Mittwoch veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut YouGov eine Umfrage, die einzelne Wahlkreise und nicht nur landesweit die Stimmung analysiert. Demnach gewinnen die Konservativen 42 Mandate hinzu und kommen auf eine satte Mehrheit von 68 Sitzen. Labour hingegen muss eine schwere Schlappe einstecken und verliert 51 Sitze. Die bisher als große neue Kraft gefeierten Liberaldemokraten ergraben gerade einmal einen zusätzlichen Platz im 650 Abgeordnete zählenden Unterhaus. YouGov hatte diese Analyse auch bei der letzten Wahl 2017 durchgeführt und korrekt einen Verlust der Tory-Mehrheit unter Ex-Premierministerin Theresa May prognostiziert.

Wie auch immer das tatsächliche Endergebnis irgendwann am Morgen des 13. Dezember aussehen mag – klar ist, dass es eine Richtungswahl ist. Bekommt Johnson eine belastbare Mehrheit im Unterhaus, wird er möglicherweise noch vor Weihnachten ein weiteres „Meaningful Vote“ über seinen Mitte Oktober mit der Europäischen Union geschlossenen Brexit-Deal abhalten. Der Austritt soll dann wie geplant am 31. Januar 2020 erfolgen.

Schafft Johnson es aber nicht, nun auch von der Nation und nicht nur wie im vergangenen Juli von den Tory-Mitgliedern zum Premierminister gewählt zu werden, könnte es in Sachen EU-Austritt noch ganz anders kommen. Denn Johnson wird die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen und die Bahn und Teile der Energie- und Wasserversorgung zurück in staatliche Hand bringen. Auch die Telekommunikationsbranche steht stückweise im Visier. Bei seinen Stammwählern lösen solche Versprechen Begeisterung aus. Denn Millionen Briten leiden seit der Finanzkrise 2008 unter dem radikalen Sparkurs der Tories, die 2010 an die Regierung kamen. Ein einfacher Beleg für die wachsende Verarmung der ohnehin Geringverdienenden ist die Zahl der Suppenküchen, die im ganzen Land ständig zunimmt.

**Knappe Mehrheit gegen Brexit** Seit Monaten schon gibt es laut Umfragen eine knappe, aber stabile Mehrheit für den Verbleib in der EU. Daraus abzuleiten, dass die Mehrheit der Briten einer Anti-Brexit-Partei die Stimme gibt, wäre jedoch falsch. Denn die juristische Anbindung an den Kontinent ist nicht das einzige Thema im Wahlkampf – zum großen Bedauern von Boris Johnson, dessen gesamte Rhetorik auf dem Slogan „Let’s get Brexit done“ („Lasst uns den Brexit erledigen“) fußt. Als der Konservative beim ersten TV-Duell Mitte November gegen Labour-Chef Jeremy Corbyn antrat, versuchte er jede Frage der Moderatorin in eine Brexit-Antwort umzumünzen. Am Ende musste er sogar über sich selbst lachen, als er entschuldigend zur Moderatorin sagte: „Ich weiß, Julie, ich

soll es nicht noch mal sagen – aber wir müssen den Brexit hinter uns bringen!“ Labour weiß derzeit sehr gut, dass die Menschen im Königreich noch ganz andere Sorgen haben. An erster Stelle steht der staatliche Gesundheitsversorger NHS. Er ist den Briten sakrosankt. Eingeführt nach dem Zweiten Weltkrieg von Labour-Premier Clement Attlee, stehen die Tories von jeher unter dem Verdacht, den Gesundheitsversorger nicht ehrlich zu lieben. In diesem Wissen trieb Corbyn seinen Rivalen Johnson in den vergangenen Tagen in die Enge. Der Labour-Chef präsentierte ein Papier, das Gespräche zwischen britischen Offiziellen und Vertretern der US-Regierung über Handelsbeziehungen nach dem Brexit dokumentiert. „Wir haben jetzt den Beweis, dass Boris Johnson die NHS auf den Verhandlungstisch gelegt hat und verkaufen will“, erklärte der Sozialist. Das steht für viele Briten gleich mit Volksverrat.

Weil die große Mehrheit der Briten Johnson nicht traut, stoßen dessen gegenteilige Beteuerungen bei vielen Wählern auf taube Ohren. Weshalb der Premier auf Corbys Schwachstelle abzielt: Vorwürfe des Antisemitismus. Mitte vergangener Woche rief der britische Oberrabbiner Ephraim Mirvis in der „Times“ dazu auf, Labour nicht die Stimme zu geben. Justin Welby, Erzbischof von Canterbury und Oberhaupt der anglikanischen Kirche, pflichtete ihm bei.

**Radikale Vorschläge** Die Schlagzeilen um die anhaltenden Antisemitismus-Vorwürfe gegen Labour lenkten zum Unmut der Partei vom Wahlprogramm der Linken ab. Corbys Vorschläge sind radikal. Er will die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen und die Bahn und Teile der Energie- und Wasserversorgung zurück in staatliche Hand bringen. Auch die Telekommunikationsbranche steht stückweise im Visier. Bei seinen Stammwählern lösen solche Versprechen Begeisterung aus. Denn Millionen Briten leiden seit der Finanzkrise 2008 unter dem radikalen Sparkurs der Tories, die 2010 an die Regierung kamen. Ein einfacher Beleg für die wachsende Verarmung der ohnehin Geringverdienenden ist die Zahl der Suppenküchen, die im ganzen Land ständig zunimmt.

Treffen die jüngsten Umfragen zu, wird Labour trotzdem nicht zurück an die Macht kommen. Die Tories hingegen würden bald ein Jahrzehnt die Downing Street besetzen. Das würde keineswegs eine Rückkehr des Königreichs in ruhiges Fahrwasser bedeuten. Die schottischen Nationalisten unter Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon werden mit Wucht gegen den EU-Austritt aufbegehren. Gleichzeitig steht Johnson fortan unter dem massiven Druck, bis Ende 2020, wenn die Übergangszeit ausläuft, einen umfassenden Handelsvertrag mit der EU auszuhandeln.

**Die Tories könnten bald ein Jahrzehnt die Downing Street besetzen.**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Die juristische Anbindung an die EU ist nicht das einzige Thema im Wahlkampf.

Die Tories könnten bald ein Jahrzehnt die Downing Street besetzen.

Anzeige

**Das Web-Adressbuch für Deutschland 2020**

## Die 5.000 besten Web-Seiten aus dem Internet!

<p>„Das bessere Google.“ <b>AUGSBURGER ALLGEMEINE</b></p> <p>„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“ <b>COMPUTER BILD</b></p> <p>„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitätsgeprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“ <b>FRANKFURTER NEUE PRESSE</b></p> <p>„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“ <b>BILD.de</b></p>	<p>„Unverzichtbares Standardwerk.“ <b>MÜNCHNER MERKUR</b></p> <p>„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“ <b>STUTTGARTER ZEITUNG</b></p> <p>„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“ <b>BERLINER MORGENPOST</b></p> <p>„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google &amp; Co. nicht als Treffer anzeigen.“ <b>BAYERN 3</b></p>	<p>„Die Alternative zu Google &amp; Co.“ <b>HAMBURGER ABENDBLATT</b></p> <p>„An die Vorauswahl der Redaktion kommen die Algorithmen von Google &amp; Co. nicht ran.“ <b>PC MAGAZIN</b></p> <p>„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“ <b>OFFENBURGER TAGEBLATT</b></p> <p>„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“ <b>THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG</b></p>
--	--	--

**Weitere Informationen: [www.web-adressbuch.de](http://www.web-adressbuch.de)**

576 Seiten • Viele farbige Abbildungen • Überall im Buchhandel erhältlich • 23. Auflage • ISBN 978-3-934517-53-0 • € 19,95 **m.w. VERLAG**



**AUFGEKEHRT**

**Doppelspitze im Trend**

In der Politik kann die Spitze nicht immer überzeugen, deswegen geht der Trend in Parteien und Fraktionen zur Doppelspitze: Ist die eine Spitze stumpf, zieht vielleicht die andere. Die Sache hat noch einen anderen Vorteil: Bekämpfen sich die Parteifreunde im Streit um die Pfründe mal wieder bis zum Hörsturz, bekommt einfach jeder „Flügel“ seinen Spitzenposten, schon ist Harmonie.

Die Grünen haben als parlamentarische Versuchskaninchen die Doppelspitze in ihrem Repertoire fest verankert, was den Verdacht nährt, die Parteispitzen Baerbock und Habeck könnten sich demnächst die Kanzlerschaft redlich teilen. Auch die SPD ist scharf auf Doppelspitze, was sicher damit zu tun hat, dass niemand den Laden allein auf dem Gewissen haben will, wenn es bei der Bundestagswahl um die Fünf-Prozent-Hürde geht. Bei der CDU ist hingegen alles wie immer: Eine vorne, der Rest in Reihe dahinter. Vorne ist AKK, die es beim Leipziger Parteitag geschafft hat, die Kollegen erst stundenlang anzuoeden und sie dann im Dämmerlicht mit der Alles-oder-Nichts-Frage zu überfallen. Bis die schockgefrosten Delegierten sich von der Attacke erholt hatten, waren die Mikros abgebaut. Die unfreiwillige Doppelspitze mit Kanzlerin Merkel ist im Grabenkampf freilich schon deutlich eingeknickt.

Charismatische Doppel haben immer fasziniert: Man denke an Ernie und Bert, Bonnie und Clyde oder Siegfried und Roy. Abseits vom Streit war doch stets pure Harmonie. Aber bitte: Alles Anfänger im Vergleich zum Alleinunterhalter Hans Rosenthal. Wenn der im Fernsehen „das war spitze“ rief, war die halbe Republik sich einig und tagelang aus dem Häuschen. *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 30 JAHREN...**

**Beweise und Akten sichern**

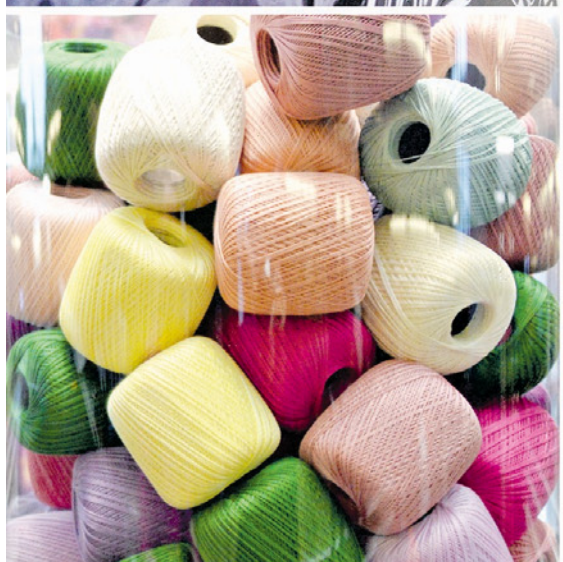
**4.12.1989: Sturm auf die Stasi-Zentralen.** Erfurt, 4. Dezember 1989, neun Uhr: Hunderte Demonstranten versammelten sich vor dem Bezirksamt des inzwischen in Amt für Nationale Sicherheit umbenannten Ministeriums für Staatssicherheit, über dem seit Tagen Rauchschwaden hängen. Zunächst blockierten sie die Eingänge, kontrollierten die Taschen der Mitarbeiter. Im Laufe



Ein Staatsanwalt verschließt 1989 Akten-schränke bei der Erfurter Staatssicherheit.

des Vormittags verschafften sich rund 300 Zugang zu dem Gebäude. Der Bezirksamtsleiter kabela nach Ost-Berlin: Die Demonstranten hätten „den Staatsanwalt des Bezirkes über ihre Absicht, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Amt für Nationale Sicherheit vor Vernichtung zu bewahren, in Kenntnis gesetzt“. Jahrzehntlang hatte die Stasi Hunderttausende Menschen bespitzelt. In der Wendezeit gerieten die Spitzel selbst ins Visier: Szenen wie in Erfurt spielten sich am 4. Dezember 1989 in mehreren Städten vor den Stasi-Liegenschaften ab. Die Demonstranten wollten verhindern, dass Akten vernichtet oder aus den Gebäuden geschafft wurden. In Leipzig etwa protestierten Tausende, skandierten „Aufmachen! Aufmachen!“. Vom Balkon über dem Haupteingang informierte schließlich ein Sprecher des „Neuen Forums“ die Menge per Megafon, dass die Bürgerbewegung „das Gebäude unter Kontrolle genommen“ habe. Die Akten würden jetzt gesichert. Unterdessen arbeitete die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße weiter. Am 15. Januar 1990 wurde auch sie gestürmt. Im August 1990 verabschiedete die Volkskammer ein Gesetz, das die Vernichtung der rund sechs Millionen Stasi-Akten verbot. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG »FASZINATION GEHIRN«**



Faszinierend, geheimnisvoll und komplex: Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) eröffnete die Ausstellung zum Gehirn, die den Besuchern neueste wissenschaftliche Erkenntnisse mithilfe von Simulationen, 3D-Bildern und Ausstellungsstücken näher bringt.



**»Ein Projekt der Hoffnung«**

Katrin Amunts zeigt auf ein etwa 1,70 Meter großes Glasgefäß, das mit dutzenden Rollen buntem Garn gefüllt ist. „Wir haben berechnet, wie viele dieser Säulen mit Garn es bräuchte, um all das, was im Gehirn passiert, sichtbar zu machen“, erklärt sie Besuchern der Ausstellung „Faszination Gehirn – das Human Brain Project“ im Berliner Paul-Lobe-Haus. Das Ergebnis: 200 gefüllte Glasgefäße und damit rund drei Millionen Kilometer Garn. „Wir haben noch drei Mal nachgerechnet, aber das ist in etwa die Zahl, die sich an Verkabelung im Gehirn findet“, sagte Amunts, die Direktorin des Instituts für Neurowissenschaften und Medizin am Forschungszentrum Jülich ist, bei der Ausstellungseröffnung vergangene Woche.

Das Human Brain Project ist mit einer Milliarde Euro Fördersumme eines der größten Forschungsvorhaben der Europäischen Union. Ziel ist es, das komplette menschliche Gehirn möglichst detailgetreu von der einzelnen Zelle bis zum Zusammenwirken von Hirnarealen auf einem Supercomputer zu simulieren. Ein virtuelles Modell eines Gehirns soll es zukünftig erleichtern, die Struktur und Ar-

beitsweise des gesunden und erkrankten Gehirns zu verstehen. „Es ist der Tag nicht fern, da mag die Rechenleistung der Maschinen besser sein als die Rechenleistung des Gehirns“, sagte Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU). Das Human Brain Project sei nicht nur ein großes Projekt für die Wissenschaft, sondern auch politisch bedeutsam. „Es ist ein Projekt der Hoffnung, etwa für Menschen, die darauf hoffen, dass Krankheiten geheilt werden“, sagte Friedrich. Er freue sich daher, dass die Ausstellung Informationen zu einem der größten Geheimnisse der Menschheit für alle Menschen zugänglich mache. Vom Forschungszentrum Jülich konzipiert, beschließt sich die Ausstellung im Bundestag mit der Schnittstelle von Neurowissenschaft, Medizin und Technologie, zeigt Bilder, Filme und Simulationen. Dutzende Fakten dazu, was die Leistungsfähigkeit des Gehirns ausmacht, wie Erkrankungen entstehen und was aus der Hirnforschung für künstliche Intelligenz, leistungsstarke „Supercomputer“ und Robotik gelernt werden kann, sind Teil der eigens entwickelten Ausstellung.

„Die Ausstellung ist so etwas wie ein Showroom für Wissenschaft“, betonte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Ernst Dieter Rossmann (SPD). Da der Ausschuss der Treuhänder der Parlamentarier für Technikfolgenabschätzung sei, begrüße er es, dass auf den Informationstafeln immer auch ethische Dimensionen miterhandelt werden. „Es reicht heute nicht mehr aus, als einzelnes Institut oder Forschungszentrum zu operieren. Es braucht ein europäisches Netzwerk, um die Komplexität des Gehirns zu entschlüsseln“, verdeutlichte Forscherin Amunts. Das Projekt bringt daher Expertenwissen von 131 europäischen Partnerinstitutionen aus 19 Ländern zusammen. Ziel sei es, dass die Forschungsinfrastruktur über den Projektzeitraum 2023 hinaus bestehen bleibe. *Lisa Brüßler*

Die Ausstellung kann noch bis zum 19. Dezember 2019 wochentags zwischen 9 und 17 Uhr besichtigt werden. Informationen zur Anmeldung sind telefonisch unter 030/227-38883 oder unter [www.bundestag.de/parlamentarische\\_ausstellung](http://www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung) erhältlich.

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 47-48 vom 18. November 2019, „Wenn weniger mehr wäre“ auf Seite 5:**

Allein schon die Aussage von Mahmut Özdemir (SPD) „Kürzen bei den Direktwahlkreisen heißt kürzen bei der Direkten Demokratie“ zeigt doch, dass er in dieser Sache als Parlamentarier reformunwillig ist. Abgesehen davon ist Deutschland eine repräsentative Demokratie und keine direkte Demokratie, wie etwa die Schweiz. Wenn sich Herr Özdemir jetzt in seinem Wahlkreis mit den annähernd 160.000 Wahlberechtigten um die Erreichbarkeit der Wähler sorgt, der bei der Verringerung der Anzahl der Wahlkreise dann entsprechend mehr Wahlberechtigte hätte, ist das sehr fadenscheinig. Denn wie viele der Wahlberechtigten hat er denn während der Wahlperiode in seinem verhältnismäßig kleinen Wahlkreis in einem persönlichen Kontakt erreicht?

Im Durchschnitt liegt die Wahlkreisgröße bei 200.000 Wahlberechtigten. Sollte es wirklich einmal zu einer Neufestlegung der Bundestagsgröße kommen, so würden auch die anvisierten 250 Wahlkreise keine konstante Anzahl von Bundestagsabgeordneten hervorbringen. Erst eine radikale Verringerung der Direktwahlkreise auf 200 erzeugt keine Überhang- und Ausgleichsmandate. Das Verhältnis von Erst- zu Zweitstimme wäre dann eben 1:2. Über die Erststimme kämen 200 Direktkandidaten und mit der Zweitstimme 400 Abgeordnete über die Landeslisten in den Bundestag. Der Bundestag würde anstatt der ursprünglichen Normalgröße von 598 eben 600 Abgeordnete haben. Die Wahlkreise hätten dann durchschnittlich 300.000 Wahlberechtigte. Das sollte den Direktkandidaten aber mit den heutigen Kommunikationswegen und der Bereitschaft der Gesellschaft für digitale Kanäle keine Probleme bereiten. Wenn im Bundestag laufend von digitaler Kompetenz geredet wird, so könnten die Abgeordneten diese auch nutzen, um ihre möglichen Wähler zu erreichen. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

**Zur Ausgabe 47-48 vom 18. November 2019, „Der erste Schritt ist gemacht“ auf Seite 1:**

Auf jedes Dach in Deutschland gehört eine Fotovoltaik-Anlage. Damit wäre schon sehr viel, wenn nicht sogar alles, gewonnen. Ein „noch mehr“ an Windkraftanlagen, wo auch immer sie dann hingebaut werden, sieht oftmals ungesund aus, stört in der Landschaft und ist zudem eine Killeranlage für Vögel und weitere Tierarten. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

**FDP-Politiker Schulz gestorben**

Die FDP hat einen ihrer profiliertesten Digitalpolitiker verloren. Am 25. November starb Jimmy Schulz (FDP) nach längerer Krankheit im Alter von 51 Jahren. Schulz hatte sein Krebsleiden zuvor öffentlich gemacht. Seit Januar 2018 leitete er den Ausschuss Digitale Agenda. Er galt weit über seine Partei hinaus als anerkannter Fachmann für Netzpolitik. Schulz war von 2009 bis 2013 und seit 2017 Bundestagsabgeordneter und zuletzt Mitglied im Fraktionsvorstand. Der Politologe und Unternehmer aus Hohenbrunn/Kreis München trat 2000 der FDP bei. Von 2012 bis 2018 leitete er den FDP-Bezirk Oberbayern, zu dessen Ehrenvorsitzenden er in diesem Jahr ernannt wurde. Von 2013 bis Juni 2019 gehörte Schulz zudem dem FDP-Bundesvorstand an. *bmh*



**SEITENBLICKE**



**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 11. – 13.12.2019**

Betriebsrenten (Do)  
Aufstiegsfortbildungsförderung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 16. Dezember.

**PERSONALIA**

**>Rudolf Schöfberger †**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD**

Rudolf Schöfberger starb am 9. November im Alter von 84 Jahren. Der Rechtsanwalt aus München trat 1959 der SPD bei und amtierte von 1985 bis 1991 als bayerischer Landesvorsitzender. Von 1966 bis 1972 gehörte der Sozialdemokrat dem Bayerischen Landtag an. Im Bundestag arbeitete Schöfberger vorwiegend im Rechtsausschuss mit.

**>Fritz-Joachim Gnädinger †**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1976, 1980-1983, SPD**

Am 12. November starb Fritz-Joachim Gnädinger im Alter von 81 Jahren. Der Staatsanwalt aus Konstanz, seit 1957 SPD-Mitglied, gehörte von 1971 bis 1975 dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Gnädinger wirkte im Bundestag im Rechtsausschuss mit und amtierte von 1973 bis 1976 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

**>Gerhard O. Pfeffermann †**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1993, CDU**

Am 14. November starb Gerhard O. Pfeffermann im Alter von 83 Jahren. Der Ingenieur aus Darmstadt trat 1955 der CDU bei, war von 1969 bis 1994 Kreisvorsitzender sowie von 1967 bis 2001 Stadtverordneter. Von 1993 bis 1997 amtierte er als Staatssekretär im Bundespostministerium. Pfeffermann wirkte vorwiegend im Postausschuss mit.

**>Edeltraut Töpfer**  
**Bundestagsabgeordnete 1998-2005, CDU**

Edeltraut Töpfer wird am 5. Dezember 70 Jahre alt. Die Richterin aus Berlin trat 1992 der CDU bei, war seit 1996 Landesvorsitzende der Frauen-Union Berlin und Mitglied im Bundesvorstand. Töpfer arbeitet im Tourismusausschuss mit.

**>Maria Michalk**  
**Bundestagsabgeordnete 1990, 1991-1994, 2002-2017, CDU**

Maria Michalk wird am 6. Dezember 70 Jahre alt. Die Industriekauffrau aus Spreewiese/Lichan im Kreis Bautzen trat 1972 der CDU in der DDR bei, war von 1992 bis 2007 Vorsitzende des Kreisvorstands Bautzen und von 1996 bis 2001 Landesvorsitzende der Frauen-Union in Sachsen. Michalk gehörte u.a. dem Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie dem Gesundheitsausschuss an. Sie engagierte sich ferner für sorbische Kulturbelange. 1990 war sie Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer.

**>Rolf Kramer**  
**Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD**

Am 9. Dezember wird Rolf Kramer 70 Jahre alt. Der Berufsschullehrer aus Diepholz trat 1981 der SPD bei, war von 1999 bis 2009 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und von 1991 bis 2007 Stadtrat. Im Bundestag wirkte Kramer im Verteidigungsausschuss mit.

**>Hermann Schätz**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD**

Hermann Schätz begeht am 10. Dezember seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Traunstein trat 1965 der SPD bei, war über 25 Jahre dort Stadtverordneter und von 1972 bis 1990 Kreisrat. Schätz engagierte sich im Bildungs- sowie im Postausschuss.

**>Hans Daniels**  
**Bundestagsabgeordneter 1983-1990, CDU**

Am 11. Dezember vollendet Hans Daniels sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt und Notar aus Bonn trat 1955 der CDU bei. Von 1961 bis 1999 war er dort Ratsherr und von 1975 bis 1994 Oberbürgermeister. Von 1970 bis 1983 gehörte Daniels dem Landtag in NRW an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Bonn arbeitete im Bundestag im Städtebauausschuss mit.

**>Michael Glos**  
**Bundestagsabgeordneter 1976-2013, CSU**

Am 14. Dezember vollendet Michael Glos sein 75. Lebensjahr. Der Müllermeister aus Prichsenstadt/Kreis Kitzingen trat 1970 der CSU bei, war von 1993 bis 2011 Vorsitzender des Bezirksverbands Unterfranken und gehörte von 1993 bis 2011 dem Vorstand bzw. bis 2009 dem CSU-Präsidium an. Von 1972 bis 1993 war er Kreisrat in Kitzingen. Der Direktkandidat des Wahlkreises Schweinfurt-Kitzingen amtierte von 1993 bis 2005 als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, so lange wie kein anderer davor und bisher keiner danach. Von November 2005 bis Februar 2009 war Glos zudem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

**>Hans-Hinrich Knaape**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD**

Hans-Hinrich Knaape begeht am 16. Dezember seinen 85. Geburtstag. Der Mediziner aus Brandenburg trat 1990 der SPD bei. Der Direktkandidat des Wahlkreises Brandenburg – Belzig wirkte im Bundestag im Gesundheitsausschuss mit. *bmh*





Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

### Wir werden Jimmy Schulz ein ehrendes Andenken bewahren



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundestagspräsident

Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet. Gestern ist

unser Kollege Jimmy Schulz verstorben. Im Alter von nur 51 Jahren. Er hinterlässt seine Frau und drei Kinder – ihnen gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Jimmy Schulz ist sehr offen mit seiner schweren Krankheit umgegangen. Das entsprach seinem Naturell – er war unerschrocken, begeisterungsfähig, voller Elan. Er hat sich auch mit seinem Leiden nicht zurückgezogen, er machte die Diagnose seiner Ärzte öffentlich und setzte seine politische Mission mit aller Energie fort. Nach Kräften brachte er sich bis zuletzt in den Ausschuss Digitale Agenda, dem er vorsah, und in die aktuelle Debatte um die Netzfreiheit und Netzsicherheit ein.

Wer ihn in dieser Zeit erlebte, spürte, dass Jimmy Schulz gerade auch aus der parlamentarischen Arbeit Freude und Kraft bezog. Vor allem hat er uns viel gegeben – indem er zeigte, wie man im Angesicht des nahenden Todes sich voller Tatendrang für seine Sache weiter engagieren, sogar nach neuen Möglichkeiten der parlamentarischen Teilhabe suchen kann. Mich hat es tief berührt, der feste Wille hat uns alle bereichert.

Seine besondere Leidenschaft galt der Netzpolitik – es ist des-

halb nicht ohne Symbolik, dass sein Tod ausgerechnet in die Woche fällt, in der in Berlin Vertreter aus aller Welt zum Internet Governance Forum zusammenkommen, um sich über die digitale Zukunft auszutauschen. Ein Ereignis, für das Jimmy Schulz bis zuletzt gearbeitet hat.

Bereits in der 17. Wahlperiode gestaltete er als Obmann der FDP-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft und im Unterausschuss Neue Medien die Digitalpolitik im Deutschen Bundestag mit. Früher als viele andere hat er die Chance, aber auch

die Risiken der Informationstechnologie für unsere Freiheitsrechte erkannt. Konsequenterweise beschritt er alle in unserem Rechtsstaat gangbaren Wege, um ungezügelter Aktivitäten privater Unternehmen

oder staatlicher Grenzüberschreitungen Herr zu werden.

Als überzeugter Liberaler strebte Jimmy Schulz nach einer Balance zwischen der Freiheit im Netz und dem Schutz des Individuums. Diese Aufgabe ist ein bleibende, sie geht jetzt auf uns über. Wir sind aufgefordert, in seinem Sinn die Digitalisierung tatkräftig zu fördern und zugleich aufmerksam über die Freiheitsrechte jedes Einzelnen zu wachen.

Viele von uns verlieren mit Jimmy Schulz nicht nur einen hoch geachteten Kollegen, sondern einen Mitstreiter; nicht wenige einen Freund. Er hat sich um unsere parlamentarische Demokratie verdient gemacht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und bei seinen Kindern. Wir sprechen ihnen und allen Angehörigen unsere Anteilnahme aus.

Ich darf Sie bitten, sich zu seinem Gedenken zu erheben.

**Er hat sich um unsere parlamentarische Demokratie verdient gemacht.**

Peter Boehringer, AfD:

### Superleere Kassen und schlagende Megarisiken



Peter Boehringer (\*1969)  
Landesliste Bayern

Wir werden von den Koalitionsrednern gleich hören, wie seriös das vorliegende Haushaltsgesetz doch sei. Doch die Realität ist eine völlig andere: Die Regierung profitiert von historisch einmaligen Sondereffekten. Sie unterschlägt

erneut gewaltige Risiken. Sie wirtschaftert auf Kosten späterer Generationen und auf Substanz. Und man arbeitet mit Etikettenschwindel und Ideologie.

Die Steuereinnahmen sind eine nachlaufende Größe. Sie sind noch immer hoch; doch die gängige Ideologiepolitik der Regierung gegen deutsche Schlüsselindustrien – und übrigens auch gegen die heute demonstrierenden Landwirte hier draußen – wird am Arbeitsmarkt und im Haushalt ein Desaster anrichten.

Der Finanzminister profitiert schon seit Jahren von der Nullzinspolitik der EZB. Sie ist faktisch monetäre Staatsfinanzierung. Die EZB fährt ein Konjunkturdauerprogramm, das über Mehrkonsum zu rekordhohen Steuereinnahmen und zu rekordgeringem Zinsaufwand im Haushalt führt. Der

Bund spart so Dutzende Milliarden Euro pro Jahr auf Kosten der Bürger; denn dieser Ausnahmezustand enteignet die Sparer und Rentner. Das ist die Kehrseite der durch die Nullzinsen kaputtgeschlagenen Altersvorsorge der Menschen. Es ist unanständig, dass die GroKo wortreich eine sogenannte soziale Grundrente plant, während im Nullzinsregime die Hauptursache der kommenden asozialen Altersarmut liegt, von dem die Regierung hier und heute massiv profitiert.

Dabei ist es reine Heuchelei, wenn die Herren Söder und Dörner nun Negativzinsen verbieten oder dem Sparer demonstrativ erstatten wollen. Ausgerechnet die CSU predigt diese steuerfinanzierte Planwirtschaft und weiß doch ganz genau, dass sie damit nur die Folgen einer Politik mildern wür-

de, die die Regierung selbst braucht, um den Haushalt wenigstens scheinbar ausgeglichen zu halten. Es läuft hier wie schon beim Integrationsaktionismus der Regierung seit 2015 als Folge der Grenzauflösung: Symbol- und Sympompolitik ersetzen das Angehen der Ursachen, die man selbst geschaffen hat.

Hier ein aktueller Realitätscheck der Regierungspolitik: Negativzinsen werden tatsächlich bereits rückerstattet – über 153 Millionen Euro im Haushalt –, allerdings nur dem ESM, dem deutschen Sparer natürlich nicht. Das sakrosankte EU-ropa wird immer schadlos gehalten.

Selbst in der Anleiheemissionspolitik der Regierung gibt es milliardenschwere Unseriosität: Ohne Not werden teure Altanleihen aufgestockt. Damit werden heute hohe Agios generiert und auch sofort im 2020er-Haushalt verplant – zuzulasten zu hoher Zinszahlungen der Steuerbürger in der Zukunft. So entstehen zudem willkürliche, missbräuchliche Fehlplanungen. Die schwarze Null wurde vom BMF in der Bereinigungssitzung um 4 Uhr nachts herbeigerechnet

durch Milliardenkorrekturen bei ebendiesem Anleiheagios. Der Finanzminister will auf geduldigem Papier den Schein der Haushaltsolidität aufrechterhalten.

Beim Soli nimmt man ein juristisches Debakel in Kauf. Der Soli wird ab 2020 keine Rechtsgrundlage mehr haben. Das Haushaltsrisiko beträgt im kommenden Jahr bereits 20 Milliarden und insgesamt über 55 Milliarden Euro – ein Desaster für kommende Steuerzahler. Der Finanzminister weiß das auch ganz genau; er ignoriert es aber nach dem Motto „Nach uns, also nach unserer Amtsperi-

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



ode, das Urteil und die Sintflut“.

Beim berühmten Klimapaket der Regierung erleben wir Volksverdummung. Man wiederholt ständig das ideologische Glaubensbekenntnis, das deutsche menschengemachte CO<sub>2</sub> sei monokausal hauptverantwortlich für den kommenden klimatischen Weltuntergang – eine Behauptung ohne wissenschaftliche Grundlage; denn es gibt kein Modell – auch wenn jetzt Murren kommt –, das aus welcher auch immer gewählten Reduktion des deutschen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes irgendeine messbare Änderung der Erdtemperatur errechnet.

Minister Scholz verpackt die unseriöse CO<sub>2</sub>-Politik darum in die absurde Formel: Wir tun es, weil

wir es können. – Gedacht war das – ich weiß es, Herr Scholz – als ein Appell an deutsche Ingenieure. Doch selbst diese können nicht gegen chemisch-physikalische Naturgesetze ankommen, was aber die deutsche Politik ernsthaft verlangt, zum Beispiel vom wichtigsten Arbeitgeber Deutschlands, der Automobilindustrie, und sogar von den völlig CO<sub>2</sub>-freien Dieselherstellern.

Deutsche Ingenieure können auch nicht gegen das massiv CO<sub>2</sub>-steigernde Bevölkerungswachstum in Afrika, Asien und

Arabien ankommen. Das autochthone Deutschland würde seinen – mit nur 2 Prozent ohnehin im Weltmaßstab recht irrelevanten – CO<sub>2</sub>-Ausstoß demografiebedingt in nur einer Generation um ein Drittel verringern, ohne jeden politischen Eingriff in Form eines Klimapaketes, alleine nur durch ein Wiederherstellen von Grenzen gegen illegale Einwande-

lung.

Noch immer enthält der Haushalt die illegitim aufgehäufte Asylrücklage. Nur durch eine 10-Milliarden-Entnahme daraus war die

schwarze Null wenigstens nominal sicherbar. Die heute in der Rücklage noch vorhandenen 35 Milliarden Euro werden 2021 – darauf wette ich – fast komplett aufgebraucht sein; denn dann ist ja die Legislaturperiode zu Ende.

Trotz dieser Tricks ertönt bei der Großen Koalition ernsthaft der Ruf nach neuen Steuern, noch dazu nach falsch etikettierten. Die geplante Finanztransaktionsteuer etwa sollte eigentlich „Aktiensteuer“ heißen; denn sie wird nur die deutschen Kleinsparer treffen, die Aktien zur Altersvorsorge halten, was in Zeiten des Nullzins ja fast alternativlos geworden ist. Wo soll denn sonst noch Rendite herkommen? Internationale Hedgeregierungsfonds und institutionelle Deri-

vatezocker werden diese Steuer dagegen nicht zahlen. Und das Ganze schimpft sich dann „gerechte SPD-Politik für den kleinen Mann“. Auf der Ausgabenseite des Haushalts werden viele Großrisiken einfach ignoriert. Zu der langen Liste komme ich dann am Freitag. Das Fazit wird sich dann aber nicht ändern: Nach uns die Sintflut bzw. superleere Kassen und schlagende Megarisiken – das ist die Politik dieser hochseriösen Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Kahrs, SPD:

## Wir betreiben eine verlässliche, solide Haushaltspolitik



Johannes Kahrs (\*1963)  
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Der Kollege Boehringer hat hier seine üblichen Plattitüden und Verschwörungstheorien zum Besten gegeben. Wir wissen natürlich, dass das mit der Realität nichts zu tun hat. Insbesondere wenn man hier als Klimaleugner auftritt, hat man die letzten Jahre komplett verpennt. Aber das ist bei der AfD ja schon länger so. Ich glaube, die haben die letzten 70 oder 80 Jahre verpennt. Man wundert sich, wo Sie anknüpfen, und man wundert sich, was Sie hier so treiben.

Im Gegensatz dazu diese Bundesregierung: Bei dieser Bundesregierung muss man sich nicht wundern; diese Bundesregierung betreibt eine verlässliche, eine solide Haushaltspolitik. Daran sieht man, dass die Große Koalition funktioniert. Man sieht, dass wir in diesem Land die Dinge anpacken, die notwendig sind.

Wir legen den seit Langem größten Investitionshaushalt vor. Wir haben in dieser Koalition dafür gesorgt, dass in diesem Land investiert wird. Wir haben dafür gesorgt, dass die Probleme, die es

in diesem Land gibt, angegangen werden, dass das Geld, das für Investitionen zur Verfügung steht, auch abfließt. Wir haben die Schaffung von über 6.900 Stellen beschlossen, damit die Verwaltungen in die Lage versetzt werden, das, was wir hier beschließen, umzusetzen.

Wir werden Bauvorhaben beschleunigen. Wir werden dafür sorgen, dass wir die Infrastruktur – Straßen, Eisenbahnstrecken – schneller bauen können. Das werden wir mit der CDU/CSU machen. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir uns alle hier am Riemen reißen, um die entsprechenden Verfahren zügig durchzuführen.

Wir werden im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels nichts Großes bewegen können, wenn wir nicht in der Lage sind, sowohl im Baurecht als auch im Planungsrecht alles zu beschleunigen. Wir werden keinen Ausbau im Bereich der Windenergie hinbekommen, wir werden keinen Ausbau der Stromleitungen für den Transport dieser Energie von A nach B hinbekommen und wir werden es nicht hinbekommen, regenerative Energie dort zu gewinnen, wo wir das wollen, wenn wir Planungsrechte, Baurechte und anderes nicht so eindampfen, dass es am Ende funktioniert.

Diese Investitionen, die wir hier aufsetzen, das, was wir investieren, das muss vor Ort wirken können, und die Mittel dürfen nicht wieder an den Bund zurückfließen. Deswegen ist dieser Bundeshaushalt in vielen Punkten ein guter. Wir investieren.

Gleichzeitig schaffen wir neue

Stellen, und – dafür ist Olaf Scholz zu danken; das ist die sozialdemokratische Handschrift – wir entfristen Stellen – denn Menschen, die befristete Arbeitsplätze haben, suchen sich neue Stellen, gehen weg, wodurch die Behörden gute Leute verlieren –, und wir haben Stellen, weil auch der Bund nicht überall satisfaktionsfähig ist. Hier muss die Bundesregierung an manchen Stellen aber noch aus dem Quark kommen. Es kann nicht angehen, dass wir glauben, dass wir Ingenieure mit einer E11-Stelle gewinnen können. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass wir als Bund besser bezahlen können, damit das am Ende funktioniert.

Olaf Scholz hat es gesagt – das ist von meinem Vorredner schon angesprochen worden -: Warum gehen wir die Bekämpfung des

Klimawandels an? Warum haben wir ein Klimakonzept? Weil wir es können! – Wir als Deutsche können es. Wir sind technisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich dazu in der Lage, der Welt ein Vorbild zu bieten. Dazu muss man aber eben aus dem Quark kommen.

Man darf nicht wie die AfD in der Jammerecke hocken und nur nölen, sondern man muss schaffen, man muss machen. Diesem Klimawandel kann man begegnen. Wir haben ein Klimapaket aufgelegt, das großartig ist, weil es drei Dinge zusammenbringt: Wir bekämpfen den Klimawandel, wir tun das sozial gerecht, und wir machen das wirtschaftlich vernünftig.

Es bringt niemandem was, wenn, wie bei mir in Mümmelmannsberg, die Mieter in der zwölften Etage Mietnebenkosten haben, die höher sind als die eigentliche Miete. Dass ihre Energierechnung explodiert, ist nicht das, was sich die Menschen unter der

Bekämpfung des Klimawandels vorstellen. Niemand kann sich vorstellen, dass wir Millionen von Arbeitsplätzen abschaffen, die Wirtschaft gegen die Wand fahren, Millionen Arbeitslose schaffen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Das muss vernünftig und wirtschaftlich ausgerichtet sein, sozial in der Praxis sein und vor Ort auch ankommen. Nur dann funktioniert das. Das schafft nur diese Große Koalition. Die Grünen schaffen das nur auf der

einen Seite, die AfD quengelt, und die FDP schafft vielleicht ein bisschen auf der anderen Seite. Es braucht jemanden, der es in diesem Land zusammenführt. Das ist diese Große Koalition. Das machen wir mit diesem Haushalt.

Deswegen: Glück auf und weiter so!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Die Regierung profitiert von historisch einmaligen Sondereffekten.**

**Wir müssen dafür sorgen, dass wir als Bund besser bezahlen können.**



Was für die Regierung eine schwarze Null ist, bedeutet für die Opposition eine rote Null.

© picture-alliance



Otto Fricke, FDP:

## Keine Zukunft mit einem solchen Haushalt



Otto Fricke (\*1965)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist schon bemerkenswert: Man denkt eigentlich, man könne bei derselben Leier bleiben; es ist wieder ein Weiter-so. Auf den ersten Blick sieht es auch so aus. Diese Koalition redet über alles Mögliche, nur nicht über die Wirtschaft; man hat es gerade beim Kollegen Kahrs erlebt. Die Frage der Kurzarbeit, die Frage der Ängste um Arbeitsplätze, die Frage des Wirtschaftswachstums, die Frage der Industrieproduktion, die Frage der Auftragseingänge – nein, das hat nichts mit dem Haushalt für das nächste Jahr zu tun. Man macht einfach weiter so.

So sieht es dann auch aus, wenn man sich den Haushalt anschaut. Der Digitalfonds ist unterfinanziert. Wissen Sie, wie viel mehr Sie im Bildungsbereich – Achtung: die Zukunfts-Große-Koalition – im Haushalt 2020 gegenüber dem Haushalt 2019 vorgesehen haben? Sattete 18,9 Millionen Euro. Das heißt, wenn wir mal ganz ehrlich sind: Sie bekommen bei niedrigster Inflation noch nicht einmal den Inflationsausgleich hin. Das ist das Bild, das Sie mit diesem Haushalt abgeben. Das ist nicht mehr ein Weiter-so, sondern das sind inzwischen riesige Schritte rückwärts.

Ich höre jetzt aus den Reihen der SPD, ich würde ein Zerrbild zeichnen. Dazu kann ich nur sagen: Vielleicht sollten Sie sich überlegen, dass Sie das ganze aus der falschen Perspektive sehen.

Sie sehen es nämlich aus der Perspektive, die sich auch in der Bereinigungssitzung wieder gezeigt hat. Das finde ich sehr interessant. Wir haben in der Bereinigungssitzung – sie dauerte bis morgens um 5 Uhr – noch einmal Erhöhungen bekommen. Dann denkt man, dass das fair verteilt sein wird, etwa fifty-fifty. Was ist Fakt? Weil wir am Freitag das Ende einer Abstimmung bei der SPD

haben, haben die Sozialdemokraten von den ganzen 4,5 Milliarden Euro 82 Prozent bekommen und die CDU/CSU 18 Prozent. Auch das zeigt die verzerrte Perspektive, liebe SPD. Es geht hier nicht darum, Deutschland nach vorne zu bringen, sondern darum, eine Partei zu erhalten, damit die Große Koalition noch zwei Wochen lang irgendwie weiterwurschteln kann. Manchmal wünsche ich mir fast, dass der große sozialistische Philosoph Kevin Kühnert recht hat, wenn er sagt: Am Nikolaus ist GroKo-Aus.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist noch nicht einmal wirklich ausgeglichen. Es ist im Endeffekt ein Haushalt mit einer schwarzen Null auf Pump.

Das Erste ist, dass Sie an die Asylrücklage gehen. Das ist im Endeffekt so, als würde ein Privatbürger sagen: Mein Girokonto stimmt noch, alles ist gut. Ich nehme zwar noch mal 10 Milliarden Euro von meinem Kreditkartenkonto, hole das aus der Vergangenheit und verschulde mich aus der Vergangenheit heraus, aber eigentlich sind meine Finanzen ausgeglichen.

Zweiter Punkt. Eigentlich sagt jeder, dass man das nicht ansprechen darf: globale Minderausgabe. Ja, das ist etwas ganz Tolles. Herr Scholz sagt: So viel Geld gebe ich aus, und das ist eine schwarze Null. – Was sagt er dazwischen? Er sagt: Ach übrigens, von dem Geld, was ich euch für Brücken, für Straßen, für Gebäude und für die Eisenbahn zur Verfügung stelle, behalte ich einen kleinen Teil in der Tasche. Diesen dürft Ihr nicht wirklich ausgeben. – So machen Sie eine schwarze Null. Das ist keine schwarze Null, sondern das sind rote Zahlen, die Sie in Wirklichkeit produzieren.

Im Endeffekt muss man noch etwas anderes sehen: Dieser Haushalt rüttelt am Fundament. Warum stehen wir eigentlich bei den Zinsen so gut da? Wir stehen bei den Zinsen so gut da, weil man uns als Bundesrepublik Deutschland zutraut, dass wir in der Lage sind, jederzeit und immer, wenn es notwendig wäre, unsere Schulden zurückzuzahlen.

Ich muss an der Stelle wirklich sagen: Herr Minister, Sie haben da eine ganz wesentliche Aufgabe. Ich stimme Ihnen ja zu, dass es wichtig ist, Stabilität nach außen darzustellen. Aber glauben Sie denn, dass man sich diese Zahlen auf Dauer nicht genauer anschau-

en und dann sehen wird, was da auf uns zukommt? Glauben Sie wirklich, Sie können mit diesem Haushalt noch der Anker für Europa sein, der Deutschland eigentlich sein müsste? Nein, wir erleben Diskussionen – auch in Ihrer Partei, bei den Grünen und bei anderen –, in denen gesagt wird, dass wir auch einmal an die Schuldenbremse herangehen und mehr Verschuldung machen sollten. Wenn Sie da auch nur ein Jota über den Punkt hinausgehen, bei

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

## Klimaschutz ist eine gemeinsame Aufgabe im föderalen System



Eckhardt Rehberg (\*1954)  
Wahlkreis MSE II - LK Rostock III

Lieber Otto Fricke, 596 Anträge – das ist mehr Masse als Klasse. Von dir, Otto, habe ich hier schon bessere Reden gehört.

Erster Fake. Wir geben für Bildung und Forschung 18,3 Milliarden Euro aus. Ja, der Haushalt ist nur leicht angewachsen, weil erstens – das sollte man hier mit hinzufügen – die Kompensationszahlungen für den Hochschulbau jetzt im Bund-Länder-Finanzausgleich abgebildet sind und wir zweitens massive Minderbedarfe beim BAföG haben. Das macht round about 400 Millionen Euro aus. Das heißt, letztendlich ist dieser Haushalt um über 400 Millionen Euro angewachsen. Deswegen sollte man hier schon die ganze Wahrheit erzählen und nicht mit Fakes arbeiten – besonders nicht im digitalen Zeitalter.

Zweite Bemerkung. Wenn die FDP zufriedenstellt, dass nach ihrer Rechnung vier Fünftel zur SPD gegangen sind und ein Fünftel zur Union, kann ich dir, Otto, nur

dem das Vertrauen in Deutschland zerstört wird, dann rütteln Sie an dem Fundament Europas, der Europäischen Union und des Euro-Raums. Davor kann ich für meine Fraktion nur ausdrücklich warnen.

Die FDP-Fraktion hat mit ihren Änderungsanträgen gezeigt – es sind 596 Stück –, dass sie in der Lage ist, das Versprechen, das wir alle gegeben haben, nämlich den Soli zum 1. Januar 2020 vollständig abzuschaffen, einzuhalten. Die Große Koalition tut dies nicht. Sie riskiert lieber den Gang nach Karlsruhe mit allen Folgen, die dies haben könnte.

Zum Schluss möchte ich festhalten: Wir werden in Deutschland mit einem solchen Haushalt keine Zukunft bauen können. Wir werden mit einem solchen Haushalt niemals in der Lage sein, die An-

forderungen, die in Europa auf uns zukommen, auch nur einigermaßen zu bewältigen. Deswegen kann ich nur um eines bitten: Herr Minister, gehen Sie noch mal in sich; denn dieser Haushalt ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Kollege Kahrs, Sie sprachen vom Klimapaket; da kann ich nur lachen. Ihr eigenes Land und andere SPD-geführte Bundesländer werden diesem Klimapaket im Bundesrat die Zustimmung verweigern, und deswegen ist dieser Haushalt nicht einmal das Papier wert, auf dem er gedruckt ist: 150.000 Euro im Jahr – und das im digitalen Zeitalter. Diese Koalition muss anders agieren.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

entgegen: Wir sind eine gemeinsame Koalition, wir arbeiten gemeinsam für dieses Land, und das wollen wir bis zum Herbst 2021 auch gemeinsam machen.

Dieser Haushalt ist ein gutes Fundament für die nächsten Jahre:

Erstens. Wir bringen den Klimaschutz mit 54 Milliarden Euro voran, und ich hoffe, dass hier auch die Länder mitmachen.

Zweitens. Die Investitionen bewegen sich mit 53 Milliarden Euro auf Rekordniveau.

Drittens. Für die innere Sicherheit und besonders für den Kampf gegen Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus schaffen wir fast 4 000 neue Stellen bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt usw. usf.

Viertens. Wir kommen unseren internationalen Verpflichtungen nach. Die NATO-Quote für Verteidigung beträgt 1,42 Prozent.

Nicht zuletzt ist festzustellen: 52 Prozent des Haushaltes stehen für den Sozialbereich und für den sozialen Zusammenhalt zur Verfügung.

Das zeigt, dieser Haushalt ist auf Zukunft ausgerichtet, auf Forschung und Entwicklung, auf sozialen Zusammenhalt und auf Investitionen.

Die Probleme hat mein Kollege Kahrs durchaus schon angesprochen. Was ist denn seit vielen Jahren unser Problem? Dadurch, dass wir seit 2014 in der Lage sind, massiv zu investieren, werden die Defizite in unserer Gesellschaft deutlich. Die Mittel fließen nämlich nicht ab – für Breitbandausbau, für die Verkehrsinfrastruktur,

für Kommunalinvestitionen –, weil erstens Planungskapazitäten fehlen, zweitens die Standards zu hoch sind und drittens wir ein viel zu kompliziertes Planungs- und Baurecht haben. Hier muss die Gesellschaft ran – auch beim Klimapaket.

Wir werden das Geld nicht umgesetzt bekommen, wenn wir weiter verharren und wenn im Bundesrat weiter blockiert wird. Ich rufe auch das Bundesumweltministerium auf, endlich die Blockadehaltung aufzugeben, damit wir in Deutschland zu einem besseren und schnelleren Baurecht und Planungsrecht kommen.

Große Ökonomen wollen uns einreden, dass wir Deutschland nur voranbringen, wenn wir Schulden machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzkrise in Europa ist nicht durch zu wenige Schulden entstanden; sie ist durch zu viele Schulden entstanden. Das ist der Kernpunkt.

Wenn ich unsere Haushalte anschau, dann sehe ich, dass wir kein Finanzierungsproblem haben; wir haben ein Umsetzungsproblem. Die Kommunen haben im letzten Jahr 38 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt bekommen. Ein Drittel weniger ist abgeflossen. Das heißt, Bund, Länder und Kommunen müssen endlich gemeinsam dangehen, dass das Geld, das – in Anführungsstrichen – im Schaufenster steht, auch umgesetzt wird. Das heißt, wir haben kein Einnah-

Fortsetzung auf nächster Seite



meproblem. Wir haben ein Umsetzungsproblem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir führen aktuell beim Klimapakete eine Debatte darüber, dass die Länder meinen, dass sie ihre Steuermindereinnahmen nicht tragen können. Das sind je nach Rechnung 3 Milliarden Euro, wenn ich beim Thema

„Mehrwertsteuer auf Bahntickets“ die Kompensation nicht einrechne, und, wenn ich sie einrechne, 2 Milliarden Euro.

Die Länder meinen, auch die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, man brauche mehr Geld für den ÖPNV. Jetzt hat sich der Bund entschlossen – das trifft bei mir nicht gerade auf Freude –, die Regionalisierungsmittel aufzustocken. Wie sieht es bei den Regionalisierungsmitteln aus? Aktuell geben wir etwa 9 Milliarden Euro an die Länder. Dieses Geld können sie eigenverantwortlich einsetzen. Der letzte Bundesrechnungshofbericht, Stand 31. Dezember 2016, sagt aus, dass es 2,8 Milliarden Euro an Resten gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen: 2,8 Milliarden Euro Reste! Ich spreche gar nicht von Fehlverwendungen dieser Mittel. Deswegen glaube ich, Herr Bundesfinanzminister und Herr Verkehrsminister, es ist wichtiger, erst mal dafür zu sorgen, dass die Reste abfließen und keine Strecken stillgelegt werden. In Mecklenburg-Vorpommern belaufen sich die Reste auf 245 Millionen Euro, und das Land legt Bahnstrecken still. – Ich halte die Politik, die die Länder an dieser Stelle machen, für absurd.

Ich sehe schon die Debatte kommen – ich glaube, sie wird diese Woche schon anfangen: Der Bund zieht sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurück. Der Bund gibt kein Geld mehr für den Hochschulbau. Der Bund gibt kein Geld mehr für Gemeindestraßen und für den öffentlichen Personennahverkehr. – All denjenigen, die das diese Woche möglicherweise anführen wollen, sage ich: 3 Milliarden Euro Entflechtungsmittel gibt es im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs in Form zusätzlicher Umsatzsteuerpunkte. Und die Länder sind eigenverantwortlich dafür zuständig, das Geld in diesen Bereichen – Wohnungsbau, Gemeindestraßen, ÖPNV – einzusetzen. Es ist von den Ländern gewollt worden, dass diese Mittel nicht mehr über Verwaltungsvereinbarungen oder Finanzhilfen zugewiesen werden, sondern dass sie über diese Mittel frei verfügen können. Das heißt für mich auch: Wer die Eigenverantwortung hat, hat auch die Zu-

ständigkeit und darf nicht ständig nach dem Bund rufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wieder werden neue Forderungen an den Bund herangetragen, sich in bestimmten Bereichen zu engagieren. Das mag an der einen oder anderen Stelle vielleicht opportun sein. Aber gucken wir uns

doch auch hier einmal die Umsetzung der ganzen Geschichte an: 7 Milliarden Euro stehen seit dem Frühjahr 2016 für kommunale Investitionen zur Verfügung. Was ist davon bisher umgesetzt? Gebunden sind von den 7 Milliarden Euro gerade mal die Hälfte, abgeflossen gerade mal ein Drittel. Stichwort Breitbandausbau: Alex Dobrindt hat dafür gesorgt, dass seit dem Herbst 2015/Frühjahr 2016 über 4 Milliarden Euro Fördermittelbescheide ins Land herausgegangen sind. Umgesetzt davon – Stand heute -: Null! Das ist die Realität. Das heißt ganz einfach: Auch hier kranken wir nicht an zu wenig Geld, sondern wir kranken schlichtweg an der Umsetzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal kann man eine Brücke nicht sanieren, weil da Fledermäuse leben. Aktuell hat es ein Projekt erwischt, hinter dem der Deutsche Bundestag direkt steht, und zwar der Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin. Dieser wird sich massiv verzögern, wahrscheinlich um zwei Jahre. Die dort lebenden Fledermäuse müssen erst umgesiedelt werden. Das ist die Realität in dieser Republik. In Mecklenburg-Vorpommern hat eine Brücke über die Müritz eine Bauverzögerung von fast zwei Jahren gehabt – Kosten: 1 Million Euro –, damit sieben Fledermausarten umgesiedelt werden konnten. Das sind die Probleme, denen wir uns zuwenden müssen, statt immer neue Schulden zu fordern und nach irgendwelchen Fonds und Sondervermögen zu rufen. Man muss endlich darangehen, das Geld umzusetzen, das wir haben. Alles andere macht an dieser Stelle nach meiner Auffassung keinen Sinn.

Ich sage den Weltökonom, gerade auch in Richtung Grüne, die meinen, man müsse immer mehr Schulden machen und 35 Milliarden Euro für einen Bundesinvestitionsfonds auflegen: Was, glauben Sie, wird von diesem Geld abfließen? Im ersten Jahr – das garantiere ich Ihnen – wird das ein Bruchteil sein, im zweiten Jahr noch weniger. Aber in zehn Jahren – und das ist das Problem – haben Sie 350 Milliarden Euro ins Schaufenster gestellt, und die

Schuldenlast des Bundes, die jetzt bei 1,2 Billionen Euro liegt, wird deutlich gestiegen sein.

Natürlich kann man argumentieren, dass wir zurzeit Niedrigzinsen bzw. Minuszinsen haben. Aber glauben Sie wirklich, dass die anhalten? Allein bei den zehnjährigen Bundesanleihen lag die Rendite im Frühjahr bei minus 0,7 Prozent, aktuell sind es nur noch minus 0,3 Prozent. Und was machen Sie, wenn die Zinsen auf 1, 1,5 oder 2 Prozent steigen? Generationengerechtigkeit heißt für mich auch, dass wir den zukünftigen Generationen nicht nur beim Thema Klima, sondern auch bei den Finanzen keine Erblasten

überlassen und vielmehr an dieser Stelle eine generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik miteinander vereinbaren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der großen Herausforderungen der nächsten Tage wird das Klimaschutzpaket sein. Ich richte einen sehr deutlichen Appell an die Bundesländer. Der Bund übernimmt hier eine Bruttolast von 54 Milliarden Euro. Alles gegenrechnet haben wir nach unseren Berechnungen eine Nettolast von 17 Milliarden Euro. Die Länder werden mit Kompensation der Mehrwertsteuerabsenkung bei der Bahn rund 2 Milliarden Euro in vier Jahren und ohne Kompensation 3

Milliarden Euro haben. Der Bund wird bei Regionalisierungsmitteln bzw. Förderprogrammen in verschiedensten Bereichen Entlastungen der Länder um rund 3 Milliarden Euro vornehmen. Für mich und auch für alle 16 Bundesländer soll der Klimaschutz nicht nur eine Bundesaufgabe sein, sondern eine gemeinsame Aufgabe im föderalen System von Bund, Ländern und Kommunen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Otto Fricke (FDP))

Dr. Gesine Lötzsch, Die Linke:

## Weniger Geld für Rüstung, mehr Geld für Friedensprojekte



**Gesine Lötzsch (\* 1961)**  
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Gestern war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Jede Stunde wird in Deutschland eine Frau zum Opfer einer gefährlichen Körperverletzung. Ich finde, das ist eine Schande für unser Land, und wir dürfen nicht wegsehen.

Im Bundeshaushalt wurden 5 Millionen Euro zusätzlich zur Unterstützung von Frauen und ihrer Kinder, die Opfer von Gewalt wurden, beschlossen. Das ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In Deutschland fehlen 140 000 Plätze in Frauenhäusern. Ich weiß, diese Plätze zu schaffen, ist Aufgabe der Länder, doch ich denke, auch der Bund muss hier mehr tun, und zwar Grundsätzliches.

Die Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett haben Dutzende Studien aus der ganzen Welt zum Thema Gewalt ausgewertet. Ergebnis: Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Gewaltverbrechen. Es reicht also nicht, Frauenhäuser zu bauen. Wir müssen die Ungleichheit in unserer Gesellschaft bekämpfen. Das sagt Die Linke sehr deutlich. Solange, meine Damen und Herren,

die reichsten 10 Prozent in Deutschland über mehr als die Hälfte des Vermögens verfügen, die ärmere Hälfte aber nur 1,3 Prozent hat, brauchen wir uns über zunehmende Gewalt nicht zu wundern.

Tatsache ist auch, dass die Ungleichheit in unserer Gesellschaft, in Deutschland, schneller wächst als in vielen anderen Ländern Europas, und – man muss es so deutlich aussprechen – schuld daran ist die Regierung aus CDU/CSU und SPD. Sie tragen die Verantwortung. Denn Sie stemmen sich seit Jahren mit Händen und Füßen gegen eine gerechte Steuerpolitik. Das muss sich endlich ändern, meine Damen und Herren.

Finanzminister Scholz ist immer noch so stolz auf die schwarze Null. Doch der ökonomische Sachverstand sagt deutlich: Die schwarze Null ist ökonomischer Unsinn und verbaut die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Die Rufe nach mehr Investitionen werden immer lauter, und zwar zu Recht. Sogar BDI und DGB – also Arbeitgeber und Arbeitnehmer – verlangen gemeinsam eine Investitionsoffensive. Michael Hüther vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft und Sebastian Dullien, Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, haben einen Investitionsbedarf von 450 Milliarden Euro für unser Land errechnet. Sie fordern unter anderem 138 Milliarden Euro für Maßnahmen in den Kommunen und 110 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft. Ich sage Ihnen: Diese Forderungen kann unsere Fraktion sofort unterschreiben.

Nun wurde auf dem CDU-Bun-

desparteitag ein wirklich richtungsweisender Antrag beschlossen: Vor jeder Schule soll zukünftig eine Deutschlandflagge wehen. Damit will die CDU offensichtlich darauf hinweisen, dass die Bildung in unserem Land mit 100 Milliarden Euro unterfinanziert ist. Ich würde diesen Antrag noch erweitern: In jedem Funkloch sollte eine Deutschlandfahne wehen. Dann sieht es in unserem Land bald wieder so aus wie bei der Fußballweltmeisterschaft 2006. Und auf diese Weise würden wir der Welt zeigen, wie offen die Bundesregierung mit ihrem Versagen umgeht, meine Damen und Herren.

Die Regierung will nicht mehr investieren – Kollege Rehberg ist ja ausführlich darauf eingegangen –, weil schon die beschlossenen Milliarden nicht abfließen. Doch ich kann Ihnen sagen: Diese Ausrede höre ich seit Jahren. Die Bundesregierung tut doch nichts dafür, dass die Gelder auch ausgegeben werden können. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Entschuldigen Sie endlich die Kommunen! Dann können Kommunen nämlich aus eigener Kraft investieren.

Union und SPD sind stolz darauf, dass sie nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen. Damit lenken sie davon ab, für welchen Unsinn und für welche Verschwendung Steuergelder ausgegeben werden. Viel zu viel Geld fließt in die Rüstung. Dazu sagt Die Linke: Das wollen wir nicht. Wir wollen weniger Geld für Rüstung, mehr Geld für Friedensprojekte. Sie geben weiterhin viel Geld für die NATO aus, eine Organisation, die immerhin der französische Präsident als „hirntot“ bezeichnet hat. Man muss ja diese



Wortwahl nicht teilen; aber man sollte zumindest darüber nachdenken. Sie müssen dreistellige Millionenbeträge für Strafzahlungen ausgeben, weil Sie die Klima-

ziele nicht erreicht haben, und auch die Mautbetreiber werden millionenschwere Forderungen stellen.

Meine Damen und Herren, es

geht also nicht darum, Steuergelder mit vollen Händen für die falschen Dinge aus dem Fenster zu werfen, wie die Bundesregierung es macht, sondern es geht darum,

in die Zukunft zu investieren, wie wir es vorgeschlagen haben. Wir wollen Steuergelder für mehr Bildung, für mehr bezahlbare Wohnungen, für bessere Pflege, für Kli-

magerechtigkeit und gegen Armut einsetzen. Das wäre der richtige Weg. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen:

## Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif



Anja Hajduk (\*1963)  
Landesliste Hamburg

Es geht also in dieser ganzen Woche um den Haushalt 2020, um die Frage: Was sind die notwendigen und die richtigen Ausgaben, Schwerpunkte und Impulse für eine gute Zukunft unseres Landes? Und das in einer Zeit, wo sich die Menschen, wo sich auch unsere europäischen Nachbarn Orientierung von einer deutschen Regierung wünschen – zu Recht!

Aber was ist passiert? Ich kann sagen: Bei diesen Haushaltsberatungen ist in der Bereinigungssitzung eigentlich gar nichts mehr passiert. Das, was im September noch alles offen und unvollständig war, das hat die Bundesregierung mit ihrem Klimapaket nachgeliefert. Wir nennen es aus gutem Grund „Klimapaketchen“. Sie haben heute wieder angekündigt: Es umfasst 54 Milliarden Euro. – Das ist eine ziemliche Täuschung der Öffentlichkeit. Wenn man genau nachguckt, sieht man: Es sind 25 Milliarden Euro zusätzlich für die gesamten vier Jahre, die Sie kalkulieren. Das ist für diese Herausforderung zu klein. Es ist sozial unangewogen, und es wird kaum Wirkung entfalten.

Dabei, Herr Scholz, wird auch noch Seriosität in Ihrem Haushalt vorgespielt. Ich verweise auf die ach so wichtige schwarze Null, die Sie immer vor sich her tragen. Dabei wissen Sie und könnten auch zugeben – wir jedenfalls sagen es klar -: Dieser Haushalt hat eine strukturelle Lücke von 15 Milliarden Euro. Das wird verdeckt durch eine globale Minderausgabe und dadurch, dass Sie für 10 Milliarden Euro in eine Rücklage greifen. Das ist die Wahrheit zum Haus-

halt 2020.

Was vollständig fehlt, ist wirklich eine Antwort auf die sehr, sehr großen Herausforderungen, auf den Investitionsstau von 140 Milliarden Euro in den Kommunen. Zu Recht hat meine Kollegin Löttsch erwähnt: Das Institut der deutschen Wirtschaft – es ist nicht irgendwie verdächtig, in einer sehr linken Ecke nur Ausgabenpolitik zu fordern spricht von einem 450-Milliarden-Euro-Paket, in dem die Kommunen enthalten sind, in dem es aber auch um Mobilität geht. Da sind Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich notwendig. Auch die Bildungsinfrastruktur muss in einem ganz anderen Ausmaß ausgebaut werden. Auch die CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft und die Digitalisierung brauchen ein ganz anderes Volumen und einen ganz anderen Impuls.

Man kann es auch anders sagen, Herr Scholz: In den 70er-Jahren hat Deutschland 5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung investiert. In den 70er-Jahren wurde eine moderne Bildungsinfrastruktur geschaffen. Was ist denn in 2019, bitte schön, anders, dass wir nicht auch bei der Digitalisierung und der Modernisierung unserer Wirtschaft in Richtung Klimaschutz einen solchen Aufbruch vornehmen? Und da kann man sich doch nicht, wie Herr Rehberg das hier macht, hinter Umsetzungsproblemen verstecken. Ihr einziges Argument, warum Sie nicht investieren, ist, dass Sie sagen: Wir schaffen es nicht, das umzusetzen. – Das ist keine Antwort an Europa; das ist auch keine Antwort an die Menschen in unserem Land.

Wir zeigen Ihnen auf, wie man es ab jetzt konkret anders angehen könnte: im Haushalt 2020 20 Prozent Mehrinvestitionen oder von mir aus in vier Jahren ein 100-Milliarden-Euro-Programm für Klimaschutzinvestitionen. Um es aber runterzuberechnen, statt sich hinter großen Zahlen zu verschließen: Die Investitionen sollen in die Schiene, in den Ausbau von Kitas und Bildungsinfrastruktur gehen. Wir legen unmittelbar einen Digitalfonds auf. Und, nicht zu vergessen, auch die Themen faire Wärme, Gebäudesanierung

und Wohnen spielen da eine große Rolle. Wir kombinieren das mit einem CO<sub>2</sub>-Preis, dessen Einnahmen vollständig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden, damit das auch sozial ausgewogen ist.

Das Problem bei Ihnen ist ein sehr grundsätzliches. Sie haben sich ideologisch hinter der schwarzen Null verschützt – nicht nur die CDU, auch die SPD. Sie

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

## Eine substanzielle Steigerung der Investitionen



Olaf Scholz (\*1958)  
Bundesminister

Ich möchte mich zunächst einmal bei allen bedanken, die in den letzten Wochen und Monaten die Diskussionen über den Haushalt vorangetrieben haben. Insbesondere die Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss war für mein Ministerium wie immer sehr erfreulich. Deshalb an dieser Stelle noch mal einen herzlichen Dank.

Wenn wir über die Haushaltspolitik diskutieren, dann ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass wir mit etwas aufhören, was wir heute Morgen schon wieder erlebt haben: Alle reden in ihren Reden aneinander vorbei, niemand bezieht sich aufeinander, und alle erzählen Geschichten, die gleichzeitig nicht richtig sein können. Das ist aus meiner Sicht schon ein Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir über die Zukunft und die Aufgaben re-

verschanzen sich hinter der Vokabel „Umsetzungsproblem“. Dabei geht es nicht darum, die Schuldenbremse abzuschaffen. Ich zitiere Herrn Lang vom BDI:

Im Gegensatz zur Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist, gehört die schwarze Null in einer konjunkturell fragilen Lage auf den Prüfstand.

Wenn sich BDI und Gewerkschaften zusammentun und sagen: „Wachen Sie auf! Wir brauchen einen anderen Impuls!“, wenn Wirtschaftswissenschaftler das sagen und auch der Erfinder der Schuldenbremse, Herr Kastrop, ehemals Bundesfinanzminister, dann sollte Ihnen das doch zu denken geben.

Seien Sie nicht so arrogant mit

den, die wir miteinander bewältigen wollen.

Der Haushalt, der hier vorliegt, ist ein sehr expansiver Haushalt. 362 Milliarden Euro ist eine Menge Geld, das wir ausgeben. Es ist eine substanzielle Steigerung gegenüber dem vorherigen Haushalt. Es ist eine substanzielle Steigerung der Investitionen. Es ist eine substanzielle Reduzierung der steuerlichen Last der Bürgerinnen und Bürger. Es ist eine Verbesserung der sozialen Ausstattung. Es sind mehr Investitionen in das Klima. – Das bestreitet niemand, auch wenn alle Reden sehr unterschiedlich klangen. Ich finde, das ist eine gute Leistung.

Aber dann wird alles durcheinandergebracht. Da wird einerseits gesagt, man müsse viel mehr machen. Dann wird andererseits – jedenfalls von einem Teil derjenigen, die hier geredet haben – gesagt, man könne ja gar nicht; denn in Wahrheit, wenn man genau hinschaue, hätten wir hier gar nicht so viele Spielräume. Andere wiederum vertreten das auch, sagen aber gleichzeitig, wir müssten mehr Schulden machen. Ich glaube, alle diese Ansichten passen nicht zusammen.

Tatsächlich ist es so, dass wir in den letzten Jahren zum Beispiel die Spielräume genutzt haben, die sich aus der reduzierten Zinsbelastung im deutschen Haushalt ergeben haben. Das sind sehr viele

Ihrer Mehrheit. Denn visionäre Kraft ist bei Ihnen sowieso nicht vorhanden. Seien Sie wenigstens so mutig, eine Kurskorrektur vorzunehmen. Deswegen mein Aufruf: Nutzen Sie Instrumente wie Investitionsgesellschaften! Richten Sie im Spielraum der Schuldenbremse einen mehrjährigen Bundesinvestitionsfonds ein! Zukunft, Herr Scholz, gibt es nicht zum Nulltarif. Kommen Sie raus aus dieser finanzpolitischen intellektuellen Verbohrtheit – man könnte auch sagen: Faulheit! Die Menschen in Deutschland und in Europa würden es Ihnen danken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Milliarden zusätzlich. Wir haben einmal 40,2 Milliarden Euro Zinsen gezahlt; es geht jetzt runter in Richtung – da sind wir noch nicht – 10 Milliarden Euro. Da sieht man, was für eine Veränderung stattgefunden hat. Wir haben sie dafür genutzt, um keine neuen Schulden mehr zu machen – ja, klar, das war auch richtig so -, aber wir haben sie auch genutzt für Investitionen und für Expansion dort, wo das fiskalpolitisch notwendig ist.

Es wird beklagt, dass wir unsere Rücklagen nutzen. Nein, das ist falsch. Ja, wir nutzen die Rücklagen, die wir haben. Wir nutzen sie für eine expansive Haushaltspolitik. Aber es können nicht die eine Rede und die andere Rede gleichzeitig richtig sein. Das, was wir machen, ist genau das Richtige in der jetzigen wirtschaftlichen Situation unseres Landes. Es ist eine zukunftsfähige Tätigkeit, die wir hier verrichten.

Und dann wird übersehen, wie groß die Entlastungen sind, die wir in dieser Legislaturperiode für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht haben. Wenn man all das zusammenrechnet, was steuerlich von uns unternommen worden ist – dazu zählt auch die Entscheidung, den Soli für 90 Prozent derjenigen, die ihn bisher

Fortsetzung auf nächster Seite



zahlen, abzuschaffen -, dann ergibt das in voller Wirksamkeit eine Entlastung in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das genau ist das Zeichen, auf das viele Bürgerinnen und Bürger gewartet haben. Wir haben es gesetzt.

Ich sage ausdrücklich, dass das auch etwas damit zu tun hat, dass wir natürlich dafür sorgen, dass es sich um einen sozial ausgewogenen Haushalt handelt. Manchmal liest man ja bzw. wird sich darüber beklagt, dass in den Dingen, die wir hier machen, zu viel Soziales enthalten sei.

Ich habe von dieser Legislaturperiode gesprochen, und in der, habe ich gesagt, wird es in voller Wirksamkeit so sein, dass die Entlastung Stück für Stück auf 25 Milliarden Euro pro Jahr anwächst, zum Beispiel durch die steuerliche Entlastungen für Familien, durch den Ausgleich der kalten Progression, durch all diese Maßnahmen und natürlich auch durch die weitgehende Abschaffung des Solis. Das sind dann, wie ich gesagt habe, in voller Wirksamkeit 25 Milliarden Euro. Ich wiederhole die Zahl ausdrücklich, weil sie so schön ist und auch von der FDP irgendwann wiederholt werden sollte.

Es ist nämlich manchmal eben alles ganz anders. Dazu zählt auch, dass wir natürlich einen sehr hohen Investitionsetat haben und dass wir natürlich alles Mögli-

che dafür tun, dass wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten können. Das bedeutet, dass wir jetzt Weichen stellen, indem wir Gesetze erlassen, Steuergesetze ändern und Investitionen tätigen. Alles das ist unterwegs. Es sind bereits zehn gesetzliche Maßnahmen in den Deutschen Bundestag eingebracht worden, die dazu beitragen sollen, dass wir diese Kehrtwende unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik zustande bringen, dass Deutschland das Land sein wird, das sicherstellt, dass wir 2050 CO<sub>2</sub>-neutral produzieren und trotzdem noch wirtschaftlich erfolgreich und technologisch an der Spitze sind.

So groß ist das Projekt nämlich. Es geht um die Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte. Das ist das, was wir jetzt tun. Und wenn die 20er-Jahre in wenigen Wochen beginnen, dann kommt es auf das an, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben. Es sind die richtigen Entscheidungen. Von manchen wird wiederholt kritisiert, dass wir sie getroffen haben. Ja, wir haben eine Weichenstellung vorgenommen und gesagt: Es wird wesentlich mehr in die Bahn investiert; es werden in den nächsten zehn Jahren 89 Milliarden

Euro sein. Wir werden die Mittel erhöhen, damit überall in Deutschland neue Bahnlinien wiedereröffnet werden können, und das wird Jahr für Jahr geschehen. Und wir werden dafür Sorge tragen, dass auch neue S- und U-Bahnlinien geplant werden können - mit massiven Erhöhungen jetzt und mit angekündigten Erhöhungen bis 2025.

Das sind notwendige Entscheidungen. Und wir wissen ganz genau, dass wir diese große technologische Kehrtwende nicht zustande bekommen, wenn nicht die Energiewirtschaft investiert, zum Beispiel in erneuerbare Energien, in den Ausbau von Offshore- und Onshorewindkraftanlagen, in den Ausbau der Solarenergie. Wenn es uns nicht gelingt, dass da so viel investiert wird, dass wir 65 Prozent erneuerbare Energien 2030 haben, dann wird diese Kehrtwende nicht zustande kommen. Aber wir müssen unseren Beitrag leisten, indem wir jetzt die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass dieser Ausbau tatsächlich stattfindet. Und das wird die Regierung tun; wir werden dafür Sorge tragen.

Gleichzeitig begleiten wir zum Beispiel im Bereich Mobilität die

Investitionen der Automobilindustrie, indem wir dafür Sorge tragen, dass es 1 Million Ladepunkte in Deutschland geben wird - eine Zielsetzung, die die Politik so ehrgeizig formuliert hat; alle haben weniger von uns gefordert. Es ist ein Zeichen dafür, dass wir begriffen haben, dass Ehrgeiz jetzt notwendig ist, und dass wir bereit sind, das Notwendige zu tun.

Meine Damen und Herren, zu den Dingen, die notwendig sind, gehört immer auch, dass wir dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die in unserem Land aufwachsen, dafür die besten Bedingungen vorfinden. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir jetzt vieles tun, was dazu gehört. Dazu gehört der Kitausbau, dazu gehört die Reduzierung von Gebühren, dazu gehört zum Beispiel auch, dass wir die Schulen besser ausstatten. Das alles haben wir unter anderem mit einer Verfassungsänderung möglich gemacht, die dieses Haus beschlossen hat.

All das ist aber nur ein wichtiger Teil einer großen Anstrengung in einem föderalen Gefüge. Denn die deutsche Politik in unserem Land besteht Gott sei Dank nicht nur aus der Bundesregierung und dem Bundestag. Sie besteht auch aus 16 Ländern und den vielen Kommunen in Deutschland. Das ist die nächste Aufgabe, die wir vor uns haben: die Investitionen der Kommunen wieder zu stärken. Ich

bin dafür, dass wir diejenigen, die zu viele Schulden haben, entlasten und sie in die Lage versetzen, auch zukünftig zu investieren.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Das ist ein Haushalt, der die Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft genau thematisiert. Er gehört in eine Reihe von Haushalten, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben. Und er ist der Anfang von Haushalten, mit denen wir es im nächsten Jahrzehnt schaffen, dass Deutschland ein soziales Land wird, dass es den technologischen Wandel beherrschen wird und dass es den menschengemachten Klimawandel mit unseren Möglichkeiten in Deutschland aufhalten. Das ist genau das, was richtigerweise zu tun ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Albrecht Glaser (AfD), Andreas Jung (CDU/CSU), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Schwarz (SPD), Dr. Bruno Hollnagel (AfD), Dr. André Berghegger (CDU/CSU), Sonja Amalie Steffen (SPD) sowie Dr. h. c. (Univ Ky-iv) Hans Michelbach.

Generalausprache zum Bundeshaushalt 2020 / 130. Sitzung des 19. Deutschen Bundestag am 27. November 2019

Dr. Alexander Gauland, AfD:

## Die Energieversorgung des Landes wird aufs Spiel gesetzt



Alexander Gauland (\*1941)  
Landesliste Brandenburg

Die Bundesregierung hat sich entschieden, von Deutschland aus das Klima zu retten und dafür die Energieversorgung unseres Landes aufs Spiel zu setzen. Wie beim Atom-

ausstieg oder bei der massenhaften Aufnahme von Migranten befinden wir uns wieder einmal auf einem deutschen Sonderweg allein. Dabei pfeifen es die Spatzen von allen Dächern: Die deutsche Energiewende ist gescheitert.

Ein Gutachten von McKinsey kam im September dieses Jahres zu dem Ergebnis, dass die deutsche Energieversorgung unsicheren Zeiten entgegenght. Fast alle Ziele der Energiewende sind verfehlt worden. Die Versorgungssicherheit werde nach dem Atom- und Kohleausstieg nicht mehr gewährleistet sein. Zugleich kommt der Windkraftausbau zum Erliegen. Die Zahl der erteilten Genehmigungen sei in den ersten drei Quartalen 2019 regelrecht zusammengebrochen, klagte der Bundes-

verband der Energie- und Wasserwirtschaft am 8. November. Ein Grund für den Rückgang ist das neue Ausschreibungsverfahren, das den billigsten Anbieter bevorzugt. Die subventionierte Lizenz zum Geldddrucken ist damit passé.

Außerdem verhindern Bürgerinitiativen immer häufiger Windkraftprojekte. Sie kämpfen nicht nur gegen die Umweltzerstörung, das massenhafte Schreddern von Vögeln, sondern auch gegen die Gesundheitsgefährdung durch Infraschall. Scheibchenweise wird der Mindestabstand reduziert. Bis auf 350 Meter sind die Windmühlen schon an Wohnhäuser heranrückte. Wer die Welt retten will, meine Damen und Herren, kann auf Petitionen wie die Gesundheit der Anwohner natürlich keine

Rücksicht nehmen.

Immobilien verlieren massiv an Wert, wenn Windräder in der Nähe stehen. Leider stehen sie natürlich nicht im Prenzlauer Berg oder in München-Schwabing. Es sind immer die anderen, die den Preis zahlen.

Die politische Windkraftlobby versucht inzwischen, Kritiker als Rechte zu denunzieren - na, ist ja üblich. Hier entsteht eine neue Dolchstoßlegende. Aber auch dieser Krieg ist an der Front verloren, nämlich an den unerbittlichen Fronten der Physik und der Ökonomie.

Obwohl der Ausbau der Windkraft absehbar endet, hält die Regierung nicht nur am Atomausstieg bis 2022 fest, sondern rechnet mit einer Steigerung des Stromverbrauches bis 2030. Bundesregierung und Automobilindustrie versprechen bis dahin 1 Million Elektroautoladestationen. Woher aber soll der Strom für die Elektroautos kommen, wenn grundlastfähige Kraftwerke abgeschaltet werden? Und womit sollen wir in Zukunft heizen? Viel-

leicht ist die Bundesregierung der Meinung, die Menschen werden sich künftig an ihrem guten Gewissen erwärmen, liebe Freunde.

Meine Damen und Herren, wenn die viertgrößte Wirtschaftsnation der Erde sich entschließt, das Energiefundament ihrer Wirtschaft zu beseitigen und durch eine Alternative zu ersetzen, die vorsichtig formuliert, nicht besonders stabil ist, dann erwarte ich darüber erbitterte öffentliche Debatten, dann erwarte ich Redeschlachten um das Für und Wider im Parlament, dann erwarte ich, dass die These vom menschlichen Anteil am Klimawandel unter den größtmöglichen Falsifikationsdruck gesetzt wird; denn wir tun wahrscheinlich etwas Unumkehrbares. Aber das Thema ist dermaßen ersatzreligiös aufgeladen, dass die Frage „Richtig oder falsch?“ keine Rolle mehr spielt. Sie ist vollkommen verschüttet unter den Kriterien Gut und Böse.

Wo Begriffe wie „Klimaleugner“ kursieren - auch gestern wieder in diesem Hause -, hat sich die Vernunft verabschiedet. Ein Wissen-



schaftler, der sich der Klimahysterie verweigert, spielt mit seiner Karriere. Die Merkel-Jahre werden als eine bleierne Zeit in Erinnerung bleiben, in der öffentliche Debatten im Sein der Hypermoral erstickt wurden.

Am 20. November um 12 Uhr mittags sind nach Angaben der Strombörse von den 77 Gigawatt Stromverbrauch in Deutschland 64 Gigawatt durch konventionelle Kraftwerke und Atomkraftwerke geliefert worden; 64 von 77, meine Damen und Herren. Ich frage mich, wie Sie unser Land mit Strom versorgen wollen, wenn diese 64 Gigawatt einmal abgeschaltet sind. An drei Tagen im Juni – am 6., 12. und 25. – war das deutsche Stromnetz akut unterversorgt. Solche Unterdeckungen müssen durch Strom aus dem Ausland ausgeglichen werden. Eine Sprecherin der Energiewirtschaft beteuerte zwar, die Gefahr eines Blackouts habe nicht bestanden. Aber was ist, wenn 2022 die Atomkraftwerke vom Netz gehen? Was passiert, wenn sogenannte

Klimaaktivisten es tatsächlich schaffen, ein großes Kohlekraftwerk lahmzulegen? Haben Sie sich einmal ausgemalt, was ein tagelanger Blackout bedeuten würde? Denken Sie doch nur an die Abertausenden Menschen, die in Fahrstühlen eingeschlossen wären.

Solche Lifte haben nur in amerikanischen Actionfilmen eine Klappe, über die man sie verlassen kann. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber ein Blackout ist weit wahrscheinlicher als die von Ihnen beschworene Klimakatastrophe.

Dass es ausgerechnet eine Physikerin ist, die unsere Energieversorgung aufs Spiel setzt, ist zwar komisch, sollte uns aber nicht irritieren. Es war ein Schauspieler, der den Kalten Krieg gewonnen hat. Offensichtlich nimmt sich Frau Merkel daran ein Beispiel.

Meine Damen und Herren,

wenn die Lage wirklich so schlimm ist, wenn wir wirklich demnächst auf diesem schönen Planeten gekocht werden, dann müssen zuerst Sie sich wohl der Einsicht öffnen, dass der ökopopulistische Atomausstieg ein Irrweg war. Es wäre geradezu eine

### Die Bevölkerungsexplosion ist das größte Problem unseres Planeten.

Hegel'sche List der Vernunft, wenn die heilige Greta zu dieser Erkenntnis führte – bei Ihnen nicht; das ist mir schon klar.

Aber wer wirklich etwas für das Klima tun will, muss seinen Blick auf die Bevölkerungsexplosion in Afrika lenken. Die Bundesregierung hat vor Kurzem den Soli quasi abgeschafft. Wir hätten nichts dagegen gehabt, ihn in einen Investitionsfonds für Afrika umzuwandeln. Wir hätten dem zugestimmt, wenn Sie im Gegenzug die Grenzen geschlossen und die klammheimlichen Asylantenflüge eingestellt hätten.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass uns das Schicksal Afrikas nicht gleichgültig sein kann. Nur gilt eben auch hier die Maxime, dass sich Politik an den Realitäten orientieren muss und nicht an frommen Wünschen. Die Bevölkerung Afrikas wächst derzeit alle zwölf Tage um 1 Million Menschen. Die knapp 2 Millionen Migranten, die wir seit 2015 aufgenommen haben, sind dort in einem halben Monat nachgeboren worden. Dagegen hat ein direkt in Afrika ausgegebener – oder noch besser: investierter – Euro nach den Worten des Entwicklungshilfeministers Gerd Müller die 30-fache Wirkung wie ein in Deutschland eingesetzter.

Die Bevölkerungsexplosion, meine Damen und Herren, ist das größte Problem unseres Planeten – übrigens auch für die Umwelt. Es würde einmal Zeit, dass Fridays for Future auf die Bedeutung des ungebremsten Bevölkerungswachstums für die Klimaerwärmung hinweist. Aber eher schafft die Bundesregierung den Wirt-

schaftsstandort Deutschland ab, als dass ihr der Begriff „Geburtenkontrolle in Afrika“ über die Lippen kommt. Denn das wäre ja wieder Rassismus in Ihren Augen.

96,5 Prozent des weltweit ausgestoßenen Kohlendioxids sind natürlichen Ursprungs. Von den restlichen 3,5 Prozent stammen 2,2 Prozent aus Deutschland; das ist wenigstens nicht umstritten. Selbst wenn unser Land morgen zu existieren aufhörte, wären die Auswirkungen auf die Welttemperatur praktisch nicht nachweisbar. Und dafür setzen Sie alles aufs Spiel. Dafür machen Sie eine Energiewende, und dafür ruinieren Sie unsere Autoindustrie und die Maschinenbauindustrie. Meine Damen und Herren, das ist keine Zukunft, die wir mit Ihnen gehen wollen.

Deswegen werden wir dagegen kämpfen und auch gegen diese Regierung, die das versucht.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

## Der neue Rohstoff sind die Daten



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Die NATO wird in diesem Jahr 70 Jahre alt. Aus diesem Anlass werden sich in der nächsten Woche, am 3. und 4. Dezember, die Staats- und Regierungschefs in London treffen. Ich glaube, das ist ein guter Anlass, einmal Rückblick zu halten.

Ich glaube, wir sind uns fast alle einig, dass in den ersten 40 Jahren ihrer Existenz die NATO im Kalten Krieg ein Bollwerk für Freiheit und Frieden war und dafür gesorgt hat, dass es zu keinem Krieg in Europa kam. In diesem Zusammenhang sind wir ganz besonders unseren amerikanischen Freunden zum Dank verpflichtet.

Aber seit dem Ende des Kalten Krieges sind bereits 30 Jahre vergangen. Nach 1990 hat die NATO

eine interessante Aufgabenteilung bekommen, eine interessante Zeit erlebt. Vielleicht sollte man darauf angesichts dieser 70 Jahre einmal kurz Rückblick halten:

Ende der 90er-Jahre kam die Frage der Erweiterung auf die Tagesordnung. Im Zusammenhang mit der ersten Erweiterungsrunde um drei Länder ist damals auch die NATO-Russland-Grundakte abgeschlossen worden. Ich weiß nicht, wer sich noch daran erinnert: Es war eine durchaus kontroverse Diskussion, ob die NATO erweitert werden sollte. Sie ist dann 1999, 2004, 2009 und 2017 noch einmal deutlich erweitert worden. Man hat 1997 im Vorfeld dieser Erweiterung die NATO-Russland-Grundakte abgeschlossen, die in Paris unterzeichnet wurde, die die Truppenaufstockungen in den neuen Mitgliedstaaten, also in den östlichen Staaten, limitiert hat, die verboten hat, dort Atomwaffen zu stationieren, und die die Anerkennung der damaligen Grenzen, die territoriale Souveränität, akzeptiert hat. Im Grunde war damit die Hoffnung verbunden, auch ein gedeihlicheres Miteinander mit Russland zu haben, als es dann tatsächlich der Fall war.

Ende der 90er-Jahre folgte dann das Eingreifen der NATO im Jugoslawien-Konflikt. Dies war aus

meiner Sicht ein Beitrag dazu, dass es zu friedlichen Verhandlungen kommen konnte und der Ahtisaari-Plan damals genehmigt wurde. Die NATO hat sich bis heute als Ordnungsmacht auf dem westlichen Balkan etabliert.

Zu Beginn des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, am 11. September 2001, kam es zum ersten großen terroristischen Anschlag, dem Angriff auf das World Trade Center. Der Begriff „asymmetrische Kriegsführung“ war damit in aller Munde. Damals ist zum ersten und einzigen Mal der Artikel 5 von den Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der NATO erfragt worden, die Beistandsverpflichtung. Der Beistand wurde auch gewährt von den Mitgliedstaaten der NATO. Wir haben das aus Überzeugung getan.

Seit dieser Zeit gibt es den Einsatz in Afghanistan, an dem sich Deutschland bis heute beteiligt. Ich weiß, was für schwierige Auseinandersetzungen das damals waren. Deshalb möchte ich einfach ein großes Dankeschön an unsere Soldatinnen und Soldaten sagen, die seit dieser Zeit dort Dienst tun

– Peter Struck hat immer gesagt, unsere Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt – und die das bis heute leisten.

Es kam dann zu keiner NATO-Mission beim zweiten Irakkrieg, als Europa gespalten war und wir zu keiner gemeinsamen Haltung kamen.

Das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist im Grunde geprägt durch zwei Entwicklungen: einmal den Arabischen Frühling und die Reaktionen darauf. Wir erinnern uns: 2011 – da waren wir nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat – gab es den NATO-Einsatz zur Flugraumüberwachung in Libyen. Deutschland hat sich damals enthalten. Das Mandat wurde überdehnt. Es war eines der letzten Mandate im Sicherheitsrat, die es gab. Russland hat sich seitdem selten wieder beteiligt, und der Sicherheitsrat ist seitdem ziemlich handlungsunfähig geworden. Wir haben damals gesehen, dass dieses Mandat überdehnt wurde, dass Gaddafi sozusagen verjagt wurde und dass in Libyen Instabilität ausbrach. Auch heute ist noch keine politische Lösung in Sicht.

Wir haben dann den Bürgerkrieg in Syrien gesehen. Dort hat die NATO nichts unternommen. Dieser Bürgerkrieg ist langsam, aber sicher zu einem Stellvertreterkrieg geworden. Wir müssen heute konstatieren, dass es die grausamste und die schlimmste humanitäre

Situation ist, die wir seit dem Völkermord in Ruanda hatten: 500 000 Tote, 12 Millionen Vertriebene, die Hälfte davon Binnenvertriebene, die anderen sind Flüchtlinge außerhalb Syriens. Auch hier wartet eine politische Lösung auf ihre Realisierung.

Gleichzeitig hatten wir 2014 dann die Annexion der Krim durch Russland, den Einmarsch in der Ostukraine.

Damals hat sich die NATO dazu verpflichtet, sich als Erstes wieder auf die Bündnisverteidigung zu konzentrieren, weil die Angriffe bis an ihre Grenzen kamen. Die NATO-Versammlung in Wales war ein Wendepunkt in dieser Frage. Damals haben wir uns verpflichtet, unsere Verteidigungsausgaben in Richtung 2 Prozent zu entwickeln, was wir seitdem auch tun. Der Haushalt für das nächste Jahr besagt 1,42 Prozent NATO-Quote. In Wales waren wir bei 1,18 Prozent. Wir werden das schrittweise weitermachen: 1,5 Prozent bis 2024. Die Verteidigungsministerin hat jetzt einen Plan aufgesetzt, wie wir durch Verbesserung unserer Bündnisfähigkeit, durch Aufwuchs unserer Fähigkeiten bis zum Anfang der 30er-Jahre die 2 Prozent erreichen werden. Darauf kann man sich verlassen, meine Damen und Herren.

Wenn man sich das alles anschaut, dann ist, glaube ich, Zeit für die Analyse: Was ist gelungen, und was ist nicht so gut gelungen? Und was bedeutet das für die NATO und die Zukunft?

Fortsetzung auf nächster Seite

**Aber seit dem Ende des Kalten Krieges sind bereits 30 Jahre vergangen.**



Da will ich als Erstes sagen: Gelungen ist die Bündnisverteidigung für die osteuropäischen Länder. Wir sind Führungsnation in Litauen. Wir machen bei der Flugüberwachung mit, wenn ich das für den deutschen Beitrag sagen darf. Wir sehen jeden Tag, welche hybride Bedrohung auch von Russland kommt, der die Soldatinnen und Soldaten dort ausgesetzt sind. Meine Damen und Herren, wir haben als Pluspunkt auch das Bündnis, das den Artikel 5 realisiert und den Vereinigten Staaten von Amerika geholfen hat in Afghanistan. Und wir können sagen, dass wir den westlichen Balkan stabilisiert haben, was auch für unsere eigene Sicherheit von allergrößter Bedeutung ist.

Aber wir müssen genauso feststellen: Politische Lösungen in Libyen fehlen, genauso in Syrien. Die Türkei hat sich entfremdet als Mitgliedstaat innerhalb der NATO. Es gibt vor der Haustür Europas eine Vielzahl von terroristischen Bedrohungen. Die Vereinigten Staaten gehen nicht mehr automatisch in die Verantwortung, wenn es in unserer Umgebung brennt. Und es ist eine völlig andere multipolare Ordnung entstanden, bei der China eine herausragende Rolle einnimmt und auch die Konzentration der Vereinigten Staaten von Amerika viel stärker in Anspruch nimmt.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wichtig, was das für uns und für unsere Haltung zur NATO bedeutet. Da sage ich als Erstes: Stärker als im Kalten Krieg ist der Erhalt der NATO heute in unserem ureigenen Interesse – mindestens so stark wie im Kalten Krieg. Denn – das hat gestern auch der Außenminister gesagt – Europa kann sich zurzeit alleine nicht verteidigen. Wir sind auf dieses transatlantische Bündnis angewiesen, und deshalb ist es auch richtig, wenn wir für dieses Bündnis arbeiten und mehr Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen klären, wofür die NATO verantwortlich sein möchte. Ist sie nur für die Bündnisverteidigung verantwortlich, oder ist sie auch für die Sicherheit in unserer Umgebung verantwortlich? Ich glaube, es war richtig, einen europäischen Arm der Verteidigungspolitik, der mit der NATO zusammenarbeitet, zu gründen: die PESCO, die strukturierte Zusammenarbeit innerhalb Europas mit dem Ziel, gemeinsame Einsätze unabhängig von der NATO durchführen zu können, aber niemals, um gegen die NATO oder an Stelle der NATO zu arbeiten, sondern um im Zweifelsfall im Bündnis einen weiteren europäischen Pfeiler zu etablieren.

Es geht auch um gemeinsame Rüstungsprojekte. Diese Rüstungs-

projekte müssen wir gemeinsam mit Frankreich ganz wesentlich voranbringen. Ich bedanke mich bei der Bundesverteidigungsministerin an dieser Stelle, dass wir hier Tempo vorlegen. Ich bitte den Deutschen Bundestag, hier zu helfen, sowohl bei dem gemeinsamen Flugzeugprojekt als auch bei dem gemeinsamen Panzerprojekt.

Wir müssen uns also in der Zukunft in verschiedenen Formaten engagieren: in der NATO, manchmal auch nur von der europäischen Seite, aber möglichst immer mit UN-Unterstützung. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es nicht so einfach ist, UN-Missionen neu zu etablieren; denn die Vereinigten Staaten sind sehr zurückhaltend geworden gerade in einem Bereich, der für uns von großem Interesse ist: der Sahelzone. Hier gelingt es im Augenblick nicht, robuste UN-Mandate für die Einsätze zu bekommen. Daran muss weiter gearbeitet werden.

Für uns ist wichtig – das ist von ganz besonderer Bedeutung –, dass wir immer einen gemeinsamen Ansatz sehen, der sich nicht aufs Militärische konzentriert, der sagt: Das Militärische ist dabei, aber das Eigentliche sind die politischen Lösungen, das Eigentliche ist die Entwicklungszusammenarbeit, die wirtschaftliche Kraft, die wir Regionen geben. – Deshalb nennen wir das den vernetzten Ansatz, mit dem wir in Afghanistan begonnen haben, zu arbeiten. Es ist gut, dass Frankreich erstmals seit 2009 wieder komplett in der NATO verankert ist. Das ist unter Präsident Sarkozy passiert. Das ist vorher lange nicht der Fall gewesen. So kann die NATO heute politischer arbeiten. Und politische Lösungen gehören dazu; militärische Lösungen alleine werden nie reichen.

Es stellt sich natürlich auch die Frage, wie wir mit dem schwierigen Partner Türkei umgehen. Wollen wir ihn in der NATO halten oder nicht? Arbeiten wir darauf hin? Das heißt natürlich nicht, dass man sich nicht gegenseitig die Meinung sagt, dass man Unterschiede nicht anspricht. Aber ich sage: Die Türkei sollte NATO-Mitglied bleiben. Dafür müssen wir uns einsetzen; denn es ist von geostrategischer Bedeutung für das Bündnis, dass die Türkei mit dabei ist.

Nun ist es sehr leicht, gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika kritisch zu sein, die vielleicht an vielen Stellen nicht mehr die Verantwortung übernehmen wollen, die sie früher übernommen haben. Aber das zeigt zuerst auf uns zurück, auf Europa. Die erste

Aufgabe, damit die NATO funktionieren kann, ist, dass die Europäische Union sich einig ist; denn die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind auch NATO-Mitglieder.

Für Deutschland und seine Außenpolitik heißt das in ganz besonderer Weise, dass wir uns für diese Einigkeit einsetzen müssen, und zwar zunächst mit Blick auf die Stabilisierung des westlichen Balkans. Ich bin dafür, dass wir noch einmal darüber nachdenken, ob wir über neue Beitrittsverfahren in der Europäischen Union diskutieren; ich sage ganz ehrlich: Das hätten wir vielleicht auch schon vor einem Jahr machen können. Vor allem bin ich der Meinung, dass wir den Ländern des westlichen Balkans sagen müssen: Ihr habt eine verlässliche europäische Perspektive. – Deshalb sage ich mit Blick auf Nordmazedonien und Albanien, dass wir versprochene Beitrittsverhandlungen anfangen – ich sage nicht: abschließen – müssen. Sonst verlieren wir diese Länder, und das ist zu unserem Nachteil.

Außerdem ist es richtig, dass Europa – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – eine intensive und aktive Rolle beim Iranabkommen, dem JCPOA, spielt, damit es nicht zu einer nuklearen Bewaffnung des Iran kommt. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Aktivitäten von Frankreich loben, aber klar ist: Alle drei Staaten ziehen hier an einem Strang und versuchen, dieses Abkommen als einen Hebel zu nehmen, um weitere Eskalationen zu verhindern. Wir appellieren aber auch an den Iran, zu sehen, dass dieses Abkommen auch für den Iran einen Wert an sich hat.

Wir werden in zwei politischen Prozessen eine aktivere Rolle einnehmen und unseren Beitrag leisten. Der Außenminister tut das im Zusammenhang mit Syrien. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass bei den Vereinten Nationen jetzt endlich ein Verfassungskonvent gebildet werden konnte. Das geht nicht ohne Gespräche mit Russland, und das geht nicht ohne Gespräche mit der Türkei. Deshalb gab es auch Treffen von Präsident Erdogan, von Präsident Macron und mir und von Putin und Erdogan. Es ist wichtig, dass wir den UN-Gesandten Pedersen an dieser Stelle unterstützen.

Und zweitens führen wir – denn wir haben aufgrund der Tatsache, dass wir uns damals im Sicherheitsrat enthalten haben, eine hohe Reputation bei den afrikanischen Ländern – jetzt in Berlin

Gespräche auf hoher Beamtenebene von Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt mit dem UN-Vermittler Salamé und den wichtigsten Akteuren, um zu verhindern – und das ist schwer genug –, dass in Libyen ein Stellvertreterkrieg geführt wird in der Dimension, wie wir es in Syrien gesehen haben, und um zu verhindern – deshalb ist eine Lösung für Libyen so notwendig –, dass der gesamte südlich von Libyen liegende Sahelbereich in terroristische Instabilität abgleitet. Das ist eines der größten Probleme, denen wir im Augenblick begegnen; und dass das etwas mit unserer Sicherheit zu tun hat, das kann sich jeder leicht vorstellen.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich Deutschland und Frankreich beim G-7-Treffen in Biarritz entschieden haben, neben der Unterstützung für die G-5-Saheltruppe eine Initiative für die Sicherheit in der Sahelzone zu starten. Wir werden weiter daran arbeiten – das möchte ich jedenfalls –, dass wir ein robustes UN-Mandat bekommen.

Das führt uns zu einem weiteren Punkt. Wir werden in Zukunft nicht alle Einsätze selbst bestreiten können. Mehr tun kann auch heißen, anderen bei der Ausbildung, bei der Befähigung und Erächtigung zu helfen. Das machen wir schon in Mali, aber es muss noch breiter geschehen. Wir müssen uns einem Thema stellen, dem wir auf Dauer nicht werden ausweichen können: Wenn wir in anderen Regionen der Welt ausbilden und ertüchtigen, dann stellt sich auch die Frage, wer die Ausrüstung liefert. Sie konnten neulich beim Treffen der Afrikanischen Union mit dem russischen Präsidenten in Sotschi sehen, dass das Ganze begleitet war von einer großen Show von militärischen Gegenständen. Die afrikanischen Länder konnten sich aussuchen, was sie brauchen, zum Teil zu verbilligten Preisen. Ich frage uns: Ist es in unserem Interesse, wenn klar ist, dass Afrika nur von Russland, China und Saudi-Arabien ausgerüstet wird? Ich glaube, das kann nicht richtig sein. Wenn wir für die Sicherheit und den Frieden in Afrika andere ertüchtigen, dann können wir uns bei der Ausrüstung nicht völlig verweigern. Das ist jedenfalls meine Überzeugung.

Deshalb bin ich ein bisschen unruhig, wenn wir unsere Maßnahmen immer weiter einschränken. Wir sind nicht glaubwürdig, wenn wir Menschen, die in terroristische Kämpfe ziehen müssen, ausbilden, um ihnen anschließend zu sagen: Na ja, aber woher

ihr eure Ausrüstung herkringt, das müsst ihr euch überlegen.

Meine Damen und Herren, ja, wir müssen auch unsere europäische Haltung zu China klären.

### Wir werden in Zukunft nicht alle Einsätze selbst bestreiten können.

Das ist ein großer Diskussionsgegenstand. Der an Jahren alte, aber im Geist junge Christian Schwarz-Schilling hat auf dem CDU-Parteitag weise Worte gesagt. Er hat gesagt: Wer glaubt, national allein einen Kurs finden

zu können im Umgang mit China, und nicht versucht, eine gemeinsame europäische Haltung zu entwickeln, der wird zerrieben werden und der wird scheitern. Wenn ich Ihnen das ganz offen sagen darf: Eine der größten Gefahren – ich will es so nennen; zumindest Sorgen –, ist, dass jeder Mitgliedstaat in Europa seine eigene Chinapolitik macht und dass wir zum Schluss ganz unterschiedliche Signale senden. Das wäre nicht für China verheerend, aber es wäre für uns in Europa verheerend.

Es ist unbestritten, dass wir hohe Sicherheitsstandards beim Ausbau von 5G brauchen. Aber das müssen wir, nachdem wir sie für uns definieren, dann auch mit den anderen europäischen Partnern besprechen. So, wie wir eine Medikamentenzulassungsagentur in Europa haben, so müssen wir wahrscheinlich auch eine Zulassungsagentur, eine Zertifizierungsagentur haben, die sich mit der Zertifizierung von 5G-Teilen beschäftigt und mit nationalen Institutionen wie dem BSI zusammenarbeitet. Denn wenn in einem digitalen europäischen Binnenmarkt jeder seines macht und jeder anders handelt, dann werden wir nicht weit kommen. Das heißt: Telekommunikationsgesetz ändern, IT-Sicherheitsgesetz ändern und natürlich im Parlament darüber sprechen, wie wir höchste Sicherheitsstandards anlegen. Wir müssen aber auch nach Europa schauen und möglichst mit Frankreich erst einmal gemeinsame Lösungen finden, aus denen wir dann insgesamt europäische Lösungen entwickeln können.

Natürlich müssen wir kritisieren, wenn wir jetzt die Berichte von den Uiguren hören. Ich stimme dem Bundesaußenminister vollkommen zu, dass die UN-Menschenrechtsbeauftragte dort Zugang haben muss. Ich glaube, dass die Europäische Union gestern das Richtige dazu gesagt hat. Ich glaube, dass es ein gutes Zeichen war, dass die Wahlen in Hongkong so friedlich abgelaufen sind und die Menschen trotzdem ihre Meinung gesagt haben. Das ist „ein Land, zwei Systeme“. Und

**Die Aufgabe, damit die NATO funktionieren kann, ist, dass die EU sich einig ist.**



das sind zwei Systeme. Und China ist ein anderes gesellschaftliches System, ein völlig anderes. Es gibt einen Systemwettbewerb. Aber ich weiß nicht, ob die Antwort auf den Systemwettbewerb – so was kennen wir ja auch aus dem Kalten Krieg – Abschottung heißen kann, vielmehr muss die Antwort auf den Systemwettbewerb sein, dass wir selbstbewusst davon ausgehen, dass wir unsere Maßstäbe setzen können, ohne die totale Abschottung zu proklamieren. Das ist jedenfalls mein Ansatz, meine Damen und Herren.

All das wird Europa natürlich nur können, wenn es wirtschaftlich stark ist. Die wirtschaftliche Stärke Europas hängt ganz wesentlich mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands zusammen. Damit sind wir bei dem, was in dieser Woche hier im Wesentlichen debattiert wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten 20 Monaten als Bundesregierung vieles auf den Weg gebracht. Wir haben das in der Halbzeitbilanz niedergelegt. Ich glaube, wir haben vor allen Dingen wirklich wichtige Dinge getan, um gerade in einer Zeit des konjunkturellen Abschwungs, verursacht durch weltweite Entwicklungen, durch zyklische Entwicklungen, etwas dagegensetzen, und zwar mit einem robusten Binnenkonsum. Ich will das hier nicht alles wiederholen: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, Abbau des Solis, Verbesserungen in der Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung, Mindestloohnerhöhung, Rentenplus, Mütterrente. Wir haben uns jetzt über die Eckpunkte der Grundrente – etwas ganz Wichtiges – geeinigt und werden sie gesetzlich umsetzen. Wir haben eine Mindestausbildungsvergütung beschlossen. Wir haben dafür gesorgt – das ist, finde ich, eine ganz wichtige Sache –, dass für die Ausbildung in Berufen, in denen Menschen, vor allen Dingen Frauen, mit Menschen arbeiten, endlich kein Schulgeld mehr gezahlt werden muss, sondern es eine Ausbildungsvergütung gibt. Es ist eigentlich ein Anachronismus, dass das in 70 Jahren Bundesrepublik nicht geschafft wurde; das hätte man auch schon vor der deutschen Einheit schaffen können. Und wir haben auf eine der wesentlichen Fragen der deutschen Wirtschaft eine Antwort gegeben: mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wir werden die Funktionalität dieses Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Dezember auf einem Gipfel im Kanzleramt diskutieren, damit wir hiermit auf eine der großen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft eine richtige Antwort geben.

Wir haben die innere Sicherheit massiv verbessert. Wir haben die Migration gesteuert und geordnet. Wir haben vieles für die Integration getan.

Meine Damen und Herren, wir stehen relativ robust da. Der Haushalt ist auf Rekordniveau. Wir werden im nächsten Jahr das Maastricht-Kriterium einer Schuldenquote von 60 Prozent unterschreiten. Ich will an dieser Stelle noch mal sagen, dass es mich wundert, dass in diesem Hause immer so abfällig über einen ausgeglichenen Haushalt gesprochen wird. Ich muss wirklich sagen: Wenn man in Zeiten so niedriger Zinsen – Olaf Scholz hat das gestern dargestellt – glaubt, man müsste auch noch Schulden machen, was will man dann eigentlich in Zeiten machen, in denen die Zinsen wieder normal sind und steigen? Wie viel Schulden will man dann machen? Das kann ja nun ernsthafterweise nicht sein. Wir haben einen Haushalt mit einem Investitionshoch. Wir hatten noch nie so hohe Investitionen im Haushalt. Wir haben durch das Klimapakete noch mal viele Investitionen draufgelegt. Man kann doch nicht Investitionen erst dann gut finden, wenn sie Schulden verursachen. Ein ordentlicher Haushalt heißt doch: Investitionen in einem ausgeglichenen Haushalt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles andere ist doch absurd.

Wir haben allerdings – da sind wir in der Koalition vielleicht ein bisschen unterschiedlicher Meinung – zumindest mittelfristig die Aufgabe, die Bedingungen für die deutsche Wirtschaft an den internationalen Rahmen anzupassen.

Das bedeutet zum einen – da kriegen wir ja vielleicht noch was hin –, dass wir für Personengesellschaften und Körperschaften ähnliche steuerliche Verhältnisse haben. Aber wir werden ab dem Jahr 2020 das Land mit den höchsten Unternehmensteuern in Europa sein. Frankreich wird seine Unternehmensteuern – die liegen heute im Schnitt noch über unseren – sukzessive auf 25 Prozent senken, die Amerikaner haben an dieser Stelle massiv gesenkt, Portugal liegt diesbezüglich in unserer Nähe, die Niederlande werden auch eine Unternehmensteuerreform machen. Das heißt, mittelfristig müssen wir uns das, glaube ich, anschauen, wenngleich wir auch andere Themen haben, die für die deutsche Wirtschaft mindestens von ebenso großer Wichtigkeit sind.

Deshalb möchte ich mich heute auf zwei Dinge konzentrieren, von

denen ich glaube, dass sie darüber entscheiden, ob die deutsche Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze und der Wohlstand bei uns erhalten bleiben können, also auf zwei Dinge, die von entscheidender Wichtigkeit sind.

Zum einen geht es um die Frage: Wie begegnen wir dem Klimawandel? Welche Antworten finden wir darauf? Und wie schaffen wir die Transformation unserer Wirtschaft? Hierzu hat die Bundesregierung ein ambitioniertes Paket vorgelegt. Es wird darüber diskutiert, ob die Einstiegspreise zu hoch oder zu niedrig sind, es wird darüber diskutiert, ob die Pendlerpauschale überkompensiert oder nicht, aber im

### **Wir werden die Menschen dazu bringen, Autos mit alternativen Antrieben zu kaufen.**

Grunde gibt es in weiten Teilen dieses Hauses keinen Zweifel dran, dass der Maßnahmenrahmen richtig gewählt ist. Darüber werden wir jetzt auch im Bundesrat sprechen. Ich kann uns allen nur raten, dass wir vernünftige Lösungen dafür finden; denn die Zeit drängt. Wir werden ab Anfang der 20er-Jahre klare Budgets an CO<sub>2</sub>-Emissionen haben, die wir einhalten müssen. Wenn wir die überschreiten, müssen wir massive Strafzahlungen leisten oder wir müssen Geld für Zertifikate zahlen. Das heißt, wir sind dazu verpflichtet, Jahr für Jahr und nicht irgendwann unsere Ziele einzuhalten. Deshalb müssen wir schnell mit der Transformation beginnen. Ich glaube, wir haben richtige Dinge auf den Weg gebracht. Deshalb hoffe ich, dass wir im Bundesrat bis zum Jahresende die entsprechenden Lösungen finden. Wir als Koalition sind jedenfalls dazu bereit.

Wir haben einen weiteren massiven Schritt unternommen: Wir haben auf Basis der Ergebnisse einer Kommission beschlossen, wann wir spätestens aus der Kohleverstromung aussteigen, wann wir die Kohle nicht mehr als Energiequelle haben werden. Das schafft Berechenbarkeit. Dazu gibt es die entsprechenden Gesetze. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, den meisten in diesem Hause ist, glaube ich, Folgendes klar: Deutschland stellt 1 Prozent der Weltbevölkerung und verursacht 2 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen, und es verfügt über die besten Technologien. Wer, wenn nicht wir, soll denn zeigen, dass es geht, dass man dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen kann? – Das ist doch die Aufgabe.

Natürlich werden uns auf diesem Weg immer wieder Schwierigkeiten begegnen. Wie könnte das anders sein? Wir werden aus der Kernenergie aussteigen, wir stei-

gen aus der Kohleverstromung aus, und wir müssen Gas als Brückentechnologie etablieren. Deshalb finde ich es eher schwierig, dass die Europäische Investitionsbank jetzt entschieden hat, Gas-technologien als Brückentechnologie überhaupt nicht mehr zu finanzieren. Das ist, glaube ich, nicht richtig.

Wir werden aber natürlich auch weiter Schwierigkeiten bei der Gestaltung des Ausbaus des Bereichs der erneuerbaren Energien haben. Da wird es um den Zusammenhalt unseres Landes gehen. Es wird nicht reichen, wenn die Menschen in der Stadt den Menschen auf dem Land erklären, wie das mit dem Windkraftausbau laufen kann. Wir sehen ja, dass wir Spaltungen haben. Wir haben es gestern ja auch bei der Demonstration der Landwirte gesehen. Im Augenblick besteht die Gefahr – diese Gefahr besteht nicht nur in Deutschland; das ist überhaupt kein spezifisch deutsches Problem, sondern überall gibt es die Gefahr –, dass die Lebenswelten von Menschen, die in der Stadt leben, und von Menschen, die auf dem Lande leben, unterschiedlich sind, dass diese Menschen völlig unterschiedliche Probleme haben. Wenn wir als Politik nicht denen in der Stadt helfen, die keine bezahlbare Wohnung bekommen, und nicht denen auf dem Lande helfen, die wissen wollen, was sie vom Ausbau der Windenergie haben außer einem 220 Meter großen Windrad neben sich, dann werden wir das nicht schaffen. Aber wir können das schaffen, wenn wir den Zusammenhalt dieses Landes voranbringen.

Deshalb werde ich mich nächsten Montag mit Vertretern der Verbände der Bauern treffen. Ich werde ihnen natürlich sagen, dass sie auf die Herausforderungen der neuen Zeit Antworten finden müssen. Wir haben über Jahre die Düngeverordnung nicht eingehalten, da kann ich jetzt nicht sagen: Ach, Leute, es gibt noch drei Jahre dazu. – Das wird nicht klappen. Aber was wir den Menschen, die morgens aufstehen und abends spät ins Bett gehen, die im Sommer dann noch arbeiten, wenn wir alle bei einem kühlen Bier sitzen, sagen können, ist, dass wir ihre Arbeit achten, dass unsere Aussage: „Wir wollen regionale Produkte essen“, nicht Schall und Rauch ist, sondern ernst gemeint, dass wir heimische Lebensmittel wollen und eine starke Landwirtschaft. Das können und müssen wir unseren Bauern sagen.

Genauso müssen wir über den Ausbau der Windenergie sprechen. Wir haben den Solardeckel jetzt aufgehoben. Wir haben den Ausbau auf See erhöht. Aber wir werden auch Windenergieausbau am Lande brauchen. Jetzt findet

hierzu eine Diskussion statt, als lägen Welten zwischen uns. Sie wissen doch, dass in den allermeisten Bundesländern eine Abstandsregel von 1 000 Metern gilt. Vielleicht bräuchten wir gar keine Bundesregelung, wenn alle Länder, zum Beispiel Brandenburg, schon so schlau gewesen wären, bevor sie eine Koalition mit den Grünen gemacht hätten, und nicht erst nachdem in den Koalitionsverhandlungen auch die 1 000 Meter verhandelt wurden. Jetzt reden wir nur noch über einen einzigen Bereich, und das sind die Splitterbereiche, bei denen man fragen kann, ob sie bei 7 Häusern oder bei 30 Häusern beginnen. Das ist der Unterschied zwischen der Ansicht der Bundesumweltministerin und des Bundeswirtschaftsministers. Nachdem wir es geschafft haben, uns bei der Grundrente zu einigen, sage ich Ihnen voraus: Wir werden auch da eine Einigung finden. Die 1 000 Meter sind in den allermeisten Bundesländern Deutschlands die Norm.

Wir haben ein weiteres großes Thema. Das ist die Transformation in der Automobilindustrie. Diese Transformation – wir haben es gestern gehört: Stellenabbau bei Audi – in der Automobilindustrie ist notwendig; denn die Mobilität wird sich wandeln. Schon Kaiser Wilhelm hat gedacht, dass das Pferd wieder zurückkommt, als er das erste Auto gesehen hat. Er hat sich geirrt. Auch Sie werden sich irren. Es wird eine völlig neue Mobilität geben mit autonomem Fahren, alternativen Antrieben und anderen Eigentumsverhältnissen, als wir es heute kennen. Es wird Jahre dauern, aber es wird gut sein, wenn die Politik hilft.

Wir als Bundesregierung führen einen strukturierten Dialog mit der Automobilindustrie. Wir werden die Ladeinfrastruktur ausbauen. Wir werden durch Kaufprämien die Einführung der neuen Antriebstechnologien unterstützen. Wir setzen nicht auf nur eine Technologie, aber nehmen es ernst, wenn uns die Automobilindustrie für den Pkw-Bereich – nicht für den Lkw-Bereich, nicht für den Zugbereich – sagt, dass auf absehbare Zeit Elektromobilität jetzt erst einmal die Technologie der Wahl ist. Wir werden die Menschen dazu bringen, Autos mit alternativen Antrieben zu kaufen, wenn die entsprechende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Deshalb ist es richtig, dass Bund, Länder und Kommunen hier zusammenarbeiten und Vertrauen für die Menschen schaffen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite große Aufgabe ist, wie wir



die Transformation im Zuge der Digitalisierung schaffen. Hierzu hatte die Bundesregierung eine Klausurtagung, bei der wir wichtige Entscheidungen getroffen haben. Einmal geht es natürlich um den Ausbau der Infrastruktur. Wir haben eine Mobilfunkstrategie entwickelt, in der zum Beispiel steht, wie wir den Mobilfunk ausrollen, und zwar flächendeckend. Denn wir wissen, dass weiße Flecken für die Menschen nicht akzeptabel sind, gerade in den ländlichen Räumen. Wir haben eine klare Strategie für den Ausbau von 5G. Die Auflagen bei der Versteigerung der Frequenzen sind sehr hart. Ich danke da auch den Kollegen aus dem Bundestag, die uns als Regierung da sehr an die Kordel genommen haben. Wir werden natürlich auch den Glasfaserausbau voranbringen.

Aber viel, viel wichtiger ist, dass wir verstehen, dass der neue Rohstoff die Daten sind. Die Bundesregierung hat jetzt auf der Grundlage der Datenethikkommission Eckpunkte für eine Datenstrategie festgelegt, die wir im Frühjahr verabschieden werden. Ich habe den Eindruck, dass uns die Bedeutung schon klar ist, den großen Unternehmen auch, dass aber im deutschen Mittelstand die Bedeutung dessen, was durch das Wesen der

Daten als neuer Rohstoff entstanden ist, noch nicht ausreichend gesehen wird. Deshalb unterstütze ich das, was Peter Altmaier vorgeschlagen hat, nämlich als Politik – das ist ja schon etwas seltsam – mit daran zu arbeiten, dass wir eine Plattform entwickeln, auf der Daten verarbeitet werden können, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern möglichst zusammen mit Frankreich und europaweit. Es muss verstanden werden, dass es nicht nur darum geht, dass ich meine Daten kenne.

Deutschland hat Industrie 4.0 mit als erstes Land nach vorne gebracht. Die Digitalisierung der eigenen Produktion ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist die Vernetzung aller Menschen und vor allen Dingen auch Gegenstände auf der Welt. Dies bietet völlig neue Möglichkeiten, Erkenntnisse zu gewinnen. Das muss im Gesundheitsbereich passieren. Das muss beim Umweltschutz passieren. Das muss aber auch für neue Wirtschaftsmodelle passieren. Je schneller wir das akzeptieren, umso besser ist es. Das bedeutet aber als Erstes einmal, dass ich alles digitalisiert vorhanden habe und dass ich weiß, was ich habe. Wir sind dafür – ich schaue gerade Nadine Schön an –, dass wir das möglichst im Open-Data-Bereich

als Open Source machen, damit es durchschaubar ist. Aber damit man daraus neue Produkte machen kann, brauchen wir noch einen Kulturwandel in Deutschland. Man muss verstehen, dass das dringlich ist. Ich habe den Eindruck, dass wir da viel, viel zu langsam sind. Wir als Abgeordnete sollten sozusagen die Botschafter sein, die sagen: Verschlafte diese Zeit nicht, sonst werden Wertschöpfungsmodelle an uns vorbeigehen und wir werden zur verlängerten Werkbank. – Das ist meine ganz große Sorge. Aber, ich glaube, als Bundesregierung sind wir jetzt auf dem richtigen Weg.

Wir müssen führend in KI sein, in der künstlichen Intelligenz, in den Algorithmen, die mit diesen Daten arbeiten. Wir haben glücklicherweise sechs entsprechende Forschungszentren. Sie werden unterstützt. Da müssen Bund und Länder gut zusammenarbeiten. Ich unterstütze sehr die zusätzliche Strategie von Bayern, die mit der Bundesstrategie bestens zusammenpasst. Ich weiß, dass auch in anderen Bundesländern viel passiert. Das ist gut.

Hiervon und vom Klimawandel wird weit mehr als von anderen Dingen abhängen, ob wir in 10 oder 20 Jahren noch ein führender Industriestandort sind oder

nicht. Die Weichen dafür werden heute gestellt. Wirtschaft, soziale Marktwirtschaft, unser Gesellschaftsmodell – das in die neue Zeit zu tragen, verstehen wir als Aufgabe der Bundesregierung. Aber wir sehen, dass die vielen Veränderungen, die dramatischen Veränderungen auf der Welt auch zu großen Friktionen in unserer Gesellschaft führen. So gut wie das Internet ist und so gut wie die digitalen Möglichkeiten sind, so viele Gefahren bergen sie natürlich auch; das war bei jeder neuen Technologie so. Deshalb ist es gut, dass im Augenblick in Berlin das große internationale Internet Governance Forum der UN tagt, das sich mit solchen Fragen beschäftigt.

Wir müssen konstatieren: Obwohl es uns wirtschaftlich sehr gut geht, obwohl es Lohnsteigerungen für viele Menschen gibt, obwohl wir mehr Beschäftigte haben, sozialversicherungspflichtig und Erwerbstätige insgesamt, als wir jemals hatten, gibt es in unserer Gesellschaft Friktionen, die uns unruhig stimmen müssen. Der Mord an Walter Lübcke, die Vorgänge in Halle, sie alle rütteln uns auf. Man fragt sich: Was ist in unserer Gesellschaft los? Und das nach 70 Jahren Grundgesetz. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das

bedeutet Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit in unserem Land ist gegeben. All denjenigen, die dauernd behaupten, sie dürften nicht mehr ihre Meinung sagen, muss ich sagen: Wer seine Meinung sagt, auch prononciert, der muss damit leben, dass es Widerspruch gibt. Es gibt keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif. Es stimmen nicht immer alle zu. Aber die Meinungsfreiheit kennt Grenzen. Sie beginnen da, wo gehetzt wird, wo Hass verbreitet wird. Sie beginnen da, wo die Würde anderer Menschen verletzt wird. Dagegen werden und müssen wir uns in diesem Hause stellen. Das werden wir auch hinbekommen. Denn sonst ist diese Gesellschaft nicht mehr das, was sie einmal war.

So sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben hoffentlich gemerkt, wir haben viel zu tun. Wir haben sehr viel angefangen, aber vieles muss noch weitergemacht werden. Deshalb finde ich, wir sollten die Legislaturperiode lang weiterarbeiten. Das ist meine persönliche Meinung. Ich bin dabei. Schön, wenn Sie es auch sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Christian Lindner, FDP:

## Tempo in der Digitalpolitik aufnehmen



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Frau Bundeskanzlerin hat ihre Rede mit einem optimistisch-humoristischen Gruß an ihren Koalitionspartner geschlossen. Begonnen hat sie mit einem außenpolitischen Schwerpunkt. Es ist auch nachvollziehbar, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie hier einen außenpolitischen Schwerpunkt setzen; denn einer unserer engsten Verbündeten fordert unser Land heute in einem Zeitungsinterview in der „Bild“ dazu auf, unsere Führungsrolle wahrzunehmen. Wir hätten aber

erwartet, dass Sie dann auch die großen Linien aufzeigen und nicht im Klein-Klein verbleiben.

Sie haben zu Recht gesagt, es müsse eine europäische Antwort auf die Herausforderung China geben. Ja, aber bitte welche Antwort denn? Es reicht doch nicht, nur Fragen aufzuwerfen.

Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie über Krisenregionen sprechen, dann hätten wir erwartet, dass Sie persönlich Stellung dazu beziehen, wo Sie in der Frage Nordsyrien politisch eigentlich stehen. Stehen Sie an der Seite der Bundesverteidigungsministerin, die eine strategische Initiative ergriffen hat, oder an der Seite des Bundesaußenministers Maas, der in Ankara die Uneinigkeit der deutschen Bundesregierung auf internationaler Bühne dokumentiert hat?

Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie Ihre Rede hier zum Anlass nehmen, „70 Jahre NATO“ zu würdigen, dann hätten wir ein ganz klares Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft erwartet. Der Bundeswirtschaftsminister hat

sich in den letzten Tagen die unglaubliche politische Entgleisung geleistet, die Vereinigten Staaten von Amerika in einem Satz mit der Volksrepublik China gleichzusetzen. Sie hätten das hier heute aus der Welt schaffen müssen, Frau Bundeskanzlerin.

Bemerkenswert ist nun allerdings, worüber Sie nicht gesprochen haben. Ein großer Schwerpunkt war also die Außenpolitik. Aber worüber haben Sie nicht oder nur sehr kurz gesprochen?

Erster Punkt. Sie haben nicht darüber gesprochen, dass die deutsche Wirtschaft so gut wie nicht mehr wächst. Mit einem Wachstum von nur noch 0,1 Prozent sind wir ganz hinten in der Europäischen Union. Es gibt bei uns keinerlei Wachstumsdynamik mehr. Sie sind gerade mal knapp viereinhalb Minuten auf die wirtschaftliche Lage im engeren Sinne eingegangen, Frau Bundeskanzle-

rin. Viereinhalb Minuten für eine der wesentlichen Grundfragen in den nächsten Jahren hier in diesem Land! Ich kann nur sagen: Wer die Wirtschaft links liegen lässt, der darf sich über Probleme von rechts irgendwann nicht wundern.

Sie haben dann allerdings die 9 500 Arbeitsplätze angesprochen, die bei Audi abgebaut werden. Das hat nicht nur was mit konjunkturellen Fragen zu tun, sondern dazu führen auch politische Entscheidungen. Wir konzentrieren uns in Deutschland – Sie haben das hier unterstrichen – ja ganz einseitig nur auf die Elektromobilität, obwohl es Alternativen gibt: Wasserstoff – damit fahre ich –, synthetische Kraftstoffe und vieles

mehr, was denkbar ist. Dass wir uns nur auf die Elektromobilität konzentrieren, führt natürlich zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen in den Unternehmen, die auf Dieselsechnologie gesetzt haben.

Sie haben dazu heute mehr oder weniger nichts gesagt, sondern das nur hingenommen. Der Bundestag der CDU war da weiter. Dort gab es das klare Bekenntnis: In Deutschland hat auch

der nichtfossil betriebene Verbrennungsmotor als Spitzentechnologie eine Zukunft. Ich muss Ihnen sagen: Die CDU gefällt mir besser als diese Bundesregierung.

Diese Bundesregierung geht schlafwandlerisch auf eine drohende Wirtschaftskrise und einen Wirtschaftsabsturz zu. Auf der anderen Seite sehe ich, dass es durchaus auch andere Erkenntnisse gibt. Sie kündigen ein bisschen wachswach an, mittelfristig müsse man prüfen, bei den Unternehmensteuern was zu tun. Das ist auf einer Linie, die wir kennen.

An Peter Altmaier als kommissarischem Finanzminister, seinem Zahlengerüst und seinem Unwillen ist damals ja die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages gescheitert, aber auf dem CDU-Bundestag gab es klare Aussagen, zum 1. Januar 2020 den Soli für alle abzuschaffen und ihn nicht zu einer Strafsteuer für Mittelstand und Wirtschaft zu machen. Ich kann Ihnen nur sagen: Bringen Sie das als Gesetzentwurf hier ein! Unsere Zustimmung ist Ihnen da sicher.

Sie haben hier über die Bedeutung der Digitalpolitik gesprochen, Frau Bundeskanzlerin. In der Tat: Auch da müssen wir Tempo aufnehmen, wenn wir auf der Höhe der Zeit sein wollen. Das

Fortsetzung auf nächster Seite

**Mit einem Wachstum von nur noch 0,1 Prozent sind wir ganz hinten in der EU.**



haben wir hier schon öfter besprochen. Damit wir Tempo aufnehmen, müssen wir weg von der Praxis der Rohrpost, die es auch im Bundeskanzleramt noch gibt, und hin zu einem modernen Verwaltungshandeln, zu einem Management der Transformation. Digitalisierung aus einer Hand!

Dazu wäre es empfehlenswert, alle Kompetenzen und Ressourcen auch an einer Stelle in einem Digitalministerium zu bündeln. Bislang ist das an der Union gescheitert. Jetzt habe ich von dem Bundesparteitag der CDU gehört, eigentlich bräuchte man ein Digitalministerium. Willkommen im Klub! Sogar der Chef des Bundeskanzleramtes sagt: Wir brauchen ein Digitalministerium. – Frau Bundeskanzlerin, lassen Sie der guten Erkenntnis doch einfach Taten folgen!

Oder liegt es an der SPD? Will sich die SPD das eklige Bonbon ans Revers kleben lassen, dass es an ihnen scheitert, dass wir kein zentrales Management der Digitalisierung bekommen? Eigentlich sind doch alle außer den Grünen einer Meinung, dass wir so was brauchen. Sie haben ein Heimatministerium eingerichtet, weil Horst Seehofer in Bayern keine Heimat mehr hat, was uns aber noch fehlt, ist ein Digitalministerium, damit wir auch die Zukunftsfragen angehen. Also: Lassen Sie den guten Erkenntnissen Ihres Parteitages im Regierungshandeln Taten folgen.

Zweites Thema, über das Sie nicht gesprochen haben; damit bin ich bei Horst Seehofer. Die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland ist eingebrochen. Die Wohnraumoffensive dieser Bundesregierung ist bereits gescheitert, bevor sie begonnen hat. Das ist eine der wesentlichen sozialen Fragen unserer Zeit, und schon nach zwei Jahren sprechen alle Zahlen dagegen. Das hat Gründe.

Ein Grund ist, dass die Baupolitik in dieser Bundesregierung nur dilatorisch behandelt wird. Bei den großen Branchenereignissen tritt der Bundesbauminister ja überhaupt nicht in Erscheinung. Es war möglicherweise ein organisatorischer Fehler, ein Riesensort „Innen und Bau“ überhaupt ins Leben zu rufen. Aber sei es drum! Das sind Dinge, die in dieser Bundesregierung zu verantworten sind.

Schwerwiegender sind landespolitische Entscheidungen, insbesondere hier in Berlin, die das Vertrauen von Menschen, die in Wohnraum investieren wollen, vollkommen zerstören. Ich meine den Mietendeckel hier in Berlin, den rot-rot-grünen Mietendeckel in Berlin. Es sind hier in Berlin doch sofort Bauanträge zurückgezogen worden, und zwar nicht von irgendwelchen Heuschrecken;

ausgerechnet genossenschaftliche Wohnungsbauintiative ziehen ihre Bauanträge zurück, weil sie sagen, es gibt hier keine Planungssicherheit mehr. Wir sind dabei, einen Eckpfeiler unserer Wirtschaftsordnung durch eine rot-rot-grüne Politik einzureißen. Es war gut gemeint, aber wir sehen inzwischen die Verheerungen.

Uns fehlen 1,9 Millionen Wohnungen in Deutschland. Dabei geht es um ein Investitionsvolumen in Höhe von 300 Milliarden Euro. Woher soll das Geld kommen, wenn nicht von privaten Investoren? Es wird aber niemand in Wohnraum investieren, wenn er nicht sicher sein kann, dass sein Eigentum und die Verfügbarkeit darüber gesichert sind. Ich sehe vereinzelt Applaus bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine herzliche Einladung: Wenn Sie das so sehen, dann gehen Sie mit uns nach Karlsruhe und dann klagen Sie gegen den Mietendeckel von Berlin!

Ausgerechnet die Linkspartei, die 40 Jahre lang hat beweisen können, dass staatlich zentrierte Wohnungspolitik nicht sozial ist, sollte in dieser Frage Zurückhaltung üben; denn in Deutschland West sind seit 1949 größte Herausforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg – inklusive der Integration von Vertriebenen in den Wohnungsmarkt und in den Arbeitsmarkt – mit einer privaten marktwirtschaftlichen Wohnungsbaupolitik bewältigt worden. Da brauchen wir uns von Ihnen nicht belehren zu lassen.

Drittes Thema, Frau Bundeskanzlerin, über das Sie nicht gesprochen haben: In der Vergangenheit haben Sie oft als Ziel ausgegeben, Deutschland müsse eine Bildungsrepublik werden. Dieses Ziel ist vollkommen richtig. Das ist eine der gesellschaftspolitischen Schlüsselaufgaben. Es geht darum, den fatalen Zusammenhang zwischen der Herkunft, dem Elternhaus, und dem beruflichen Weg in Deutschland zu entkoppeln. Das ist das Aufstiegsversprechen unseres Landes. Egal wo du geboren bist, egal in welchem Stadtteil du lebst, egal wer deine Eltern sind und woher sie kommen: Du sollst in Deutschland alle Chancen haben. Das gehört zu unserer Gesellschaftsordnung dazu. Deshalb ist Bildung ganz nach vorne zu setzen. Das wäre im Sinne Ihres Ziels der Bildungsrepublik sinnvoll und richtig.

Aber wie ist die traurige Realität? Der Nationale Bildungsrat, von Ihnen ins Schaufenster gestellt, ist, bevor er die Arbeit überhaupt aufnehmen konnte, bereits gescheitert, weil Bayern und Baden-Württemberg, CSU und Grüne, sich einer systematischen Zusammenarbeit der 16 Länder ver-

weigern. Ich habe Verständnis dafür, dass Bayern und Baden-Württemberg bei den Bildungsstandards nicht auf das Niveau von Bremen kommen wollen. Für diese Befürchtung habe ich Verständnis. Die Wahrheit ist aber, dass Bayern und Baden-Württemberg nicht in einem Wettbewerb mit Bremen stehen, sondern die Bundesrepublik Deutschland steht in einem Wettbewerb mit den USA und mit Asien. Selbst Bayern hat im Vergleich zu den Spitzenreitern auf der Welt noch viel aufzuholen.

Deshalb brauchen wir mehr Vergleichbarkeit, mehr Mobilität und im Übrigen auch die gesamtstaatlichen Finanzierungsmöglichkeiten in der Bildung. Das ist keine Aufgabe mehr, die die schwächsten Glieder unseres Gemeinwesens, nämlich Kommunen und Länder, allein stemmen können. Da wäre das Engagement des Bundes gefordert. Ausweislich der Haushaltszahlen gibt es aber nicht mehr Engagement des Bundes in der Bildung, sondern bei Frau Karliczek wird der Haushaltsansatz sogar um 70 Millionen Euro gekürzt; 70 Millionen Euro, die fehlen. Hier hätte man einen Schwerpunkt setzen müssen. Wir bräuchten nicht nur eine Exzellenzinitiative für die Hochschulen, sondern auch eine Exzellenzinitiative für

die berufliche Bildung. Wir müssten über das lebensbegleitende Lernen nicht nur reden, wir müssten es finanzieren. Das wäre eine zukunftsweisende Politik im Bildungsbereich. Dabei ist es symptomatisch, dass Sie ihn gar nicht erwähnt haben. Da passiert leider nichts.

Worüber Sie gesprochen haben, Frau Bundeskanzlerin, waren die Bauernproteste vom gestrigen Tag. Damit haben Sie geschlossen. Sie haben hier freundliche Worte geäußert. Diese hätten Sie gestern einmal den Landwirten entgegenbringen sollen. Hier sprechen nämlich ganz viele über die Lebenswirklichkeit von Menschen, die sie in Wahrheit gar nicht kennen. Das ist ein ganz großes Problem.

Es ist ein Problem, Frau Bundeskanzlerin, wie da gesprochen wird. Die Landwirte brauchen keine Worte. Sie haben das Gefühl, dass hier im Parlament über sie und über ihre berufliche Existenz aus irgendeiner – wie soll ich sagen? – moralischen Motivation heraus entschieden wird, ohne die tatsächliche berufliche Praxis und die wissenschaftliche Evidenz zu kennen. Das macht die Leute wütend. Sie haben das Gefühl, dass hier Stimmungen entscheiden und nicht Fakten. Viele Menschen

haben das Gefühl – vom Dieselfahrer bis hin zum Landwirt – dass hier im Deutschen Bundestag den Menschen der Respekt vor der Art versagt wird, wie sie leben und wie sie wirtschaften. Das ist ein Grundproblem, Frau Bundeskanzlerin, der Politik der vergangenen Jahre. Das zeigt sich bei jeder Form der Bürokratisierung.

Jetzt komme ich zum Schluss, weil Sie sich ja so aufregen. Es gibt – das kann ich Ihnen nicht ersparen – ein Symptom: Man kümmert sich nicht um die wirklich wichtigen Fragen. Die Situation der Wirtschaft spielt keine Rolle, und es gibt ein Klima des Misstrauens und der Bevormundung, das von der Regierung ausgeht. Wissen Sie, was dafür das Symptom ist? Die wesentliche wirtschaftspolitische Maßnahme des Jahres 2020 ist ausgerechnet die Einführung einer Bonpflicht, weil man glaubt, dass dann, wenn beim Bäcker die Kaffeetasse ausgegeben wird, Steuerhinterziehung betrieben wird. Das ist symptomatisch: Bürokratismus, viele Kosten, Misstrauen ohne einen wirklichen Nutzen für unser Land. Das ist leider symptomatisch für die Art, wie hier regiert wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

## Haushalt bedeutet Klärung wichtiger Zukunftsfragen



Rolf Mützenich (\*1959)  
Wahlkreis Köln III

Jede Zeit will ihre eigenen Antworten. Ein Haushalt ist deshalb nicht allein eine Aneinanderreihung von Zahlen, sondern die Klärung wichtiger Zukunftsfragen. Zugleich müssen sich die Entscheidungen an den eigenen Überzeugungen messen lassen.

Meine Fraktion ist in diese Beratungen mit einem klaren Kompass gegangen: Wir wollen, dass es gerecht zugeht. Wir begegnen den Menschen mit Respekt und nehmen ihre Sorgen ernst. Wir wollen ein Ringen um die besten politi-

schen Lösungen. Und wir streiten für den Erhalt und die Stärkung unserer Demokratie und wenden uns gegen Ausgrenzung, Hass und Gewalttaten, gerade in diesen Zeiten, in denen die Gesellschaft immer mehr verroht, meine Damen und Herren.

Alles das – das ist die Überzeugung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – können wir nur mit einem starken, sozialen und demokratischen Staat bewirken. Ich finde, aus dieser Mitte des Bundestages sollte das Signal kommen: Dieser Stolz, der sich auf die deutsche Geschichte bezieht, ist doch ein Ausrufezeichen gegen die Tendenzen in der internationalen Politik, wo der Staat immer mehr als ungerecht, als einschüchternd wahrgenommen wird. Wir können stolz darauf sein, wenn sich woanders Menschen das als Vorbild nehmen, welches gerade in Europa, in den westlichen Demokratien in der Geschichte verinnerlicht wurde, nämlich dass die Menschen mit Stolz und letztlich eben auch mit Überzeugung einem Staat, wie

zum Beispiel in Hongkong, die Stirn bieten und wählen gehen und im Grunde genommen für eine friedliche Veränderung ihrer Gesellschaft eintreten. Das ist etwas, über das wir hier aus Deutschland, aus Europa heraus sagen müssen: Ja, dieser Weg ist richtig, und wir wollen ihn auch unterstützen, meine Damen und Herren.

Natürlich behauptet jede Generation von sich, in einem besonderen Moment Verantwortung übernommen zu haben. Aber ich finde, wir sollten etwas bescheidener sein. Diese Behauptung verliert an Urteilskraft, wenn wir allein die Geschichte unseres Hauses, in dem wir streiten, in dem wir Politik machen, in dem wir Entscheidungen treffen, ansehen. Es geht darum, uns vor diesem Hintergrund vielleicht mal etwas zurückzunehmen. Da sind die Inschriften der sowjetischen Soldaten, die Mauer, die auch dieses Haus teilte, die Flucht- und Ge-

Fortsetzung auf nächster Seite



waltorte ringsherum. Meine Fraktion betritt jedes Mal, wenn sie sich zur Fraktionssitzung zusammenfindet, den Fraktionssaal im Namen der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die an diesem Ort gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben.

Meine Damen und Herren, wir spüren alle, dass die Veränderungen groß sind. Die internationale Lage, Frau Bundeskanzlerin, auf die Sie hingewiesen haben, die Erschütterungen fest geglaubter Werte, die Beschleunigung vieler Lebensbereiche und ausdrücklich auch die Klimaveränderungen, ohne die sich in der internationalen Politik manche internationale Entwicklung, die auch zu diesen Krisen führt, gar nicht erklären lässt: All das sind die Herausforderungen, die wir angehen müssen. Deswegen sorgen sich die Menschen zu Recht.

Unsere Antwort ist: Wir brauchen diesen sozialen, diesen gerechten, aber letztlich auch diesen starken Staat, damit er die Menschen bei den Veränderungen begleitet. Das ist etwas, wofür auch meine Fraktion in den Haushaltsberatungen angetreten ist.

Der Umbau der Arbeitsgesellschaft ist zu bewältigen. Kollege Gauland, es ist nicht sozusagen irgendeine Erfindung, die hier gemacht worden ist, sondern es ist die Reaktion der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Unternehmenschefs, die sagen: Unsere Industrie überlebt diesen Wandel nicht, wenn wir uns dem nicht stellen, wenn wir nicht zu klimaneutralen Produktionsabläufen kommen und wenn wir die Digitalisierung der Arbeit nicht in Angriff nehmen. – Das ist eine Situation, die sich in vielen Betriebsvereinbarungen widerspiegelt.

Die Autoindustrie ist in aller Munde, aber auch die Chemieindustrie. Hier haben gestern die Bauern demonstriert. Natürlich spielt in diesem Zusammenhang auch die Landwirtschaft eine große Rolle, die die Digitalisierung ja auch mit betreibt. Ich finde, die Landwirte müssen sich auf einen Staat verlassen können, der auch investiert, der auch die Rahmenbedingungen dafür schafft. Genau das haben wir mit einer großen, aber auch realistischen Summe in dem Haushalt 2020 verankert: im Bildungsbereich, in der Forschung, für die Infrastruktur, für den Breitbandausbau, für die klimaneutrale Mobilität im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr. Ich glaube, das ist richtig. Dafür brauchen wir den sozialen, den starken und den demokratischen Staat.

Aber ich finde, wir müssen genauso deutlich machen, dass auch die Risiken, die sich daraus ergeben, wenn wir über das Ziel hi-

nausschießen, genauso bedacht werden müssen. Wir setzen auf klimaneutrale Produktion. Wir setzen auf klimaneutrale Mobilität. Aber dann darf diese Mobilität nicht an den ländlichen Regionen vorbeifahren, sondern auch dort muss der Zug halten, wenn wir die Menschen mitnehmen wollen. Genau das ist es, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen.

Ein weiterer Aspekt: Wir brauchen nicht nur einen Staat und ein Parlament, die investieren, sondern auch – dazu wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseren Beitrag leisten – neue Schutzrechte vor dem Hintergrund dieser neuen wirtschaftlichen und sozialen Situation.

Wir machen uns Sorgen um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen. Deswegen glaube ich, dass wir auch hier eine Diskussion darüber brauchen: Was ist den Menschen zumutbar in diesen strukturierten Prozessen des Umbaus, der Digitalisierung und bei neuen Produktionsabläufen? Genau so ist über die Arbeitszeit nachzudenken. Aber ich finde auch, wir müssen uns Gedanken darüber machen und Entscheidungen treffen, wie wir eine Vertretung der Beschäftigten schaffen, sodass die Vereinzelung, die durch die neuen Arbeitsabläufe mehr und mehr entsteht, unterbleibt und trotzdem eine kollektive Vertretung in den Gewerkschaften stattfindet. Das ist wichtig für den sozialen Staat Bundesrepublik Deutschland.

Wenn ich sage: „Wir brauchen diesen starken, diesen investierenden Staat“, so bin ich froh, dass wir über ein Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen sprechen und die 40 Milliarden Euro auf dem Weg zu dieser Umstellung für die nächsten Jahre mit in die Hand nehmen; denn es ist doch das, was Politik in westlichen Demokratien so attraktiv machen kann: dass wir auch aus den Fehlern lernen, die in den 1960er- und 1970er-Jahren in den Regionen gemacht worden sind, die Strukturumbrüche durchgemacht haben. Jetzt nutzt dieser Staat die Möglichkeiten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Strukturumbrüchen zu begleiten. Deswegen ist – das sage ich auch dem Wirtschaftsminister – das Kohleausstiegsgesetz nur zusammen mit dem Strukturstärkungsgesetz zu denken und letztlich auch zu verabschieden. Darauf werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestehen.

Wenn wir über den Haushalt 2020 sprechen, dann zeigt sich, dass wir hier in ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm einsteigen. Allein bis 2030 sollen 7 Milliarden Euro in die energetische Gebäudesanierung, in den Heizungsaustausch, in den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur und in die Batterie- und Wasserstoffforschung fließen. Alles das sind nur einzelne Bereiche, die ich hier nennen kann und die wichtig sind.

Aber meine Fraktion wird nie die Menschen vergessen, die auf der Strecke bleiben, die, obwohl es so viel Arbeit, so viele unbesetzte Stellen gibt, eben doch nicht die Chance haben, in Arbeit zu kommen. Wir kümmern uns um die Wohnungssuchenden. Wir wollen, dass die Menschen, die sich alleingelassen fühlen, die von ihrer Rente nicht leben können,

mitgenommen werden. Auch das ist in diesem Haushaltsjahr berücksichtigt worden. Ich bin stolz, dass wir 10 Milliarden Euro für langzeitarbeitslose Menschen in die Hand nehmen, die einen sozialen Arbeitsmarkt brauchen. Wie umstritten war das immer hier im Haus gewesen. Dennoch ist es wichtig, und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns dessen angenommen und das in dieser Koalition auch durchgesetzt.

Genauso betrifft das den sozialen Wohnungsbau, der ohne die Begrenzung der Mieten, die Mietpreisbremse, überhaupt nicht denkbar ist. Wir reden doch nicht nur über Ordnungsrecht, über Gesetze, die wir dort erlassen, sondern wir wollen auch Angebote schaffen über die Bereitstellung von Liegenschaften für den sozialen Wohnungsbau. Ich finde, es ist gut, dass der Bund 5 Milliarden Euro in die Hand genommen hat und dass er insbesondere Liegenschaften, die dem Bund gehören, den Kommunen preiswert abtritt. Das muss zusammengedacht werden, und das ist die richtige Richtung. So können auch diese Herausforderungen für die Menschen bewältigt werden. Dazu kommen 1 Milliarde Euro, die in die Ganztagsbetreuung fließen. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die Ganztagsbetreuung bis 2025 auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Sie haben durchaus respektabel von vielen Ergebnissen, die diese Koalition bisher erreicht hat, gesprochen. Mit großem Engagement, mit großem Impetus haben Sie von der Mindestausbildungsvergütung gesprochen. Ich kann mich noch daran erinnern, wie umstrit-

ten das zwischen unseren Parteien in den Koalitionsverhandlungen gewesen ist und dass wir Ihre Bildungsministerin zurückerufen mussten. Aber ich gönne Ihnen das. Sie haben in Dortmund gesagt: Der Mindestlohn ist sozusagen meine Erfindung. Jetzt behaupten Sie dasselbe von der Mindestausbildungsvergütung. Aber die Menschen draußen wissen, wer es auf den Weg gebracht hat, und das sind die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Darüber hinaus sage ich sehr selbstbewusst: Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Unionsfraktion. Das war kein Leichtes, was wir auf den Weg gebracht haben, nämlich die Grundrente. Wir sind von unterschiedlichen Wegen aus gekommen, und wir haben auch weiterhin prinzipielle Unterschiede. Ich habe es persönlich in den Verhandlungen gemerkt. Sie haben das sehr stark auf die Bedürftigkeit, im Grunde genommen auf Sozialleistungen ausgerichtet. Aber wir, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, haben einen Rechtsanspruch für die Menschen schaffen wollen – und wir haben uns durchgesetzt –, die 35 Jahre lang in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Das ist auch der prinzipielle Unterschied, den wir aufrechterhalten. Wir wollen, dass sich die Menschen auf Rechtsansprüche verlassen können. Das schafft die Grundrente, und darauf sind wir stolz.

Ich weiß, Herr Kollege Brinkhaus – ich habe es aus der „Bild“-Zeitung erfahren –, Sie haben einen Brief des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes BDA bekommen. Überraschenderweise haben wir keinen Brief bekommen. Ich kenne auch nicht Ihre Antwort. Aber wenn ich einen Brief bekommen hätte, dann hätte ich ihm geantwortet: Kümmern Sie sich nicht um die Grundrente; kümmern Sie sich um gute Löhne für gute Arbeit! – Das wäre die beste Antwort darauf gewesen. Ich glaube, in diese Richtung sollten wir gehen.

Meine Damen und Herren, die Bundeskanzlerin hat die Außenpolitik zu Recht in den Mittelpunkt ihrer Rede gestellt. Auch dieser Haushalt gibt eine verlässliche Antwort. Ich habe in diesem Bundestag meine Arbeit begonnen, als wir nie sicher waren, ob die humanitäre Hilfe für die Krisen, die es in der Welt gibt, überhaupt ausreicht. Wir haben immer wieder über Nachtragshaushalte Korrekturen vornehmen müssen. Heute nehmen wir 1,6 Milliarden Euro in die Hand und sagen damit den Vereinten Nationen und den Nichtregierungsorganisationen: Wir lassen euch nicht alleine bei den humanitären Herausforderungen. Ich finde, das ist ein gu-

tes Ergebnis dieser Haushaltsberatungen. Das betrifft genauso die Entwicklungszusammenarbeit und die Krisenprävention.

Ja, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten scheuen überhaupt nicht die Diskussion über Verantwortung. Das tun weder der Außenminister noch der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, auch dann nicht, wenn wir über Menschenrechte beraten. Aber, Frau Bundeskanzlerin – das ist auch an den Koalitionspartner gerichtet –, Ihr Verantwortungsprinzip – das habe ich in den letzten Wochen lernen müssen – erschöpft sich viel zu stark im Militärischen.

Ich finde, die Verteidigungsministerin ist noch einen Schritt weitergegangen, was sich aus meiner Sicht aus einer verlässlichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nie so ableiten lässt, auch nicht aus dem Grundgesetz, aus unserer Verfassung. Sie, Frau Kramp-Karrenbauer, haben sich in München an der Universität der Bundeswehr für eine raumgreifende Politik ausgesprochen. Sie wollen, dass die Bundeswehr im Indopazifik an der Seite Australiens, Neuseelands, Japans die Volksrepublik China militärisch eindämmt. Welche Hybris ist das? Ich glaube auch, das ist der falsche Weg. Wir haben doch gemerkt, was der Kalte Krieg bedeutet hat. Die Eindämmungspolitik hat dazu geführt, dass die Kosten in die Höhe gegangen und die Verluste für die Menschen auf diesem Weg riesengroß gewesen sind. Wir wollen als sozialdemokratische Bundestagsfraktion nicht dieses Streben nach militärischer Dominanz mitgehen, sondern wir wollen eine Dominanz in der Diplomatie, in der zivilen Auseinandersetzung mit den humanitären Krisen. Ich glaube, dass das besser ist.

Deswegen, Frau Bundeskanzlerin: Ich schätze die Diskussion bei der NATO, gerade auch die politische Diskussion, die Sie führen wollen. Der NATO-Generalsekretär hat über den Weltraum gesprochen. Ich kann Ihnen keine Tagesordnung mitgeben, aber es lohnt sich, glaube ich, in einem Parlament, das immer für das Völkerrecht gestanden hat, nicht über die Militarisierung des Weltraums, sondern über das Weltraumrecht zu sprechen, das nämlich auch von Deutschland in den 60er- und 70er-Jahren mit vorangetrieben worden ist, um die Militarisierung zurückzudrängen.

Das sind die Unterschiede: Wir wollen Diplomatie, wir wollen Abrüstung, wir wollen Völkerrecht, und wir wollen Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen und keine neuen Debatten über Rüstungswettläufe befördern.

**Wir wollen, dass sich die Menschen auf Rechtsansprüche verlassen können.**



Deswegen will ich zum Schluss sagen: Es ist ein Unterschied, Frau Bundeskanzlerin, ob man über Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für Länder spricht, damit sie ihre Sicherheit selbst in die Hand

nehmen können, oder ob man über Rüstungsexporte spricht; denn das ist etwas, was im Grunde genommen der europäischen Rüstungsindustrie Profitmöglichkeiten bietet. Ich habe überhaupt

nichts dagegen, wenn es eine UN-gestützte Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe in einzelnen Staaten, zum Beispiel in Afrika, gibt. In diese Richtung müssen wir gehen. Meine Damen und Herren, So-

zialdemokraten haben den Haushalt für 2020 geprägt, und meine Fraktion will auch an seiner Umsetzung mitwirken. Wir nehmen diese Aufgabe mit Stolz und Überzeugung an, weil jede Zeit ihre ei-

genen Antworten braucht. Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

## Es fehlt an Kraft für die Zukunft und Respekt vor den Menschen



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ein gewisser BlackRock-Aufsichtsratsrat aus dem Sauerland hat das Erscheinungsbild der Koalition als grottenschlecht bezeichnet. Das steht ein bisschen im Widerspruch zu dem, was die Kanzlerin erzählt hat. Ich finde nicht, dass das Erscheinungsbild der Regierung schlecht ist, sondern ich finde, ihre Politik ist leider vielfach grottenschlecht, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, nur noch 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehen in der Arbeit der Bundesregierung eine Stärke des Landes. Angesichts der vielfachen Selbstbeschäftigung, die Sie betreiben, und Ihrer Halbzeitbilanz ist das sogar noch ein ziemlich hoher Wert. Sie sind als Große Koalition gestartet und als faktische Minderheitsregierung gelandet.

Sie sagen hier selbstbewusst, die erste Hälfte der Legislatur sei zu Ende; das ist Ihre Meinung, Frau Merkel. Eigentlich dürfte man die zweite Hälfte Ihrer Spielzeit gar nicht mehr anpfeifen. Spielabbruch und neue Mannschaften wären das Beste, weil Sie sich nicht mehr mit den Herausforderungen in Deutschland und in Europa beschäftigen.

Ich komme zur Halbzeitbilanz. Ich will damit beginnen, dass sich Ihr Außenminister und Ihre Verteidigungsministerin auf der Weltbühne über einen irrwitzigen Syrien-Einsatz streiten. Ich weiß wirklich nicht, was beschämender ist: eine Verteidigungsministerin, die sich mit einem verfassungswidrigen Syrien-Vorschlag auf Kosten der Soldatinnen und Soldaten innerparteilich zu profilieren

sucht, oder ein Außenminister, der neben dem türkischen Außenminister steht und dort, in der Türkei, die Ministerin kritisiert, obwohl die Türkei einen Angriffskrieg führt und gegen die Menschenrechte verstößt. Dass eine Regierung nicht einmal im Ausland geschlossen auftritt, das hat es in der Geschichte bisher nicht gegeben. Streiten Sie sich doch im Kabinett, wegen meiner auch hier in Deutschland, aber doch nicht auf diese Art und Weise, meine Damen und Herren!

Oder ich nehme Ihren Verkehrsminister, Herrn Scheuer. Der kennt kein Vergaberecht, der kennt kein Haushaltsrecht. Herr Scheuer, Sie haben das Parlament und die Öffentlichkeit hinter Licht geführt und Steuergeld in nennenswerten Größenordnungen verbrannt. Sie sind das personifizierte Haushaltsloch. Der soll sich jetzt mit dem Wandel in der Autoindustrie befassen? Ich glaube, das kann nur schiefgehen. Aber in dieser Bundesregierung sind Rechtsbrüche kein Problem; es geht immer weiter. Nur die Angst vor den Wählerinnen und Wählern schweißt zusammen.

Und dann gibt es mal ein vernünftiges Projekt: die ursprüngliche Grundrentenidee von Hubertus Heil. Die wurde im Februar vorgelegt und ist grundsätzlich richtig. Aber was tun Sie? Die Altersarmut nimmt dramatisch zu, und Sie streiten über neun Monate, wie tief Sie Rentnern in die Geldbörse schauen, bevor Sie ihnen helfen. Jetzt kriegen die, die 35 Jahre eingezahlt haben, einen kleinen Aufschlag. Ja, Rolf Mützenich, aber was ist eigentlich mit denen, die 34 Jahre Vollzeit malochten haben? Bei Menschen, die für erbärmliche Löhne jahrzehntlang gearbeitet haben, da sind Sie hammerhart. Gleichzeitig subventionieren Sie E-Autos mit der Gießkanne: 6 000 Euro pro Stück ohne irgendeine Prüfung. Aber bei der Grundrente führen Sie eine Einkommensprüfung ein, die so hart ist, dass rund 2 Millionen Rentnerinnen und Rentner entgegen den ursprünglichen Plänen des Arbeitsministers ihren Anspruch verlieren. Das ist die Realität. Das ist kein Grund zum Feiern. Sie kleben auf eine klaffende Wunde ein Pflaster, das viel zu klein ist, meine Damen und Herren.

Zum Haushalt für das kommende Jahr. Er hat drei Eigenschaften: Er ist kraftlos, er ist tatenlos, und er ist verantwortungslos. Er ist vor allen Dingen kraftlos bei Investitionen. Es ist doch bemerkenswert, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften Sie geschlossen zum Handeln, zum Investieren in die Zukunft auffordern. Aber nicht mal das treibt Sie an. Sie erzählen hier, wie Sie steigern und steigern, und dann kommen Dinge wie: Gut 1 Milliarde Euro fließen jetzt in den Ausbau des Mobilfunks. – Das ist doch lächerlich, meine Damen und Herren! Schon 2013 wollte Herr Dobrindt Deutschland zum Internetweltmeister machen. Die CSU stellt seit Jahren das Digitalministerium und verantwortet eine unfassbar miese Digitalbilanz. Deutschland ist nicht Weltmeister, sondern steht dank der CSU abgeschlagen auf einem Abstiegsplatz. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

Aber nicht nur bei der Digitalisierung, sondern insgesamt haben wir in den nächsten zehn Jahren einen Investitionsbedarf in Höhe von 450 Milliarden Euro. Ihr Haushalt wird dieser Herausforderung nicht ansatzweise gerecht. Ich darf einmal Fakten benennen mit den Zahlen, die vorliegen: 2017 lagen die öffentlichen Investitionen, gemessen am BIP, im EU-Schnitt bei 2,8 Prozent, in Frankreich bei 3,4 Prozent, in Deutschland aber nur bei 2,1 Prozent, und sie werden auch im nächsten Jahr noch unterdurchschnittlich sein. Wir gehören damit zum hinteren Drittel der OECD-Staaten. Seien Sie doch endlich mal mutig! Im Übrigen heißt das überhaupt nicht, dass sich irgendwer in den Verschuldungsstaat begeben will. Machen Sie eine große Steuerreform! Wir haben immer noch das Steuersys-

tem des vergangenen Jahrhunderts. Wir müssen nicht zuallererst in die Verschuldung gehen.

Aber wenn Sie die Lücke sehen: So sieht das Land ja auch aus. Bei der Bahn stehen die Kunden häufig in überfüllten Zügen oder an Bahnhöfen, an denen überhaupt kein Zug mehr kommt. Ich will daran erinnern: Seit 1990 sind 6 400 Kilometer Bahnstrecke eingestellt worden, meine Damen und Herren. Das trifft natürlich zuallererst den ländlichen Raum. Das sind grandiose Fehlentscheidungen gewesen. Dazu kommt, dass die Tickets in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent teurer geworden sind. Das sind Fehlentwicklungen. Wenn Sie die jetzt korrigieren wollen, nur zu! Am Ende muss die Bahn unschlagbar werden. Das ist eine Maßnahme sowohl für das Klima als auch für den ländlichen Raum. Das wäre der richtige Weg.

Frau Merkel, was interessant ist: Sie haben hier heute kein Wort zum Thema „Wohnen und Mieten“ gesagt, anders als Christian Lindner; dazu komme ich nachher noch. In Ihrem Haushalt fehlen die notwendigen Investitionen in bezahlbare Wohnungen, und zwar in nennenswerten Größenordnungen. In Wien oder in Basel sind die Mieten sozial bemessen. Und warum? Weil Kommunen Grundstücke kaufen und darauf günstige Wohnungen bauen. Die Kommunen! Das ist das Richtige. Ein Viertel der Wiener Wohnungen gehören der Stadt. Ein Viertel! Und knapp 15 Prozent gehören gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Und bei uns? Bei uns zahlt die Hälfte der Haushalte mehr als 30 Prozent für die Miete. Sie tun viel zu wenig dafür, dass eine Handwerkerin, ein Verkäufer oder eine Krankenpflegerin noch eine Wohnung bezahlen kann. Über 1 Million Menschen haben nach Abzug der Miete weniger Geld zum Leben als mit Hartz IV. Das ist die Realität.

Wohnen ist im Übrigen auch deshalb unbezahlbar geworden, weil die Bodenpreise explodieren, bundesweit seit 1962 um 2 300 Prozent, in München seit 1950 im Übrigen um 39 400 Prozent. Wir brauchen dringend eine neue Bodenpolitik. Politik kann und muss diese Entwicklung stoppen, meine Damen und Herren.

Ich will mal zitieren:

... Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. ... Die Bodenpreisspekulation ist zu unterbinden, ungerechtfertigte Gewinne aus Bodenverkäufen sind abzuschöpfen.

Das waren alles Zitate aus dem Godesberger Programm der SPD. Das Bundesverfassungsgericht hat im Übrigen kurz danach festgestellt:

Die Tatsache, daß der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem ... Spiel der freien Kräfte ... zu überlassen.

Linke, Bundesverfassungsgericht und Godesberger Programm sind sich da völlig einig.

Jetzt zu Berlin. Berlin macht bei den Mieten im Interesse der Mieterinnen und Mieter jetzt den Deckel drauf. Da wird wenigstens gehandelt, meine Damen und Herren. Und was macht der zuständige Minister, Herr Seehofer? Er sagt: Das ist verfassungswidrig. – Na gut, das entscheiden Gott sei Dank bei uns noch nicht Minister.

Aber ich will auf das Bau Thema zu sprechen kommen. In Berlin ist im vergangenen Jahr so viel gebaut worden wie all die Jahre davor nicht. Im Moment stehen auch dort weiterhin die Investoren Schlange. Es ist doch eine glatte Lüge, dass Sie sagen: Da wird nicht mehr gebaut. – Die Leute wollen bauen in Berlin, trotz Mietendeckel. Es ist richtig, dass endlich mal die Interessen der Mieterinnen und Mieter wahrgenommen werden, meine Damen und Herren.

Jetzt zum Klimapaket, oder besser: Klimapäckchen. Da will ich wieder einen großen CDU-Politiker zitieren, den Ministerpräsidenten von Sachsen, Michael Kretschmer: ... was uns am Klimaschutzpaket stört. Da stimmt die Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und der sozialen Frage nicht.

Der Mann hat recht. Ihr Klimapaket ist ökologisch nahezu wirkungslos, es ist ökonomisch fragwürdig, und es ist vor allen Dingen sozial ungerecht, meine Damen und Herren. Die soziale Bilanz stimmt nicht. Statt diejenigen zu belasten, die zentral für den Ausstoß der Emissionen verantwortlich sind, geht Ihre Politik zu Lasten der Geringverdiener und der Pendlerinnen und Pendler. Das ist doch das Problem. Es ist ja gut, dass endlich die Ministerien mal klare Ziele bekommen haben.

Fortsetzung auf nächster Seite

**Wir haben immer noch das Steuersystem des vergangenen Jahrhunderts.**



Aber diese Ziele werden Sie mit dem Inhalt Ihres Klimapäckchens eben nicht erreichen.

Und ja, Deutschland wird das Pariser Abkommen brechen, Frau Merkel. Wenn Sie sagen: „Wer, wenn nicht wir, kann zeigen, dass man den Klimawandel bewältigen kann“, dann stimme ich Ihnen durchaus zu. Aber beim Klimawandel ist es wie bei der Grundrente: Sie erkennen das Problem, sind aber nicht in der Lage, es zu lösen. Sie können eben nur das kleine Karo und nicht den großen Wurf. Und in beiden Fällen wäre der große Wurf notwendig, meine Damen und Herren.

Sie sind vielfach tatenlos, was den sozialen Bereich betrifft. Ich will nur den Mindestlohn erwähnen. Den größten Niedriglohnsektor in Europa gibt es in unserem Land. Der Mindestlohn ist seit seiner Einführung gerade mal um 69 Cent gestiegen. Warum erhöhen Sie den nicht auf 12 Euro? Wir könnten nämlich die Mittel der sogenannten Aufstockerleistungen – 10 Milliarden Euro – endlich für gute Arbeit und soziale Sicherheit einsetzen. Das wäre richtig.

Ihre Verweigerungshaltung ist respektlos gegenüber den Geringverdienenden und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Mit

Lohndumping organisieren Sie im Übrigen zugleich Altersarmut; denn die Aufstocker von heute sind morgen die Empfänger von Grundsicherung im Alter. Dieses Geld sollte wirklich anders eingesetzt werden.

Die soziale Schere geht so immer weiter auseinander. Ich will nur einige Zahlen zu der anderen Seite der Schere nennen. Nach der

Wiedervereinigung bekamen die Vorstände der DAX-Unternehmen das 14-Fache des Durchschnittsgehalts ihrer Mitarbeiter. Das 14-Fache! Im Jahre 2005 war es schon das 42-Fache und im Jahre 2018 das 71-Fache. Finden Sie das anständig? Ich finde, ehrlich gesagt, diese Entwicklung obszön. Kein Boss leistet das 71-Fache. Da muss ein gesetzlicher Riegel her.

Auf der anderen Seite haben wir 4,4 Millionen Kinder in Armut in dem reichen Deutschland, und die Armutsquote ist seit Ihrem Amtsantritt, Frau Merkel, in Deutschland nicht zurückgegangen. Deshalb begrüße ich im Übrigen ausdrücklich, dass die SPD jetzt dieses Thema aufgreift. Das ist richtig. Wir als Linke werden uns niemals damit abfinden, dass Kindern Chancengleichheit genommen wird. Eine Kindergrundsicherung könnte ein zentrales Projekt einer Mitte-links-Regie-

rung nach der nächsten Bundestagswahl werden.

Eines der größten Probleme in unserem Land ist die zunehmende Kluft zwischen den Metropolen und den ländlichen Räumen. Das haben die Bauernproteste gestern sehr eindeutig gezeigt. Ihre Politik befördert es, dass dieses Land zunehmend zerfällt und dass sich Stadt und Land immer weniger verstehen. Das waren doch mal Ihre Wählerinnen und Wähler, die Bauern. Nehmen Sie das doch ernst, wenn die zu Tausenden hierherkommen und mit Ihrer Politik nicht einverstanden sind. Da ist zwar der Erntehelfer Christian Lindner der falsche Ratgeber, aber die Sorgen dieser Menschen sollten Sie wirklich ernst nehmen.

Ich will zu dem verantwortungslosen Teil Ihres Haushalts kommen, und das ist der Verteidigungshaushalt. Aber dieser Begriff ist ja schon falsch. Was uns vorliegt, ist kein „Verteidigungshaushalt“, es ist ein Aufrüstungshaushalt. Da bin ich einer fundamental anderen Meinung als Sie, Frau Bundeskanzlerin. Seit 2018 ist dieser Etat um 17 Prozent gestiegen. Ich will das mal vergleichen mit dem Bildungsetat – 3 Prozent Steigerung – und dem Gesundheitsetat – Steigerung um 1 Prozent. Das ist die Realität.

Ich will nur ein Beispiel aus dieser Woche nennen, was das veranschaulicht. Es fehlen 10 000 Frauenhausplätze. An jedem dritten Tag wird eine Frau von ihrem Part-

ner oder Ex-Partner getötet. Und jetzt will die Bundesregierung in vier Jahren sage und schreibe 120 Millionen Euro für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen ausgeben. Was für ein Offenbarungseid! Milliarden für die Rüstung. Und hier kleckern Sie? Das ist doch völlig inakzeptabel, meine Damen und Herren.

Oder ein anderes Beispiel. Viele Kinderkliniken agieren jenseits ihrer Kapazitätsgrenzen. Da fehlt das Pflegepersonal. Selbst bei schwerkranken Kindern dauert es teilweise Stunden, um eine Klinik zu finden. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Ich will wiederholen: 17 Prozent mehr für Panzer und Kampfschiffe und nur 1 Prozent mehr für Gesundheit und Pflege, beim Wohnungsbau sogar weniger. Das hat mit verantwortungsvoller Prioritätensetzung nichts, aber auch gar nichts zu tun. So, wie Sie das Geld ausgeben, schadet es dem Land, meine Damen und Herren. Deutschland braucht Wohnungen statt Waffen.

17 Prozent mehr für die Rüstung ist die größte Fehlinvestition der Bundesregierung. Ich will Ihnen auch sagen, warum Sie so viel Geld benötigen: Die Rüstungsprojekte sind um 13,5 Milliarden Euro teurer als geplant. Was für eine Misswirtschaft! Eurofighter: 6,7 Milliarden, Puma-Panzer: 1,6 Milliarden usw. usf. Das alles sind höhere Mehrkosten als beim Berliner Flughafen, Stuttgart 21 und Elb-

philharmonie zusammen. Die meisten Rüstungsprojekte der Bundeswehr sind Milliardengräber zulasten der Steuerzahler und zur Freude der Rüstungsindustrie, meine Damen und Herren.

Jetzt will Frau Kramp-Karrenbauer bis 2031 das 2-Prozent-Ziel der Nato erfüllen. Wenn die Wirtschaft bis dahin weiter so wächst, heißt das, dass wir dann einen Etat von 86 Milliarden Euro haben. Das hat mit den Interessen des Landes überhaupt nichts zu tun. Das ist der blanke Wahnsinn. Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, wenn Ihnen irgendwann jemand sagt: „Dafür ist kein Geld da“, dann denken Sie an diese Geldverbrennung, die hier geschieht. Das ist verantwortungslose Steuerverschwendung, und das muss verhindert werden. Es würde zig Milliarden freimachen für die Menschen und die Zukunft des Landes, wenn dieses Geld anders eingesetzt werden würde. Ihre Aufrüstungspolitik ist dagegen gefährlich, sie ist teuer, und sie ist letztlich ein Kniefall vor Donald Trump.

Meine Hoffnung ist – ganz anders als Ihre, Frau Bundeskanzlerin –, dass das der letzte Haushalt dieser Bundesregierung ist. Ihrer Politik – der fehlt es an Kraft für die Zukunft, der fehlt es an Respekt vor den Menschen und an Verantwortung beim Geldausgeben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wer hat eigentlich die letzten 14 Jahre dieses Land regiert?



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste Bayern

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich gebe Ihnen ja absolut recht, dass die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, eines Hochtechnologielandes, zur Bekämpfung der Klimakrise sein sollte, genau zu zeigen, wie es geht. Es stellt sich bloß die Frage: Warum machen Sie das denn nicht?

Schauen wir nicht auf die An-

kündigungen hier, schauen wir nicht auf die Reden, sondern schauen wir auf das, was real draußen im Land passiert. Der Ausbau der Windkraft an Land ist im Vergleich zu vor zwei Jahren ungefähr auf ein Zehntel eingebrochen. Auf ein Zehntel eingebrochen! Das passiert doch wegen falscher politischer Entscheidungen, die Ihre Bundesregierung getroffen hat.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie haben davon gesprochen, dass die wirtschaftliche Stärke entscheidend ist, dass man Infrastrukturen ausbauen muss, dass wir Probleme beim Internet und beim Mobilfunknetz haben. Ja, das teile ich. Wir brauchen einen deutlich schnelleren Ausbau von Breitband; wir brauchen ein deutlich lückenloseres Mobilfunknetz. Ich frage mich bloß: Wer hat eigentlich die letzten 14 Jahre dieses Land regiert? Ist Ihnen die Erkenntnis erst heute gekommen?

Ich nehme ein weiteres Beispiel. Sie haben von der Spaltung zwischen Stadt und Land gesprochen. Ja wer hat denn zugelassen, dass die Bahn in dem Zustand ist, in dem sie sich jetzt befindet? Wer hat zugelassen, dass Tausende Kilometer Schienennetz stillgelegt worden sind, insbesondere in den ländlichen Regionen? Das ist doch nicht von selber passiert. Ist Ihnen diese Erkenntnis auch erst heute gekommen? Dagegen hätte man in den vergangenen 14 Jahren doch auch etwas unternehmen können. Deshalb: Es hilft doch nichts, wenn hier nur schöne Reden gehalten werden und dann am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Politik gemacht wird, die auch von der Substanz dieses Landes zehrt. Das hilft doch am Ende nichts.

In den nächsten zehn Jahren werden sich grundsätzliche Dinge entscheiden. Es wird sich sowohl in Deutschland, Europa als auch

weltweit entscheiden, ob wir die Klimakrise noch in den Griff kriegen, ob wir angesichts der technologischen Umbrüche Wohlstand und Arbeitsplätze erhalten können, ob wir in einer unsicherer werdenden Welt unsere europäischen Werte verteidigen können und ob es gelingt, den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu verteidigen und Demokratie gegen Polarisierung und Spaltung aufrechtzuerhalten.

Ich glaube, wenn wir das schaffen wollen – ich glaube, es lohnt sich, sich sehr zu bemühen, das zu schaffen –, dann brauchen wir eine andere Politik. Dann brauchen wir eine Politik, die den Raum des Möglichen erweitert und nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner als den Raum des Möglichen definiert. Wir brauchen eine Politik, die den größten gemeinsamen Nenner unserer Gesellschaft sucht, erkennt und dann in der Realität auch umsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Herzstück einer solchen Politik muss eine Investitions-

mehr Investitionen, wenn wir unseren Wohlstand, unsere ökonomische Leistungskraft und, ja, unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verteidigen wollen.

In den nächsten zehn Jahren müssen die Infrastrukturen der Zukunft geschaffen werden. In den nächsten zehn Jahren brauchen wir eine moderne, leistungsfähige Bahn, ein Stromnetz, das auch mit erneuerbaren Energien funktioniert, Energiespeicher, eine funktionierende Wasserstoffinfrastruktur, damit auch die Stahlindustrie bei uns wettbewerbsfähig ist und sich halten kann, ein lückenloses, schnelles Internet und starke Schulen und Hochschulen. Das müssen wir in der nächsten Dekade anpacken, nachdem es in der letzten Dekade nicht passiert, sondern nur behauptet wurde.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen, dass viele Investitionsmittel, die bereitgestellt werden, nicht abfließen. Die Planungen müssen dringend beschleunigt werden. Aber: Ich würde Sie

**Wir brauchen eine Politik, die den Raum des Möglichen erweitert.**



bitten, dass wir die Planungsbeschleunigung nicht in den üblichen Gräben und mit den üblichen Schuldzuweisungen diskutieren. Wir sind gerne bereit – und ich möchte es Ihnen nachdrücklich anbieten –, dass, wenn wir ernsthaft nach gemeinsamen Wegen suchen, um PlanungsKapazitäten und Planungsbeschleunigungen auf den Weg zu bringen, wir sehr gerne zusammenarbeiten können: für einen schnellen Schienenausbau, für einen schnellen Netzausbau, für einen schnellen Windkraftausbau. Das ist unser Angebot. Kommen Sie auf uns zu. Sprechen Sie mit uns.

**Die nächsten zehn Jahre müssen eine Dekade des politischen Neubeginns werden.**

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen auch mehr Geld. Ein einmaliges Strohfeuer wird nicht ausreichen. Wir brauchen eine langfristige, lang angelegte Investitions- und Innovationsstrategie. Der DGB und der BDI haben das – das ist interessant – in wirklich seltener Eintracht gefordert. Deshalb wäre das doch eine schöne Gelegenheit – BDI, CDU/CSU, DGB, SPD –, das aufzugreifen und umzusetzen.

Um diese Investitionsstrategie umzusetzen, müssen wir die Haushaltspolitik neu denken. Frau Merkel, wir zollen Ihnen ausdrücklich Respekt dafür, dass es nach der Banken- und Finanzkrise gelungen ist, den Schuldenstand so stark zu reduzieren. Ja, die Einführung einer Schuldenbremse war richtig. Aber, Frau Merkel, es muss nicht so sein, dass eine Antwort, die in der Vergangenheit richtig war, bei neuen Herausforderungen immer richtig bleibt. Denn heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die größte Bedrohung für Deutschland nicht mehr der Schuldenstand, sondern das Ausbleiben dringend notwendiger Investitionen. Das ist heute die größte Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für unsere ökonomische Leistungsfähigkeit. Wir wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen, sondern wir wollen sie im Rahmen der europäischen Möglichkeiten erweitern, damit wir investieren können. Ich kann Sie nur dazu auffordern, konstruktiv daran mitzuarbeiten; denn unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft brauchen es.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir ferner dringend brauchen, ist ein neuer Aufbruch im Bereich Klimaschutz und bei der ökologischen Modernisierung; denn, wie bereits erwähnt, in der nächsten Dekade entscheidet sich, ob wir den Kampf gegen die Klimakrise noch gewinnen können. Wir haben leider nicht mehr Zeit. Selbstverständlich darf der Kampf

gegen die Klimakrise den sozialen Zusammenhalt nicht schwächen und muss kombiniert werden mit guter Arbeit und wirtschaftlichem Wohlstand.

Gerade deshalb erfordert es ein neues Denken, einen neuen Politikansatz, der eben nicht die vermeintlichen Gegensätze sucht, der nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner findet. Der kleinste gemeinsame Nenner wird uns bei der Bekämpfung der Klimakrise nämlich in die größtmögliche Katastrophe führen. Deshalb ist der Politikansatz, den Sie bisher bei der Menschheitsaufgabe Klimaschutz vertreten haben, gescheitert. Das muss sich ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Neuanfang muss ökologisch mehr ermöglichen, indem wir eine wirkungsvolle CO<sub>2</sub>-Bepreisung einsetzen: einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, eine echte Verkehrswende. Dieser Neuanfang muss sozial sein. Wir brauchen ein Energiegeld, eine Erhöhung des Mindestlohns, ein Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld. Die Menschen machen sich zu Recht Sorgen um ihre Arbeitsplätze, weil sich viele Dinge schnell ändern, nicht nur durch die Klimakrise, sondern auch durch die Digitalisierung.

Ökonomisch muss der Ansatz mehr ermöglichen, indem wir neue Technologien fördern und fordern, bessere Abschreibungsmöglichkeiten schaffen und unsere Industrie mit klugen Klimazöllen vor Dumping aus schwierigen staatskapitalistischen Ländern wie zum Beispiel China schützen. Die Stahlindustrie kann ein Lied davon singen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Aufbruch ins nächste Jahrzehnt muss ein europäischer werden. Wir werden die europäischen Werte nur gemeinsam gegen einen autoritären Staatskapitalismus aus China und einen nationalen Marktradikalismus à la Trump verteidigen können.

Wir müssen mehr in Europa investieren, damit wir am Ende nicht nur Zaungäste sind, wenn andere die internationalen Regeln festlegen. Wir wären dann nämlich nur noch Empfänger dieser Regeln. Da muss Europa mehr Verantwortung übernehmen, und da müssen wir mehr Verantwortung für Europa übernehmen.

Deutschland muss dazu beitragen, dass sich Europa selbstbewusste Ziele setzen kann, die sich nicht im Militärischen erschöpfen. Dazu müssen wir den Euro zu einer globalen Leitwährung machen, die uns unabhängiger vom Dollar macht. Das ist nötig, wie man ja schmerzhaft bei der Ausei-

nersetzung um das Atomabkommen mit dem Iran erkannt hat.

Dazu brauchen wir eine entsprechende Handelspolitik, eine der zentralen Stärken Europas, die wir mit Menschenrechtsstandards, mit Klimastandards und sozialen Standards verknüpfen. Dazu müssen wir Europa zu einem Vorreiter der Digitalisierung machen, indem wir ethische und ökonomische Fragen miteinander verknüpfen. Trauen wir uns, trauen wir diesem Kontinent doch endlich mehr zu!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Selbstbehauptung Europas wird sich insbesondere im Umgang mit China erweisen. China wird im 21. Jahrhundert Partner, Konkurrent und Gegner zugleich sein. Deshalb verbieten sich platte Antworten. Aber zwei Dinge sollten doch klar sein: Erstens. Unsere Analyse muss klar sein: China entwickelt sich immer mehr zu einer autoritären Diktatur, die die Menschenrechte im Inneren massiv verletzt und beispielsweise mehr als 1 Million Uiguren in Internierungslagern festhält. Diese Realität müssen wir, muss Europa, muss Deutschland mit aller Deutlichkeit beim Namen nennen.

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

## Bürokratieabbau durch die Digitalisierung der Verwaltung



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh I

Zwei Vorbemerkungen: Erste Vorbemerkung. Es wundert mich, wer jetzt auf einmal Freund der deutschen Landwirtschaft ist. Das sind Leute, die die deutsche Landwirtschaft 10, 15 Jahre nicht beachtet haben, sich aber heute hinstellen und sagen, sie setzten sich für die Landwirtschaft ein. Das ist schon sehr, sehr seltsam, meine Damen und Herren.

Und der zweite Punkt ist: Es ist gut, dass wir heute – und damit habe ich nicht gerechnet – so viel über Außenpolitik reden. Das war überfällig. Das Postulat hier im

Das Zweite ist: Wir dürfen uns nicht selber kleinmachen. Natürlich stimmt es, dass Europa und Deutschland eng mit China verflochten sind und dass wir viele dorthin exportieren. Es stimmt aber eben auch umgekehrt: China exportiert auch vieles zu uns. Deshalb haben wir Einfluss auf China, und diesen Einfluss muss man nutzen bei der Frage von Hongkong, bei Fragen von Menschenrechten und bei Fragen von Demokratie. Deshalb: Die Leisetreterei verbietet sich hier; man muss klare, deutliche Worte finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächsten zehn Jahre müssen eine Dekade des politischen Neubeginns und der Modernisierung werden. Allerdings ist eine Grundbedingung dafür, dass es uns gelingt, das friedliche Zusammenleben leidenschaftlich zu verteidigen. Eine gute Zukunft wird Deutschland nur als europäisches, liberales, als weltoffenes und vielfältiges Land haben.

An dieser so entscheidenden Frage – und da bin ich stolz auf dieses Parlament – arbeiten wir unter uns Demokraten eben nicht auf der Ebene des kleinsten gemeinsamen Nenners zusammen, sondern wir haben eine ganz große Gemeinsamkeit – von den Lin-

ken, über die SPD, die Grünen, die Union und die FDP. Ich glaube, diese Gemeinsamkeit ist unglaublich viel wert; denn wir treten geschlossen und gemeinsam jenen entgegen, die den politischen Diskurs zerstören wollen. Wir sagen entschlossen und gemeinsam, dass es eine Zusammenarbeit mit einer Partei, die Faschisten und Rechtsextreme in ihren Reihen bis in die Führungsspitze duldet, nicht geben kann. Ich bin Ihnen da ganz persönlich dankbar, Frau Merkel, für Ihre klaren Worte, die Sie in dieser Debatte gefunden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass dieses Land wieder zu einem Land des Aufbruchs, des politischen Neubeginns, der Modernisierung werden kann. Wir haben alle Voraussetzungen dafür, diese Aufgaben zu bewältigen. Sehr, sehr viele Menschen sind bereit, sich auf den Weg zu machen. Wir wollen auf alle zugehen, die bereit sind für diese Veränderungen nach vorne; denn ohne Veränderung wird nichts so bleiben, wie es ist.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschen Bundestag war doch immer: Außenpolitik ist irgendwie so nebenher mitgelaufen. Das Postulat der deutschen Außenpolitik war, zu sagen: Wir warnen, wir warnen, und wir sind besorgt. – Ich bin der Bundesregierung, ich bin der Bundesverteidigungsministerin nachgerade dankbar, dass sie jetzt auch mal konkrete Vorschläge gemacht hat, meine Damen und Herren.

Eines, lieber Rolf Mützenich, ist auch richtig: Deutschland und Europa haben Interessen, und diese Interessen müssen formuliert werden. Deutschland und Europa haben Werte, und wir wollen, dass diese Werte auch durchgesetzt werden.

Und wenn es so ist, dass es Interessen und Werte gibt, dann gilt in der Außenpolitik natürlich immer das Prä der Diplomatie. Darin waren wir ja auch gut in den letzten Jahrzehnten. Natürlich ist es wichtig, dass wir eine gute Entwicklungspolitik machen; denn auch das ist eine Säule der Außenpolitik. Natürlich ist es wichtig, dass wir eine gute Europapolitik machen; denn auch das ist eine Säule der Außenpolitik.

Aber es ist doch nachgerade naiv, zu behaupten, dass eine gute Außenpolitik ohne Bundeswehr existieren kann. Es ist doch nachgerade naiv, zu sagen: Wir sind der internationale Zivildienstleistende. – Wir brauchen eine Bundeswehr, damit wir sie nicht einsetzen, und diese Bundeswehr muss stark sein, und diese Bundeswehr muss die entsprechenden Mittel haben. Darum werden wir in dieser Koalition und in diesem Land ringen, meine Damen und Herren.

Trotzdem gibt es zwei große innenpolitische Themen. Das erste große innenpolitische Thema ist Nachhaltigkeit. Ich sage ganz bewusst „Nachhaltigkeit“ und nicht „Umweltpolitik“, und ich werde auch gleich sagen, warum Umweltpolitik nicht Klimapolitik ist.

Nachhaltigkeit bedeutet nämlich auch finanzielle Nachhaltigkeit. Dafür, lieber Olaf Scholz, steht dieser Haushalt, dass wir nämlich auch finanziell nachhaltig sind. Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass wir der nächsten Gene-

Fortsetzung auf nächster Seite



ration eine gute Infrastruktur hinterlassen.

Wir werden 43 Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren. Wir werden investieren: in Straßen – ja, auch in Straßen, liebe Grüne –, in Schienen, in Wasserwege. Wir werden in Digitales investieren. Das, was wir mit dem Bundesverkehrswegeplan und mit den Eisenbahnpaketen im Bereich des Klimapaketes auf den Weg gebracht haben, ist das größte und ambitionierteste Investitionsprogramm, das die jüngere Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gesehen hat.

Jetzt müssen wir zusehen, dass wir diese Investitionen auch umsetzen. Vielen Dank, lieber Toni Hofreiter, dass die Grünen jetzt auch bereit sind, über Planungsbeschleunigung zu reden. Wir nehmen das Angebot an. Wir werden mit Ihnen über Planungsbeschleunigung reden.

Zur Nachhaltigkeit gehört natürlich auch das Thema Bildung. Lieber Christian Lindner, der Bund investiert in Bildung, und zwar im Bereich Digitalisierung. Wir haben ein Berufsbildungsgesetz gemacht; aber – und das gehört auch zur Wahrheit – Bildung ist nun mal Ländersache, und ich fordere die Bundesländer auf, mehr in den Bereich Bildung zu investieren. Wir haben die finanziellen Spielräume dafür geschaffen, indem wir die Bundesländer und die Kommunen entlastet haben, meine Damen und Herren.

Wenn wir über Nachhaltigkeit reden, ja, dann müssen wir über Umweltpolitik reden; aber Umweltpolitik ist mehr als Klimapolitik. Mich würde es sehr, sehr freuen, wenn wir auch mal über Kreislaufwirtschaft reden würden, wenn wir über Biodiversität reden würden, wenn wir über Artenschutz reden würden, wenn wir mehr über gute Luft, gutes Wasser und viele andere Dinge reden würden. Da haben wir noch ein gewisses Potenzial. Ich sehe, dass die Grünen uns dabei unterstützen. Vielen Dank dafür. Auch darüber werden wir mit Ihnen reden.

Wenn wir über Klimapolitik reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann reicht es nicht, allein über CO<sub>2</sub>-Minderung zu reden, sondern wir müssen ganz ernsthaft anerkennen, dass das, was Svenja Schulze gestern veröffentlicht hat, einfach Realität ist. Der Klimawandel ist da, und er wird sich auch nicht umkehren lassen. Dementsprechend müssen wir resilient werden. Wir müssen uns überlegen, wie wir mit Dürresom-

mern und erhöhten Temperaturen umgehen. Da gibt es viele Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg bringen müssen. Das fängt bei Stadtbegrünung an, das geht weiter mit dem Wald – liebe Julia Klöckner, herzlichen Dank dafür, dass du da so aktiv bist –, das hat aber auch etwas mit Wasserwirtschaft, mit Hochwasserschutz und vielen anderen Dingen zu tun. Ich glaube, darüber müssen wir noch mal reden, liebe Bundesregierung. Da gibt es noch viele Dinge, die wir auf den Weg bringen müssen.

Natürlich gehört auch die CO<sub>2</sub>-Minderung dazu. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein Klimapakete verabschiedet, mit dem wir in den nächsten Jahren mehr als 50 Milliarden Euro genau für diesen Kampf zur Verfügung stellen. Aber wahr ist auch: Das gefällt einigen nicht. Das gefällt einigen deswegen nicht, weil wir eben nicht auf Verbote und nur da, wo es nötig ist, auf Ordnungsrecht setzen, sondern auf Anreize, auf Markt und insbesondere auf Technologie und Innovation. Das ist die Philosophie unseres Klimapaketes, und das ist der bessere Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe ganz bewusst gesagt „Nachhaltigkeit und Wirtschaft“, weil das zusammengehört. Viele

betrachten das, was wir jetzt im Bereich Klima machen, als Belastung. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine große Chance. Das ist eine große Chance für unsere Wirtschaft, wenn wir es richtig machen, wenn wir auf

Technologie und Innovation setzen. Wir stehen vor einer Situation, da sagen einige: Wir stehen vor konjunkturellen Dellen. – Das ist nicht richtig. Wir stehen vor strukturellen Veränderungen, in der Automobilindustrie, bei Banken und Versicherungen und im Bereich Landwirtschaft. Die Menschen erwarten Antworten von uns.

Es waren übrigens gestern die Jungbauern, die auf der Straße waren, diejenigen, die sich überlegen, ob sie die Höfe übernehmen wollen, die sich überlegen, wo die Perspektive ist. Es werden die Automobilarbeiter sein, in Neckarsulm, in Stuttgart und in München, die uns fragen: Wie geht es weiter? Darauf müssen wir Antworten geben. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir mehr im Bereich Wirtschaftspolitik machen. Wir brauchen eine Renaissance der Wirtschaftspolitik in diesem Land, und wir müssen dort viel mehr machen als in der Vergangenheit; das ist wahr.

Aber wir haben in diesem Bun-

deshaushalt gute Anlagen dafür. Die müssen wir jetzt nur spielen. Über den Bereich Infrastruktur habe ich geredet. Aber auch der Bereich Unternehmensteuerreform ist wichtig, nicht um irgendwelche Unternehmerinnen und Unternehmer reicher zu machen, sondern um wettbewerbsfähig zu sein im internationalen Wettbewerb. Lieber Olaf Scholz, der 6. Dezember ist irgendwann vorbei, und dann erwarte ich, dass wir zusammen in dieser Koalition über die Unternehmensteuerreform reden, über die Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften. Wir möchten reden über vernünftige Unternehmenssteuersätze, aber auch über den Bürokratieabbau.

Es ist aber auch so, dass wir über den Bereich Energie reden müssen, und zwar mehr als in der Vergangenheit. Der Punkt ist ganz einfach, lieber Peter Altmaier: Wir brauchen jetzt eine verlässliche Prognose, eine verlässliche Vorhersage, wie sich die Energiepreise entwickeln werden und ob die Versorgungssicherheit gegeben ist. Die muss jetzt aufgestellt werden; denn die mangelnde Verlässlichkeit, wie sich Energiepreise und Versorgungssicherheit entwickeln, ist ein Investitionshemmnis für diesen Standort. Das war in der Vergangenheit nicht möglich. Es ist viel verändert worden: Kohleausstieg, Ausstieg aus der Kernenergie. Es ist das Problem gewesen, dass wir den Weg definieren mussten, wie es mit den erneuerbaren Energien weitergeht. Aber ich erwarte von dieser Bundesregierung, dass wir da im nächsten Jahr Klarheit bekommen. Das ist auch angewandte Wirtschaftspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es gibt auch noch einen weiteren Bereich. Wir müssen unsere Wirtschaft entfesseln; denn sie ist gefesselt durch das Planungsrecht, sie ist gefesselt durch das Vergaberecht, sie ist gefesselt auch durch mangelnde Digitalisierung der Verwaltung, und zwar von der Kommune bis zum Bund. Wenn wir über Digitalisierung reden, muss man sagen: Da haben wir viele Voraussetzungen geschaffen. Wir haben Gesetze geschaffen, wir haben Budgets bereitgestellt. Aber das muss jetzt auch umgesetzt werden. Dazu gehört nicht nur, Breitband in die Erde zu legen, nicht nur Mobilfunkausbau, sondern insbesondere auch die Digitalisierung der Verwaltung. Ich bin nachhaltig der Meinung: Das beste Mittel zum Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, das, was wir von den mittelständischen Unternehmen zu Recht erwarten, das müssen wir auch vorleben, das müssen wir schneller



Vergangene Woche demonstrierten Landwirte vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen das Agrarpaket der Bundesregierung. © picture-alliance/dpa

und besser vorleben als in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, es gibt noch viele weitere Bereiche. Wir könnten jetzt über das Arbeitsrecht reden. Das Arbeitsrecht, lieber Hubertus Heil, ist zugeschnitten auf Arbeitsverhältnisse im 19. und 20. Jahrhundert, aber nicht auf Arbeitsverhältnisse im 21. Jahrhundert. Ich habe vernommen, wie du mit großem Einsatz für die Grundrente gekämpft hast. Wir von der Union wünschen uns, dass du mit dem gleichen großen Einsatz dafür kämpfst, dass wir ein modernes Arbeitsrecht in diesem Land bekommen.

Wir müssen über Wirtschaft im ländlichen Raum reden – auch ein wichtiges Thema – und über viele andere Themen. Aber ich möchte mit einer Bemerkung zum Bereich Wirtschaftspolitik schließen. Wir haben ja den Anspruch – das sage ich ohne Arroganz und Überheblichkeit –, dass wir mit zu den Besten in der Welt gehören und dass das auch so bleiben soll. Aber wenn das so ist, dann brauchen wir auch die besten Köpfe der Welt, und wenn wir die besten Köpfe der Welt hier in Deutschland haben wollen, dann brauchen wir auch ein Klima der Welt-offenheit. Wir brauchen eine plurale Gesellschaft, und wir brauchen eine offene Gesellschaft. Und wenn wir das nicht sind, dann werden auch die Menschen, die uns helfen sollen, weiter wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein, nicht zu uns kommen. Auch das ist eine Botschaft, die von dieser Debatte ausgehen soll.

Strich drunter. Jetzt können Sie sagen: Herr Brinkhaus, Sie haben über Nachhaltigkeit, über Außenpolitik, über Wirtschaft geredet, aber nicht über das Thema Soziales. – Das ist richtig. Wir haben nämlich in der Vergangenheit sehr viel für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft getan, und

das war auch gut investiertes Geld. Aber Fakt ist auch eines: Ein Sozialstaat lebt von Voraussetzungen, die er selber nicht schafft. Diese Voraussetzungen sind, dass wir eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung haben, dass wir in einer sicheren Welt leben und dass wir in einer nachhaltigen Welt leben.

Deswegen empfehle ich uns allen, dass wir die Dinge jetzt so priorisieren, wie es notwendig ist. Wir müssen jetzt die Basis schaffen dafür, dass wir auch in Zukunft in dieser Gesellschaft zusammenleben können. Dafür ist Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, dafür ist übrigens auch ein starker Rechtsstaat notwendig, dafür ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik notwendig, dafür ist eine vernünftige Nachhaltigkeitspolitik notwendig. Ich weiß, diese Reihenfolge wird hier nicht von allen geteilt. Manchmal wird sie auch in der Koalition nicht geteilt. Wir werden aber dafür kämpfen, dass wir genau diese Reihenfolge einhalten, weil wir glauben, dass das richtig ist. Das ist das Profil der Union.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Alice Weidel (AfD), Achim Post (SPD), Otto Fricke (FDP), Doris Achelwilm (Die Linke), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Martin Erwin Renner (AfD), Johannes Kahrs (SPD), Hartmut Ebbing (FDP), Dr. Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen), Patricia Lips (CDU/CSU), Joana Cotar (AfD), Svenja Stadler (SPD), Marco Bülow (fraktionslos), Nadine Schön (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Martin Rabanus (SPD), Elisabeth Motschmann (CDU/CSU), sowie Dr. Jens Zimmermann (SPD).



leicht  
erklärt!

# EU-Kommission

Sie wurde neu gewählt



## Wahl bei der Europäischen Union

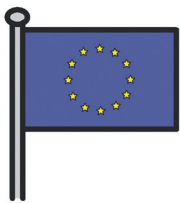


Letzte Woche gab es eine Wahl bei der Europäischen Union.

Eine wichtige Gruppe von Politikern wurde gewählt.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

## Was ist die Europäische Union?



Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.

Genauer:

Aus 28 europäischen Ländern.

Auch Deutschland ist Mitglied in der Europäischen Union.

Die Länder arbeiten zusammen.

Sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.

Ihre Politik soll nicht nur gut für die einzelnen Länder sein.

Sie soll ganz Europa beachten.

Die Abkürzung für Europäische Union ist: EU.

## Was ist die EU-Kommission?

Es gibt verschiedene politische Gruppen, die die EU leiten.



Eine dieser Gruppen hat den Namen: Europäische Kommission.

Abgekürzt nennt man die Gruppe auch: EU-Kommission.

„Kommission“ ist ein Fach-Wort für eine Gruppe, die eine bestimmte Aufgabe erfüllt.

Die Mitglieder einer Kommission nennt man: Kommissare.

Jedes EU-Land schickt einen EU-Kommissar in die EU-Kommission.

## Was macht die EU-Kommission?



Die EU ist ein bisschen so wie ein einzelnes Land aufgebaut.

Und die EU-Kommission ist so etwas Ähnliches wie die Regierung der EU. Sie leitet also die EU.





Die EU-Kommission arbeitet mit anderen Gruppen in der EU zusammen.

Zum Beispiel mit dem Europäischen Parlament.

Das Europäische Parlament ist eine andere Gruppe in der EU.

Im Europäischen Parlament sitzen über 700 Politiker.

Sie kommen aus allen Ländern der EU.

Jedes EU-Land schickt eine bestimmte Anzahl an Politikern ins Parlament.

Diese Politiker werden von den Bürgern im jeweiligen EU-Land gewählt.



Die EU-Kommission hat verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel folgende:

### 1. Dafür sorgen, dass Gesetze eingehalten werden



In der EU gibt es Gesetze.

An diese Gesetze müssen sich alle EU-Länder halten.

Die wichtigste Aufgabe der EU-Kommission ist es, dafür zu sorgen, dass das passiert.

Wenn sich ein EU-Land zum Beispiel an ein Gesetz nicht hält, kann die EU-Kommission dieses EU-Land beim Europäischen Gerichtshof anzeigen.

### 2. Gesetze vorschlagen



Die EU-Kommission darf neue Gesetze vorschlagen.

Über diese Vorschläge können dann die EU-Länder und das Europäische Parlament sprechen.

Am Ende müssen sie dann über das Gesetz abstimmen.



### 3. Geld verplanen

Die EU gibt Geld für verschiedene Dinge aus.

Zum Beispiel für die Unterstützung der Land-Wirtschaft.

Oder für eine bessere Zusammen-Arbeit in der EU.

Die EU-Kommission darf einen Vorschlag machen, wofür das Geld ausgegeben werden soll.

Diesem Vorschlag müssen dann die EU-Länder und das Europäische Parlament zustimmen.

Dann ist die EU-Kommission dafür zuständig, dass das Geld auch wirklich wie geplant ausgegeben wird.

### Wie wird die EU-Kommission zusammengestellt?



Alle 5 Jahre gibt es in der EU die Europa-Wahlen.

Bei diesen Wahlen wird das Europäische Parlament gewählt.



Nach der Europawahl gibt es dann auch immer eine neue EU-Kommission.

Zuerst wird dann der Präsident der EU-Kommission bestimmt.

Das ist der Chef der Kommission.

Die EU-Länder schlagen einen Kandidaten vor.

Und das Europäische Parlament wählt ihn dann.

### Wahl der Kommissare



Nach der Europa-Wahl dauert es ungefähr ein halbes Jahr, bis die EU-Kommission mit ihrer Arbeit beginnt.

In dieser Zeit müssen die EU-Kommissare bestimmt werden.

Das läuft folgendermaßen ab:





Es schickt ja jedes EU-Land einen Kommissar in die EU-Kommission.

Jedes EU-Land macht also einen Vorschlag für einen Kommissar.

Der Kommissar bekommt ein Fach-Gebiet zugeteilt.

Das wird mit dem Präsidenten der EU-Kommission abgesprochen. Und auch mit den anderen EU-Ländern.

Es gibt zum Beispiel Kommissare für folgende Fach-Gebiete:

- Klima-Schutz
- Bildung
- Gesundheit
- Forschung



Dann muss sich der Bewerber mit einer Fach-Gruppe des Europäischen Parlaments treffen.

In dieser Fach-Gruppe sitzen Experten für das Gebiet, das der Kommissar übernehmen soll.

Der Kommissar muss der Fach-Gruppe zeigen, dass er etwas von seinem Fach-Gebiet versteht.

Und er muss auch zeigen, dass er die richtige Person ist, um die Aufgabe zu übernehmen.

Er macht also so eine Art Vorstellungsgespräch.

Wenn die Fach-Gruppe nicht von dem Bewerber überzeugt ist, kann sie ihn ablehnen.

Dann muss das EU-Land einen neuen Bewerber vorschlagen.



Das geht so lange, bis alle Stellen in der EU-Kommission besetzt sind.

Die EU-Länder stimmen dann ab, ob sie die Bewerber annehmen.



Dann ist die EU-Kommission aber noch nicht gewählt.

Als Nächstes muss das Europäische Parlament über die neue EU-Kommission abstimmen.

Wenn genug Politiker vom Parlament zustimmen, ist die neue EU-Kommission gewählt.

Sie kann dann mit ihrer Arbeit anfangen.

## Die neue EU-Kommission 2019



Die letzte Europa-Wahl war dieses Jahr im Mai.

Einen Text dazu gab es schon in einer früheren Ausgabe von „leicht erklärt“.

Und zwar in der Ausgabe Nummer 118.

Das war eine Beilage von: Das Parlament 18-19/2019.



Am 16. Juli wurde dann die neue Präsidentin der EU-Kommission gewählt.

Ihr Name ist Ursula von der Leyen.

Sie ist eine Politikerin aus Deutschland.

Ursula von der Leyen hat dann angefangen, die neue EU-Kommission zusammenzustellen.

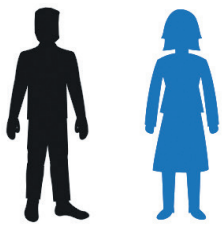
Verschiedene Dinge waren ihr dabei wichtig.

Zum Beispiel sollte jedes Land der EU in der EU-Kommission gleichberechtigt vertreten sein.

Außerdem wollte sie, dass genauso viele Frauen wie Männer in der EU-Kommission sind.







Bisher waren in der EU-Kommission 19 Männer und 9 Frauen.

In der neuen Kommission werden jetzt 15 Männer und 12 Frauen sein.

Ursula von der Leyen hat ihr Ziel also nicht ganz erreicht.

Aber: So viele Frauen waren noch nie in einer EU-Kommission.

### Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung

Nach der Europa-Wahl war der Plan, dass die neue EU-Kommission mit der Arbeit am 1. November beginnt.

Das hat aber nicht geklappt.

Der Grund dafür:

3 Bewerber für die EU-Kommission wurden vom Europäischen Parlament abgelehnt.

Und zwar die Bewerber aus Rumänien, aus Ungarn und aus Frankreich.

Für diese 3 Bewerber mussten die jeweiligen EU-Länder also neue Vorschläge machen.

Das hat ein wenig gedauert.

Deswegen hat sich der Arbeits-Beginn verzögert.

### Besonderheit: Großbritannien



Eine Besonderheit gibt es dieses Mal mit Großbritannien.

Jedes EU-Land schickt normalerweise eine Person in die EU-Kommission.

Und Großbritannien ist in der EU.

Es wird aber keinen Kommissar schicken.

Denn: Großbritannien will schon seit längerem aus der EU austreten. Der Austritt ist jetzt für Januar 2020 geplant.



Die Regierung von Großbritannien hat beschlossen: Sie wird gar keinen Kommissar schicken.

Im Moment wird darüber gesprochen, ob das überhaupt geht. Oder ob es gegen Gesetze der EU verstößt.

Wahrscheinlich werden die anderen EU-Länder es aber erst einmal erlauben.

Und falls Großbritannien seine Meinung ändert, kann es später noch einen Kommissar bestimmen.

### Die Arbeit beginnt

Das Europäische Parlament hat die neue EU-Kommission in der letzten Woche gewählt.

Am 1. Dezember kann die Kommission dann mit der Arbeit beginnen.



Die nächste Europa-Wahl findet im Jahr 2024 statt.

Die neue EU-Kommission wird also bis Ende 2024 tätig sein.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © European Union 2019 - Source : EP. Portrait Ursula von der Leyen: © European Union, 2019. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukve.nl](http://www.ukpukve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 49-50/2019  
Die nächste Ausgabe erscheint am 16. Dezember 2019.